Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2351. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Krod, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Donnerstag, den 29. April 1926** | **6. Jahrgang * Nr. 100**

Regierungskrise – Staatskrise

Die Regierungsfront des Fürstenkompromisses endgültig zerschlagen – Nur noch Volksentscheid möglich – Deutschnational-monarchistische Staatsstreichpläne zur Rettung der Fürstenmillionen

Sie sind am Ende ihres Lateins ...

Die Massen haben außerparlamentarisch das Wort — Der 1. Mai als Auftakt

Halle, 29. April.

Die parlamentarischen Puppen müssen tanzen, wenn die Massen aufstehen. Das ist der Sinn der **parlamentarischen Krise**, die in äußerst scharfer Form an Hand der ganzen Fürstenenteignungsfrage entstanden ist. Die Angst vor der Massenbewegung für die Enteignung der Fürsten hat die kapitalistischen Parteien dazu getrieben, den Versuch eines Kompromisses zu unternehmen. Die 12½ Millionen Stimmen für das Enteignungsgesetz der Fürsten, diese **gewaltige Massenkundgebung**, hat dann erreicht, daß auch dieses Kompromiß nach monatelangem Kuhhandel jetzt zu Grabe getragen werden mußte. Im letzten Augenblick noch ist **die Front der Regierungsparteien auseinandergeplatzt.** Auf der einen Seite steuern die Deutschnationalen auf ihre Diktatur los, auf der anderen Seite saß den SPD.-Führern der Massendruck ihrer Arbeiterwähler im Genick, so daß sie das Kompromiß nicht zu unterstützen wagten.

Die parlamentarische Lage ist jetzt die, daß **die Beratung des Kompromisses im Rechtsausschuß endgültig abgebrochen** werden mußte, und **der Rechtsausschuß selbst auf unbestimmte Zeit vertagt** wurde. Das bedeutet, daß gleichzeitig auch **der Kuhhandel, der zwischen der Reichsregierung und der preußischen Regierung im Begriff war, abgeschlossen zu werden, gescheitert** ist.

Wenn es jetzt **keinen anderen Ausweg mehr gibt als den des Volksentscheids**, so ist das der Ausdruck der Tatsache, daß **die Massen ihn durch ihren Druck erzwungen** haben. Da für diesen Volksentscheid nur ein Sonntag in Frage kommt, weil die Listen mehr als zwei Wochen aufliegen müssen, käme als **nächster Termin der 30. Mai in Frage.**

Schon sah sich der fürstenfreundliche Reichstag unter dem Druck der steigenden Empörung der Volksmassen gezwungen, sich mit dem von 12½ Millionen Werktätigen unterstützten Volksbegehren der entschädigungslosen Enteignung der Fürstenhäuser zu beschäftigen. Gestern ist die **erste Lesung über dieses Gesetz** im Plenum des Reichstages vor sich gegangen. (Wir bringen den Bericht auf der 3. Seite. Die Red.)

Nicht zufällig sprechen die bürgerlichen Zeitungen jetzt nicht bloß von einer Parlamentskrise, nicht nur von einer Regierungskrise, sondern von einer **Staatskrise überhaupt.** Und es ist wiederum kein Zufall, daß der Vertreter der Monarchisten Graf Westarp in provokatorischer Weise die **monarchistische Diktatur zur Verhinderung des Volksentscheids gerade jetzt fordert.** Im Zusammenhang damit müssen außerdem gebracht werden die Nachrichten über die **Rüstungen der illegalen monarchistischen Verbände** in der Richtung eines monarchistischen Staatsstreiches, worüber wir weiter unten anhand der Enthüllungen in der „Vossischen Zeitung" Bericht erstatten.

All das bedeutet, daß sich die Klassengegensätze anhand des jetzt sogar nach den bürgerlichen Gesetzen unvermeidlich gewordenen Volksentscheids ungeheuer zugespitzt haben. Die Diktaturgelüste der Deutschnationalen, die sich auf ihre illegalen bewaffneten Verbände stützen, haben auf der einen Seite durch ihre parlamentarische Niederlage in der Frage der Fürstenabfindung Nahrung erhalten und auf der anderen Seite **sammeln sich die werktätigen Massen unter der am zielklarsten von den Kommunisten vertretenen Parole: Keinen Pfennig den Fürsten.**

Es kommt jetzt darauf an, daß die Front der werktätigen Massen sich noch weiter vereinheitlicht, sich noch weiter festigt, und noch kampfesfähiger wird, als es bisher der Fall gewesen ist. **Die nächste und beste Gelegenheit, diese Kampffront zu stärken,** muß der **Erste-Maiaufmarsch** sein. Außer den bekannten Maiforderungen des Achtstundentages, der übrigen sozialpolitischen Forderungen des Proletariats und der Bekämpfung der imperialistischen Kriege zwingt die augenblickliche Situation dazu, auch die **Losung der Fürstenenteignung** besonders scharf in den Vordergrund zu stellen.

In dieser Losung aber ist einbegriffen der unerschütterliche Wille des gesamten Proletariats, alle monarchistischen Staatsstreichpläne im Keime zu ersticken, die Regierung Luther, als die Regierung der Fürstenknechte, zum Teufel zu jagen und die Reichstagsauflösung zu erzwingen.

Militärische Rüstungen der Monarchisten

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 29. April.

Die Kommunistische Partei hat in der letzten Zeit mit allem Nachdruck auf die fieberhaften Rüstungen der illegal bewaffneten monarchistischen Verbände hingewiesen. Jetzt ist die „Vossische Zeitung" in der Lage, aufsehenerregende konkrete Mitteilungen über die monarchistischen Staatsstreichrüstungen zu machen. Die vereinigten vaterländischen Verbände, unter Führung des Justizrats Claß, haben den Plan, die Mitglieder der Verbände an der Peripherie von Berlin zusammenzuziehen und sie von dort aus einzusetzen. Das Ziel ist, für die Monarchisten die politische Macht zu erobern und die monarchistische Diktatur aufzurichten. Die Führer der Putschisten sind bereits an die Reichswehr herangetreten und haben äußerst weitgehende Bedingungen gestellt. Sie lehnten es ab, sich irgendwelchen staatlichen Organisationen unterzuordnen, um im Bedarfsfalle unter der Bezeichnung „Hilfspolizei" aufzutreten. Sie wollen als selbständige Gruppen anerkannt werden. Sie wollen dem höchsten Oberbefehl der Reichswehr unterstehen, nicht aber in die Truppen eingeordnet, sondern nur in selbständigen Formationen eingesetzt werden. Wie die „Vossische Zeitung" mitteilt, sind die Verhandlungen mit der Reichswehr an diesen zu weit gehenden Bedingungen gescheitert. Die vaterländischen Verbände haben auch bereits die militärischen Führer für den geplanten Staatsstreich vorgemerkt. So soll im Ernstfalle der Oberst Luc als Gesamtführer der Berliner Arbeitsgemeinschaft fungieren. Die Enthüllungen der „Vossischen Zeitung" zeigen den Arbeitern, wie weit die monarchistischen Staatsstreichpläne schon gediehen sind.

Einspruch der Entente gegen den deutsch sowjetrussischen Vertrag?

Wie die Pariser Zeitungen mitteilen, findet zwischen den Regierungen der Entente-Staaten und dem Völkerbund ein Meinungsaustausch über den deutsch-sowjetrussischen Vertrag statt, um festzustellen, ob er mit dem Pakt von Locarno und dem Artikel 16 des Völkerbundes nicht in Widerspruch stände. Nach dem „Matin" werden die Alliierten und die Kleine Entente in Berlin eine Demarche unternehmen und von Deutschland eine „deutliche Erklärung" verlangen.

„Kein Geld da" — aber 43,5 Millionen Mark für die Polizei mehr als im Vorjahr!

Der [illegible] Sozialdemokraten Severing

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 29. April.

Der Voranschlag zum Polizeietat, den Severing dem Preußischen Landtag vorlegt, umfaßt an Ausgaben für die Polizei in diesem Jahre rund 388 Millionen Mk., also 43,5 Millionen Mk. mehr wie im Vorjahre. Unter den Ausgabeposten sind auch 4 Millionen Mk. zur Beschaffung von „Nahkampfmitteln" vorgesehen, zur Niederschlagung der hungernden Erwerbslosen und der revolutionären Arbeiterschaft.

•

Die Konterrevolution rüstet fieberhaft. Täglich werden neue Einzelheiten über Bürgerkriegsvorbereitungen der Vaterländischen Verbände bekannt. Da rüstet auch der „Republikaner" Severing, aber nicht gegen die Reaktion, sondern wie tägliche Maßnahmen der Polizei gegen Kommunisten, gegen rote Frontkämpfer bekunden, nur gegen die Arbeiter. Am 1. Mai muß die Arbeiterschaft gegen die ihr drohende Gefahr kampfbereit aufmarschieren.

Heraus aus den Betrieben am 1. Mai!

Werktätige Massen, Arbeiter und Arbeiterinnen!

Schärfer und schärfer werden die Angriffe der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse. Größer und größer wird das unerträgliche Elend und die Not der werktätigen Massen. Immer tiefer schneiden die eisernen Ketten der kapitalistischen Ausbeutung in den Leib der Arbeiterklasse.

Der Gegensatz zwischen dem kapitalistischen System und den Interessen der werktätigen Massen wird immer größer. Mit elementarer Wucht wachsen die imperialistischen Gegensätze und treiben zu neuen Kriegen.

Die kapitalistische Wirtschaft taumelt aus einer Krise in die andere. Unzählige Existenzen werden vernichtet. Nur durch Steigerung der Ausbeutung, durch Anwendung des brutalen weißen Terrors vermag die bürgerliche Gesellschaft die Atempause bis zu ihrem Zusammenbruch, bis zur proletarischen Revolution zu verlängern.

3 Millionen Erwerbslose, Millionen Kurzarbeiter, Hunderttausende hungernder Bauern und untergehender Mittelständler zeigen die schwere Krise des Kapitalismus.

Die Kapitalisten und ihre Regierung sehen nur einen Weg aus der Sackgasse: **die fortgesetzte Offensive gegen die Lebenshaltung der Werktätigen, den drosselnden Griff des Hungers und die Polizeigewalt für den rebellierenden Arbeiter.**

Längst ist die „Dawes-Sonne" untergegangen und der „Geist von Locarno" verflogen. **Der Dawes-Pakt brachte Arbeitslosigkeit, Steuerdruck und Lohnabbau, Locarno die Vorbereitung neuer Kriege,** besonders gegen die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Arbeiter! Genossen!

Nur die Politik der Sozialdemokratischen Partei verursachte die Niederlagen, die Schwächung der Arbeiterklasse und ermöglichte die Befestigung der kapitalistischen Herrschaft.

Ohne die passive Duldung und aktive Mitwirkung der sozialdemokratischen **Führer** hätte den deutschen Arbeitern nicht der Achtstundentag geraubt werden können, wäre die niederträchtige Behandlung der Eisenbahner und Beamten unmöglich, könnten die Unternehmer nicht immer neuen **Lohnabbau durchführen, würde die Reaktion nicht wagen, durch Steuerraub und Zollpolitik das Elend des Proletariats zu vermehren, die Sozialversicherung zu vernichten, die Arbeiter in Höhlen verkommen zu lassen, die Forderungen der Erwerbslosen zu verhöhnen, die Notstandsarbeiter wie Sklaven zu behandeln, die Rechte der Betriebsräte mit Füßen zu treten, aufrechte Klassenkämpfer in den Zuchthäusern zu quälen.**

An alle diese Tatsachen müßt Ihr am 1. Mai denken und Euch die Frage vorlegen:

Soll es so weitergehen wie bisher?

Wenn Ihr nicht die wahren Feinde der Arbeiterklasse erkennt, wenn Ihr nicht die **proletarische Klassenfront** aufrichtet, wenn Ihr nicht alle Kräfte zur Niederringung der Bourgeoisie sammelt, dann wird Euer Elend noch unerträglicher werden, die kapitalistische Reaktion noch stärker.

Seht Ihr nicht, daß die Unternehmer neue Angriffe vorbereiten? Seht Ihr nicht, daß man **die Erwerbslosen von den Arbeitern in den Betrieben trennen will, um die einen in das Lumpenproletariat hinunterzustoßen und die anderen unter dauerndem Lohndruck zu halten?**

Seht Ihr nicht, wie die Regierung den Volksentscheid für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten sabotiert und sich offen für die Milliardenforderungen der Fürsten einsetzt?

Was tun dagegen die Führer der SPD. und des ADGB.?

Die Müller, Leipart und Eckert paktieren mit den Borsig, Siemens und der ganzen Unternehmerklasse zur **Schaffung einer neuen Arbeitsgemeinschaft.** Die reformistischen Gewerkschaftsführer predigen den Arbeitern, daß die **Rationalisierung** die Krise der Wirtschaft beheben und die Lage der Arbeiter bessern wird. Aber diese reformistische Rationalisierung geht **auf Kosten der Arbeiter, vermehrt die Arbeitslosigkeit, drückt die Löhne.**

Die reformistischen Führer sagen den Arbeitern, während der Krise wäre es nicht möglich, Kämpfe zu führen, weil die Arbeiterklasse schwach sei. Aber sie tun auch nichts, um sie stark und kampfentschlossen zu machen. **Sie sabotieren die Einheitsfront der Arbeiterklasse.** Deshalb wollen sie auch aus dem 1 Mai, dem Tag der Einheit der kämpfenden Arbeiterklasse, einen friedlichen Mai-Spaziergang durch die kapitalistische Hindenburg-Republik machen.

Der 1. Mai muß ein Kampftag der gesamten Arbeiterklasse gegen die Ausbeuter sein.

Schließt Euch national und international zusammen zur proletarischen Einheitsfront.

Laßt Euch am 1. Mai nicht von den reformistischen Führern in zwei Lager reißen.

Stärkt die Gewerkschaften, sorgt für vollständige Organisierung aller Arbeiter in den Betrieben, für restlose Erfassung auch der Erwerbslosen durch die Gewerkschaften. Belebt die Betriebsrätebewegung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260429-13/fragment/page=0001

wieder. Geht hinaus aufs Land und gewinnt die werktätigen Bauern für die Sache des gemeinsamen Kampfes.

Der arbeitsgemeinschaftlichen Sabotage des Klassenkampfes gilt es entschiedenen Kampf entgegenzusetzen. Darum schafft Kampfbündnisse in den Gewerkschaften.

Ein Block der Eisenbahner, Bergarbeiter, Transportarbeiter und Metallarbeiter ist unbesiegbar.

Er ermöglicht den Sieg der Arbeiter über die Unternehmeroffensive und bahnt den Weg des Kampfes auch der anderen Arbeiter. Schließt Eure Reihen und bereitet vor, den Kampf

Gegen die Betriebsstillegungen!

Für die Einreihung der Erwerbslosen in die Produktion!

Für die restlose Durchführung des Achtstundentages und Siebenstundenschicht für Bergarbeiter!

Für menschenwürdige Löhne und Arbeitsbedingungen!

Gegen die Vernichtung des sozialen Schutzes!

Gegen den Steuerraub am arbeitenden Volk!

Für den siegreichen Kampf um die entschädigungslose Enteignung der Fürsten!

Für die Freiheit Eurer eingekerkerten Klassengenossen!

Für die Einheitsfront des deutschen und internationalen Proletariats!

Nieder mit der Arbeitsgemeinschaft und der Unternehmerdiktatur!

Kampf dem verräterischen Reformismus!

Weg mit der Regierung der Kapitalisten!

Für den sozialistischen Aufbau in der USSR!

Her mit der Arbeiter- und Bauernregierung!

Es lebe der Kampftag der proletarischen Einheitsfront, der 1. Mai!

Es lebe die proletarische Revolution!

Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der 3. Internationale).

Der Gesetzentwurf für das Volksbegehren auf Aufwertung

Luther hetzt vor Inflationsschiebern gegen die Inflationsopfer

Die **Reichsarbeitsgemeinschaft der Aufwertungs-, Geschädigten- und Mieterorganisationen** hat nähere Mitteilungen über den von ihr jetzt fertiggestellten Gesetzentwurf, der als Grundlage eines Volksbegehrens dienen soll, gemacht. Dieser Entwurf gliedert sich in vier Teile.

Der erste Teil enthält als ersten Paragraphen eine **Rückgängigmachung des Aufwertungsgesetzes** und der dazugehörigen Durchführungsbestimmungen und Verordnungen. Alle Ansprüche, die vor dem 1. Januar 1924 begründet sind, werden in der Höhe des Wertes, den sie nach einem dem Gesetzentwurf anliegenden Index zur Zeit der Begründung hatten, wieder hergestellt.

Der zweite Teil des Entwurfs betrifft die **Wiederherstellung der Rechte der früheren Grundstückseigentümer.** Danach sind diejenigen, die in der Zeit vom 1. Januar 1919 bis zum 31. Dezember 1923 ihre Grundstücke zu einem Preis verkauft haben, der geringer war, als der Preis und die Kosten, die der Verkäufer selbst für den Erwerb des Grundstückes aufgewandt hat, zu einem Rückkauf berechtigt, der dem Goldwert des Inflationspreises entspricht.

Der dritte Teil betrifft die **Wiederherstellung der Schulden des Reiches, der Länder und der Gemeinden.**

Der vierte Teil des Entwurfes behandelt in der Hauptsache Mietfragen und gesteht den gesetzlichen Mietervertretungen das **Recht der Mitbestimmung und Kontrolle über die Leistungen der Vermieter** zu.

Wie wir bereits berichtet haben, hat die Luther-Regierung dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der speziell **jedes Volksbegehren auf Aufwertung unmöglich machen soll.** Dieser Gesetzentwurf der Reichsregierung ist nicht nur ein **glatter Bruch der Verfassung,** sondern auch die denkbar frechste Provokation gegen all die Opfer der Inflation. Gestern hat Luther in einer Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages eine Rede gehalten und er bestätigte erneut vor diesen Inflationsgewinnlern und Inflationsschiebern, daß er die **Interessen dieser Parasiten gegen die Inflationsopfer schützen werde.** Er erklärte: **„Den Gefahren der Aufwertungsbestrebungen ist die Reichsregierung durch einen Gesetzentwurf entgegengetreten."**

Die **Kommunistische Partei wird gegen das von Luther angekündigte Gesetz mit aller Schärfe ankämpfen.** Sie fordert alle notleidenden Inflationsopfer auf, sich diesem Kampfe anzuschließen und nicht eher zu ruhen, bis **der Sturz dieser Luther-Regierung herbeigeführt ist.**

„Der Volksentscheid führt zum Kommunismus"

Der Zentrumsabgeordnete Landgerichtsdirektor Dr. Schetter erklärte in einer Versammlung in Bonn, wenn man die Fürsten entschädigungslos enteignen wolle, wie es der sozialdemokratisch-kommunistische Antrag vorsehe, so schaffe man ein Ausnahmegesetz (!). Aus rechtlichen und sittlichen Gründen müsse das Zentrum, selbst wenn es damit eine heute wenig volkstümliche Politik führe, auch gegen das Ausnahmegesetz einer entschädigungslosen Enteignung der Fürsten sein. Im übrigen werde, wenn der bevorstehende Volksentscheid 20 Millionen Stimmen aufbringen sollte und von diesem mehr als die Hälfte für die Enteignung der Fürsten abgegeben werden, sich **keine Regierung und kein Reichspräsident** finden, die aus diesem Ergebnis die erwarteten Enteignungsfolgen **ziehen würden.** Die **erste Folge** einer solchen Abstimmung werde der **Rücktritt des Reichspräsidenten und der Regierung** sein, die **weitere Folge** eine **Regierungskrise** von noch nicht erlebten Schwierigkeiten, das innenpolitische Chaos werde das Volk der **Kommunismus überliefern (!).** Man müsse im Rechtsausschuß eine Lösung finden, **die auch den Sozialdemokraten die Zustimmung ermögliche.**

Gemeinsame Gegendemonstration von RJB und RB. gegen den Düsseldorfer Stahlhelmtag

von den Arbeitern verlangt

(Eig. Drahtmeld.) Opladen, 28. April.

Die Ortsgruppe des Roten Frontkämpfer-Bundes stellte in die Ortsgruppe des Reichsbanners den Antrag, Pfingsten gemeinsam in Düsseldorf zur Gegendemonstration gegen den Stahlhelmtag aufzumarschieren. In einer Mitgliederversammlung des Reichsbanners, wo Delegierte des Roten Frontkämpfer-Bundes zugegen waren, behandelte man den Antrag und forderte einstimmig von der Gauleitung des Reichsbanners einen Aufruf zur Gegendemonstration am Stahlhelmtag in Düsseldorf.

Erwerbslosen-Antrag

Unsere Genossen haben im Reichstage erneut folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen:

1. **Die Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge werden um 50 Prozent erhöht.**
2. **Die Erwerbslosenunterstützung wird ohne Karenzzeit an alle Erwerbslosen für die ganze Dauer ihrer Erwerbslosigkeit gezahlt.**
3. **Erwerbslose unter 21 Jahren erhalten die gleichen Bezüge wie die über 21 Jahre alten Unterstützungsempfänger.**
4. **Die bisher nach den Sätzen der Ortsklasse B unterstützten Erwerbslosen erhalten in Zukunft die Sätze der Ortsklasse A, die bisher nach den Sätzen der Ortsklassen C, D und E unterstützten Erwerbslosen erhalten in Zukunft die Sätze der Ortsklasse B.**
5. **Auf die Erwerbslosenunterstützung dürfen Bezüge aus der Sozialversicherung, Kriegsopferrenten und Renten, die sich auf Grund der Aufwertungsgesetze ergeben, keine Anrechnung finden. Desgleichen dürfen Vorschüsse, Beschaffungsbeihilfen usw. von der Erwerbslosenunterstützung nicht in Abzug gebracht werden.**
6. **Bei Ablehnung der Ausführung von Arbeiten, die den Erwerbslosen zugewiesen werden, darf die Erwerbslosenunterstützung nicht entzogen werden, wenn:**
   a) **der für die Arbeit in Frage kommende Tariflohn nicht ganz oder die sonstigen Tarifbedingungen nicht erfüllt werden;**
   b) **die Arbeit und Berufsfertigkeit des Erwerbslosen vermindert wird oder der körperlichen Fähigkeit nicht entspricht;**
   c) **die zur Ausführung der Arbeit notwendigen Bekleidungsgegenstände nicht vorhanden sind bzw. nicht beschafft werden werden können.**
7. **Bei der Durchführung von Notstandsarbeiten müssen die tariflichen Löhne bezahlt werden, die für die Art der Arbeiten zuständig sind.**
8. **Die Länder und Gemeinden sind berechtigt, aus eigenen Mitteln zu der reichsgesetzlich festgelegten Erwerbslosenunterstützung besondere Zuwendungen zu gewähren.**

Regierungsberatung über den Abbau der Erwerbslosenunterstützung

Vor einigen Tagen fand in Frankfurt a. M. eine Besprechung des Reichsarbeitsministeriums mit den **Sozialministern der einzelnen Länder** über die schwebenden Fragen der Erwerbslosenfürsorge statt. Bei der Besprechung war auch das Reichsfinanzministerium, das Reichswirtschaftsministerium und das Reichsernährungsministerium vertreten. In dem Bericht heißt es:

„daß nach übereinstimmender Auffassung fast aller Länder die gegenwärtige Regelung der Unterstützungssätze nur noch eine kurze Uebergangszeit aufrechterhalten werden kann."

Es herrschte Uebereinstimmung, daß ein Unterstützungssystem **nach Lohnklassen** eingeführt werden muß. Da auch die Reichsregierung denselben Standpunkt einnimmt, ist in nächster Zeit mit einem Vorstoß der Luther-Regierung in dieser Richtung zu rechnen.

Diese Stellungnahme entspricht den Wünschen der Unternehmer. Jede Staffelung der Erwerbslosenunterstützung nach Lohnklassen muß schon an sich zu einer Zersplitterung und damit zu einer Schwächung der Arbeiterfront führen. Abgesehen davon, ist in der letzten Zeit bei verschiedenen Arbeitergruppen ein erheblicher Lohnabbau eingetreten und somit wäre die Folge dieser neuen Regelung nicht nur die Spaltung der Erwerbslosen in verschieden hoch unterstützte Schichten, sondern auch eine starke Verschlechterung der Lage der Erwerbslosen im Verhältnis zu den heutigen Sätzen sein.

Der Zweck des Vorgehens ist natürlich, die Arbeitslosen in solch verzweifelte Lage zu bringen, daß sie durch Lohnunterbietungen eine **weitere Senkung des heutigen Lohnniveaus** herbeiführen. Von den Beratungen ist zu ersehen, wie sehr die Regierung sich als ausführendes Organ der deutschen Arbeiterklasse betrachtet. Von irgendeiner Gegenmaßnahme der Gewerkschaften ist bisher noch nichts zu hören.

Arbeitszeit der Beamten und Arbeiter

Die Beamtenspitzenorganisationen haben schon vor längerer Zeit das Reichsinnenministerium um Verhandlungen über die Wiedereinführung der 44-Stundenwoche für die Beamten ersucht. Das Ministerium hat jetzt den Organisationen geantwortet, daß das Reichskabinett beschlossen hat, sich vorläufig mit der Arbeitszeit der Beamten nicht zu befassen. Eine Aussprache sei deshalb zwecklos.

Interessant und besonders für die Beamten sehr lehrreich ist die Begründung, die das Reichskabinett zu seinem ablehnenden Beschluß gegeben hat. Es soll nämlich zuerst die Arbeitszeit für die Arbeiter geregelt werden. Daraus geht deutlich hervor, daß die Arbeitszeit der Beamten von der Regierung von der Arbeitszeit der Arbeiter abhängig gemacht wird. An Hand dieses Beispiels können die Beamten wieder einmal sehen, wie verkehrt die Einstellung gewisser Beamtenführer ist, die für die Beamten „Standespolitik" im Gegensatz zu den Arbeitern treiben wollen. Sie schädigen damit nur die Beamten und helfen der Gegenseite. Die Beamten aber müssen aus diesem Beispiel die Lehre ziehen, daß es gilt, gemeinsam mit den Arbeitern für Verkürzung der Arbeitszeit und Verbesserung der Arbeitsbedingungen überhaupt einzutreten und zu kämpfen.

Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes

Genf, 28. April.

Die vorbereitende Konferenz zu der vom Völkerbund geplanten kapitalistischen Weltwirtschaftskonferenz zeigt die ganze Aussichtslosigkeit, auf dem Boden der kapitalistischen Profitwirtschaft die internationale Wirtschaftskrise zu beseitigen. Die Vertreter der verschiedenen Länder hielten Reden, in denen sie mehr oder minder verleiert die „Grundübel der wirtschaftlichen Krankheit", wie sie von ihnen aufgefaßt werden, kennzeichneten. Die Konferenz ist **vor großer Skepsis erfüllt.** Ihre einzige Leistung war, wieder eine Wahl Unterausschüsse und Kommissionen einzusetzen. Die kapitalistischen Blätter beklagen sich, die Konferenz sei vom Sekretariat des Völkerbunds sehr schlecht vorbereitet worden.

Die Polizeibeamten demonstrieren am 1. Mai

Die „Allgemeine Preußische Polizeibeamten-Zeitung", herausgegeben vom Allgemeinen Preußischen Polizeibeamten-Verband, veröffentlicht an der Spitze ihrer Nummer vom 16. April den Aufruf des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes zur Beteiligung der Beamtenschaft an den Kundgebungen der Arbeiterklasse zum 1. Mai.

Der Aufruf, der am Schlusse betont, daß der diesjährige 1. Mai im Zeichen der schwersten Wirtschaftskrise steht, die Deutschland je erlebt hat, sagt in Bezug auf die Lage, die Forderungen der Beamtenschaft und die Verpflichtung, sich am 1. Mai in die Front der Arbeiter zu stellen: „... so sind in neuerer Zeit die Angestellten und Beamten nicht minder daran interessiert, den Aufmarsch des großen Heeres der Arbeitnehmer zu verstärken. Auch die Beamtenschaft hat zu einem erheblichen Teil die ihr durch die Staatsumwälzung errungene **achtstündige Dienstzeit** wieder schwinden sehen."

Dann heißt es weiter: „Auch die Gestaltung der deutschen **Sozialpolitik** kann der Beamtenschaft nicht gleichgültig sein; kämpft sie doch beispielsweise schon seit Jahren um die Einführung der Krankenversicherungspflicht. **Die Feier des 1. Mai bietet somit Gelegenheit, erneut und nachdrücklicht vor aller Welt zu bekunden, daß die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten gemeinsam das Ziehen nachstreben, die vor mehr als einem Menschenalter von den Vorkämpfern der Gewerkschaftsbewegung aufgezeigt worden sind."**

Die Arbeiterschaft rechnet damit, daß am 1. Mai eine große Anzahl von Polizeibeamten in den Reihen der Arbeiter marschieren wird. Es werden allerdings am 1. Mai wohl die meisten dieser Beamten „dienstlich verhindert" sein. Von diesen hofft die Arbeiterschaft, sie werden den Kundgebungen und Demonstrationen mit dem nötigen Verständnis, mit ihrer ganzen **Sympathie gegenüberstehen,** und sich **nicht von provokatorischen Elementen, monarchistischen Offizieren und anderen Feinden der gemeinsamen Kampffront aller Schaffenden mißbrauchen lassen.**

Die Taschen zu!

Wem dient der Matteotti-Fonds?

Die 2. Internationale hat einen Aufruf herausgegeben, darin wird u. a. zur Bildung eines internationalen Hilfsfonds aufgerufen. Die Arbeiter aller Länder sollen dazu beisteuern. Man nennt ihn „Matteotti-Hilfsfonds". Der Name Matteotti ist von gutem Klang. Ein Kämpfer und Märtyrer hat ihn getragen. Er fiel unter faschistischen Mordstreichen. Soll das Geld, das unter diesem Namen gesammelt wird, gegen den Faschismus dienen? Soll das Geld dazu gebraucht werden, den revolutionären Kampf, für den Matteotti lebte und starb, zu stärken? Leider muß man sagen: Nein! Das ist nicht der Fall, sonst würde man das ganz klar und bestimmt ausgesprochen haben. Aber was sagt man über die Verwendung der Gelder? Man verschleiert die Absicht und sagt: der Fonds soll **der „Arbeiterbewegung in den Ländern ohne Demokratie"** dienen. Warum diese Verschleierung? Weil diejenigen, die diesen Aufruf erlassen haben, Nebenabsichten verfolgen. Die rechten Führer der 2. Internationale bezeichnen auch **Sowjet-Rußland als ein Land ohne Demokratie,** weil dort nur die **Werktätigen politische Rechte genießen, politische Macht ausüben.** Die SPD. jedoch will die Mitherrschaft der konterrevolutionären Elemente in Rußland.

Den Kampf der Imperialisten hat die SPD. in allen Ländern mit allen Kräften unterstützt und nun sollen die Proletarier aller Länder, sollen revolutionäre Arbeiter von ihrem kargen Lohn Opfer bringen, damit die **Imperialisten die Kosten des Kampfes gegen Sowjet-Rußland auf Kosten der Arbeiter decken können.**

Solch schändlichen Plänen muß das Proletariat mit aller Schärfe und Schroffheit entgegentreten. Dem Hilfsfonds der 2. Internationale, der genau so gut wie der Völkerbund als ein Mittel gegen Sowjet-Rußland gedacht ist, darf kein Pfennig aus Arbeitertaschen fließen!

Die Arbeiter der Balkanländer, die unter fürchterlichem weißen Terror leiden, haben sich bisher vergeblich an die Sozialdemokraten um Hilfe gewandt. Die durch den weißen Terror verfolgten Arbeiter der Randstaaten und Polens füllen die Zuchthäuser und fallen unter den Henkerstreichen weißgardistischer Mörder, ohne daß die 2. Internationale einen Finger rührt.

In Marokko und Syrien sterben Tausende von Männern und Frauen, die den Kampf zur Befreiung ihrer Heimat führen. — Als das chinesische Volk in harten, schweren Kämpfen gegen die Imperialisten und Kapitalisten seines Landes um seine Freiheit und Existenzmöglichkeit rang, da appellierte es vergeblich an die Hilfsbereitschaft der Sozialdemokraten. Man ließ es schmählich im Stich.

Damals war es nur die Internationale Arbeiter-Hilfe, die den Kämpfern um ihre nationale und soziale Freiheit zu Hilfe kam.

Wer den um ihre Freiheit und ihre Existenz kämpfenden Arbeitern in den von den Imperialisten unterdrückten Ländern Hilfe und Unterstützung bringen will, der kann das durch die Internationale Arbeiter-Hilfe.!

Der Hilfsfonds aus Arbeitergroschen gegen Sowjet-Rußland ist ein Anschlag auf den ersten Arbeiter- und Bauernstaat und muß mit allen Kräften verhindert werden!

Kleine Auslands-Meldungen

Rücktritt des polnischen Ministerpräsidenten

Warschau. Der Ministerpräsident Strzynski teilt mit, daß er, nach dem Scheitern aller Versuche, die „linksoppositionellen" Parteien zu einer verkleinerten Koalition zu gewinnen, am nächsten Dienstag abermals den Gesamtrücktritt der Regierung dem Parlament unterbreiten würde. Er will einen neuen Auftrag zur Regierungsbildung nicht mehr entgegennehmen.

Verbot der „Arbeiter-Illustrierten" in Frankreich

Paris. Auf Beschluß des französischen Ministerrats ist der Verkauf der in Berlin erscheinenden „Arbeiter-Illustrierten" verboten worden.

Faschistische Lynchjustiz gegen Neger in Amerika

Neuyork. In der kleinen amerikanischen Stadt Chartered im Staate New Jersey, kam es zu fürchterlichen Ku-Klux-Klan-Greueln gegen Neger. Da bei einem Boxkampf ein Weißer von einem Neger einen tödlichen Schlag versetzt erhielt, rotteten sich unter der Führung von amerikanischen Faschisten eine große Anzahl Weißer zusammen. Sie fielen über die Wohnungen der Neger her, verprügelten Frauen und Kinder, die im Bett lagen, unbarmherzig mit Stöcken, trieben die ganze Negerbevölkerung auf der Straße zusammen und zwangen sie unter fortdauernden Mißhandlungen zum Verlassen des Ortes.

Die **Kommunistische Partei** führt seit Jahren eine **scharfe Kampagne gegen diese niederträchtigen Terrormethoden,** unter denen die Neger in Amerika zu leiden haben. **Die Solidarität der Arbeitenden der weißen und schwarzen Hautfarbe wird diese faschistischen unmenschlichen Greuel beseitigen.**

Korruption in Rumänien

Budapest. Bei der Militärverwaltung wurde eine Korruptions-Affäre aufgedeckt. Zwei Intendanzräte steckten mehrere Millionen Mark Korruptionsgelder ein und sicherten dafür bestimmten Unternehmungen staatliche Lieferungen. Es ist aber nur selten, daß ein Fall aus der großen Reihe der üblichen Korruptionsfälle zur polizeilichen Untersuchung gelangt.

Mussolinis größenwahnsinnige Reden

Rom. Mussolini setzt seine phrasenhaften pathetischen Reden fort. Auf dem Romplatz in Mailand harrte eine Faschisten-Abteilung stundenlang Mussolinis. Als er dann erschien, erklärte er, unter Begeisterung seiner Mannen: „Ich glaube, daß Ihr Schwarzhemden mit demselben Gleichmut unter dem Feuer ausharrt." Anspielend auf das jüngste Attentat gegen seine Nase schloß er seine Ansprache mit dem Aufruf: „Schwarzhemden, die Kugeln fliegen vorbei, aber Mussolini bleibt!"

Die jugowslawische Regierungspartei gespalten

Belgrad. Der zweite Führer Jowanowitsch, der radikalen Partei, der führenden Regierungspartei in Jugoslawien, wurde wegen seiner Angriffe gegen den ersten Parteiführer Paschitsch aus der Partei ausgeschlossen. Der Ausschluß erfolgte mit der knappen Zweidrittelmehrheit des Hauptausschusses. Jowanowitsch hatte sich gegen die Führerschaft des greisen Paschitsch gewandt, der nicht mehr im vollen Besitz seiner geistigen Kräfte sei. Außerdem hatte er ihn für die Verstrickung von Korruptionsaffären seines Sohnes verantwortlich gemacht. Mit dem Ausschluß von Jowanowitsch ist die Spaltung der jugoslawischen radikalen Partei eingeleitet, da auf seiner Seite 27 Parlamentsabgeordnete stehen. Die sogenannte radikale Partei Jugoslawiens ist die konservativ-militaristische Regierungspartei, die ihre Wählermassen hauptsächlich aus dem alten Serbien rekrutiert.

Im Zeichen des Völkerbund-Friedens

Paris. Die französischen Truppen haben am Sonntag die Hauptstadt der Drusen, Sueida, nach 6stündigem schweren Kampfe erobert. Die Stadt wurde von 6000 bis 7000 Drusen verzweifelt verteidigt, die schwere Verluste zu verzeichnen hatten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260429-13/fragment/page=0002

Das Fürstenenteignungsgesetz vor dem Reichstag

Das Fiasko der bürgerlich-demokratischen Verfassung

Den Reigen der Redner bei der Beratung des Gesetzes über die entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen eröffnete im Plenum des Reichstags für die Sozialdemokratie der Abgeordnete Dr. **Kurt Rosenfeld**:

Er kritisiert zunächst die Vorgänge im Rechtsausschuß, um dann die im Volksbegehren abgegebenen 12½ Millionen Stimmen als einen Triumph für die Sozialdemokratie zu bezeichnen. Rosenfeld, von ständigen Zurufen der Rechten unterbrochen, gibt diesen den Rat, doch ihre Wähler über die Frage der Fürstenabfindung oder Fürstenenteignung zu befragen, er spricht von dem Terror der kleinen und großen Fürstenknechte in den Städten und auf dem Lande, um dann die Habgier der Fürsten als deren Kennzeichen anzusprechen, wobei die Deutschnationalen wiederum in künstliche Aufregung geraten. „Die deutschen Fürsten haben das Volk in den Krieg gestürzt" (Zuruf der Rechten: Schämen Sie sich, das zu sagen!) Ich wiederhole das nochmals, und darum haben die früheren Fürsten für die Unbill, die dem deutschen Volk zugefügt worden ist, zu haften. Es handelt sich nur darum, Volkseigentum als solches zu behandeln; es handelt sich nicht darum, Privateigentum den Fürsten wegzunehmen.

Wir schützen die Republik, die aber Selbstmord begehen würde, wenn sie den Fürsten ihren Milliarden geben würde. Darum handelt es sich um die Frage Republik oder Monarchie.

Es ist nicht auffällig, daß die Deutschnationalen bei dem Gesetz zur Fürstenenteignung von Raub und Diebstahl sprechen, aber es ist doch auffällig, daß die Regierung dasselbe in ihrer Darlegung zu dem Gesetz mit folgenden Worten sagt: „Die entschädigungslose Enteignung des gesamten Vermögens der Fürsten, wie sie der Entwurf vorsieht, widerspricht den Grundsätzen, die in einem Rechtsstaat die Grundlage für jeden Gesetzgebungsakt zu bilden haben." Bei Ihrer (nach rechts) Argumentation ist Ihnen ein kleines Unglück passiert: das Kompromißgesetz ist heute eines elenden Todes gestorben; seine sämtlichen Väter und Mütter wollten nichts mehr von ihm wissen. Das Kind ist ausgesetzt. Also müssen wir in diesem Moment sagen: Reichsregierung stehe auf und erkläre Dich für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten.

Der Schöpfer der Weimarer Verfassung, Hugo Preuß, hat kurz vor seinem Tode ein Gutachten dahingehend abgegeben, daß das vorliegende Gesetz nicht verfassungsändernd sei, er sagt, daß nicht einmal eine qualifizierte Reichstagsmehrheit erforderlich sei. — Es ist bedauerlich, daß die Reichsregierung dieses Gutachten der Oeffentlichkeit bisher vorenthalten hat. Wir wünschen, daß es uns bald vorgelegt werden möge.

Die sozialdemokratischen Arbeiter werden sich Rosenfelds Worte merken müssen: „Gegen das Aufbäumen des Volks gebe es keine Macht der Erde. Das Volk wird mit den Fürstendienern und Fürstenknechten abrechnen." Sie werden sich noch mehr aber die „Aufforderung" des Herrn Rosenfeld merken müssen, die er am Beginn seiner Rede den Rechtsparteien stellte: „Lösen Sie doch den Reichstag auf; wir sind bereit, den Kampf aufzunehmen."

Die **Völkischen** hatten inzwischen folgenden Antrag eingereicht:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten für ungesetzlich zu bezeichnen . . ."

Für die Deutschnationalen hielt sodann Graf **Westarp** eine schnoddrige und ungemein provokatorische Rede, die auf der gesamten Linken wiederholt stürmischen Protest hervorrief. Trocken begann er: „Meine Freunde und ich lehnen das zum Volksentscheid gestellte Gesetz ab! Eine Begründung unserer Ablehnung erübrigt sich; sie ist selbstverständlich!" Westarp spricht von Lüge und Verleumdung, mit der die Agitation für das Volksbegehren geführt worden sei. Der Mann spricht von Lüge und Terrorismus, die die Linke anwenden: „Ihre Gewalt richtet sich gegen Wehrlose". (Gelächter links, stürmische Rufe: „Ehrlose"!) Er spricht von einer „neuen Revolution", die die Linke mit Volksbegehren und Volksentscheid einleiten will. Um den Spießern Angst zu machen mit der Redensart: „Sie wollen mit diesem ersten Schritt den Besitz als solchen vernichtend treffen, der in der Hand seiner rechtmäßigen (?) Eigentümer dem Staate Steuern und den Volksgenossen Lohn (?) und Arbeit (?) gibt. Es geht um die Rechtsgrundlagen des Staates, um die Grundfesten auch der heutigen Verfassung (die Deutschnationalen als Hüter der Weimarer Verfassung!), um die Eigentumsordnung, deren Umsturz Bolschewismus bedeutet. Ziel und Ende ist das wirtschaftliche Chaos".

Nachdem so der Herr Graf die Linke des Hauses und, was viel wichtiger ist, den arbeitenden Massen den Fehdehandschuh ins Gesicht geworfen, kam die neue **Drohung mit Staatsstreichplänen und der Diktatur**, um den Fürstenraubzug zu ermöglichen: „Sie (nach links) haben einen Kampf heraufbeschworen, der an Schärfe, aber auch an Bedeutung nicht überboten werden kann. Wir sind entschlossen, den Kampf aufzunehmen und zum siegreichen Ende zu führen."

Für die kommunistische Fraktion ergriff hierauf der

Genosse Neubauer

das Wort:

„Draußen, am First dieses Hauses, steht in Stein gemeißelt die Inschrift „Dem deutschen Volke". Was Sie hier innen tun, ist gegen das deutsche Volk. Wir sind Ihnen dankbar, daß Sie das, was Sie in Praxis immer, bei allen Gesetzen tun: die Interessen des Volkes mit Füßen treten, hier einmal ganz offen, ganz nackt, ganz brutal zum Ausdruck bringen müssen. Sie haben vier Monate lang versucht, sich um den heutigen Tag herumzudrücken, mit fünf verschiedenen Kompromißentwürfen den Volksentscheid zu verhindern, weil Ihnen vor dem Tag gegraut, an dem Sie in klarer Front den Willen der Volksmassen gegenübertreten müssen. Am heutigen Tage ist dieser Versuch, das deutsche Volk zu betrügen, erbärmlich zusammengebrochen. Wir haben in der 36. Sitzung des Rechtsausschusses heute festgestellt, daß das **Kompromiß** ein totes Ding ist, eine Kreatur, **eine Mißgeburt von Dreck und Feuer, zu der sich kein Mensch mehr bekennen mag.**

Wir haben das Verdienst, die Volksmassen aufgerufen zu haben. Am 2. Dezember vorigen Jahres habe ich von dieser Tribüne herab im Namen der Kommunistischen Partei die Massen des deutschen Volkes zum Kampf gegen den schamlosen Fürstenraubzug aufgerufen. **Damals stand die Kommunistische Partei allein.** Selbst Herr Scheidemann glaubte damals mit ein paar Witzchen über unseren Enteignungsantrag hinweggehen zu können, indem er ihn als „ganz agitatorisch" und „parlamentarisch-undrauchbar" bezeichnete. Mit dieser Prognose ist es Herrn Scheidemann aber gegangen, wie nicht zu vielen anderen seiner Prophezeiungen: **Das gerade Gegenteil ist eingetreten.** Vergebens waren all die Warnungen der Regierung und der bürgerlichen Parteien.

Im Reiche haben sich einige Millionen Wähler der Rechtsparteien **für die Enteignung der Fürsten eingezeichnet. Selbst in Berlin müssen es etwa 300 000 Wähler sein, die früher für die Rechtsparteien, diesmal für die Fürstenenteignung stimmten.**

Wie erklärt sich das Ergebnis? **Für wen hat Graf Westarp eben seine Rede gehalten? Für die Mätressen des Strelitzer Großherzogs, für die Gräfin Matzenau, die den Anspruch machte, vom Volke unterhalten zu werden? Er hat eine Rede gehalten für jenen russischen General, der vom deutschen Volke seine Fürstenabfindung verlangt. Er hat eine Rede gehalten für jene montenegrinische Kronprinzessin, die sich vom deutschen Volk ihre Aussteuer und ihre neue Wohnungseinrichtung bezahlen ließ. Für diese Leute reden die Deutschnationalen, und solche Leute wagen es, eine Rede zu halten, die von Phrasen über Ehre und Freiheit trieft, die die Religion zitieren, um Fürstenmätressen zu verteidigen.**

Eine Gesellschaftsordnung, die jeden Tag, jede Stunde dem Arbeiter seinen Teil des Wertes seiner Arbeitskraft stiehlt, **eine solche Gesellschaftsordnung des systematischen, des legalisierten Diebstahls** soll nicht reden über „Verletzungen des heiligen Eigentums".

Was ist das für ein Staat, der für die Erwerbslosen, für die Invaliden, für die Kriegsopfer, für alle notleidenden Schichten nichts übrig hat, wohl aber für die Monarchen und deren durch die Monarchisten unterstützte Bestrebungen? Auf diese Frage kommen die Massen nur eine Antwort haben:

Dieser Staat ist der Staat der Reichen, der Staat der Schmarotzer und der Staat der Ausbeuter. Die Rechte des Volkes in diesem Staat stehen auf dem Papier der Verfassung; sind aber nicht in Wirklichkeit vorhanden.

Im Ausschuß glaubte heute Morgen der Redner der Zentrumspartei feststellen zu müssen, daß der Volksentscheid die Krise des Staates, die Krise der Demokratie bedeute, eine drohende Katastrophe sei. **Was ist denn Ihre Verfassung? Nur ein Betrug für das Volk!** In dem Augenblick, wo das Volk seinen Willen kundgeben und durchsetzen will, steht es vor den Schranken Ihrer Macht, der kapitalistischen Macht. Das Volk sieht, daß alles Demokratische bloß formales Zeug ist, daß

diese bürgerliche Demokratie in Wirklichkeit nicht Recht ist, sondern der Gewaltapparat der Besitzenden gegen die Nichtbesitzenden.

Friedrich Engels stellte schon fest:

„Aber wie jede andere Regierungsform, so wird auch die Republik durch das bestimmt, was ihren Inhalt ausmacht. Solange sie die Form der bürgerlichen Demokratie ist, ist sie für uns ebenso feindlich als irgendeine Monarchie. Es ist deshalb eine ganz unverzeihliche Illusion, sie ihrem Wesen nach für eine sozialistische Form zu halten."

Angesichts der Lage, die Sie geschaffen haben, sieht das arbeitende Volk so klar wie selten, daß

die Schranken der bürgerlichen Demokratie da gezogen sind, wo die Rechte des Volkes anfangen müßten.

Die Regierung hat kein Recht, über Enteignung und deren Unvereinbarkeit mit Rechtsgrundsätzen zu zetern. **Diese selbe Regierung hat durch die Enteignung der Sparer die schlimmste Enteignung vorgenommen, die möglich war.** Wenn die Regierung heute erklärt, die Enteignung der Sparer durch die sogenannte Aufwertung liege im Interesse der Allgemeinheit, während die Enteignung der Fürsten nicht dem Wohle der Allgemeinheit diene, so müssen wir einmal durchlesen, was in den Gutachten über die Beteiligung der Sparer ausgeführt wird:

„Das Aufwertungsgesetz ist deswegen nicht verfassungsändernd, weil zur Wiederherstellung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Innern und in der Steuerwirtschaft eine sofortige klare und abschließende Regelung der Aufwertungsfrage notwendig ist."

Genosse Neubauer zitiert, daß Reichskanzler Luther verkündet habe, daß die Regierung in der Fürstenangelegenheit das Volk beruhigen wolle und er fragt, **ob durch Erfüllung der Fürstenansprüche das Volk beruhigt werden könne?** Die Regierung verstand allerdings unter Beruhigung die Erfüllung der Forderungen der Fürsten zur **Beruhigung der Fürsten.**

Wenn wir heute zugleich mit der Ankündigung der Beerdigung des Kompromißentwurfs den Massen des Volkes den **Aufruf zum Volksentscheid hinausgeben,** so sind wir verpflichtet, den Massen zu sagen, der Volksentscheid über die Enteignung der Fürsten, wie jede andere Eure Lebensinteressen berührende Maßnahme kann nur durchgeführt werden **gegen die Macht des Bourgeoisstaats, gegen die Macht der offenen und verhüllten Reaktion.** Sie mögen die Staatskrise proklamieren, wir werden die Massen zur Sammlung aller Kräfte auffordern, um auch diese Situation zu überwinden, **und die Frage im proletarischen Sinne zu lösen.**

Für die Demokraten sprach **Freiherr v. Richthofen,** der herzlich wenig zu sagen hatte. Er meint: „Wir können die Fürsten nicht von der Schicksalsgemeinschaft mit dem Volke befreien, sie müssen auch Vermögensverluste ertragen können."

Dr. **Kahl** (Deutsche Volkspartei) erhebt Einspruch gegen die Angriffe des Grafen Westarp auf den Prinzen Max von Baden. Es ist eine historische Unwahrheit, daß dieser als Reichskanzler die Abdankungsurkunde des Kaisers veröffentlicht hat, ehe die Zustimmung dazu vorlag. Dr. Kahl erklärt, daß seine Fraktion zur zweiten Lesung einen Abänderungsantrag stellen wird, der auch von bürgerlichem Rechtsempfinden angenommen werden könne.

Reichsminister des Innern Dr. **Külz** bestätigt nochmals den ablehnenden Standpunkt der Reichsregierung zum Gesetz über die Fürstenenteignung. Külz hält eine starke innerpolitische Spannung für wahrscheinlich, wenn es nicht gelingt, das schwierige Problem zu lösen. Er richtet deshalb an alle Parteien einen Appell an ihr Verantwortungsgefühl, um zu erreichen, daß noch in letzter Stunde ein parlamentarisches Gesetz zustande kommt.

Für das Zentrum gibt **Schulte-Breslau** eine Erklärung ab, in der die Enteignung als völlige Entrechtung und Beraubung und als unvereinbar mit der Würde des deutschen Reiches bezeichnet wird. Der Teil des Entwurfes, der die Verwendung des enteigneten Vermögens für soziale und wirtschaftliche Erleichterungen der notleidenden Gesamtheit vorsieht, sei geeignet, die Begehrlichkeit der breiten Volksmassen zu erhöhen. (Stürmisches Hört! hört! links — auf der Tribüne erhebt sich ein Besucher und schleudert Rufe wie „Gesindel" in den Saal.) Die Erklärung besagt, daß das Zentrum weiter an einem Kompromiß arbeiten will, die Enteignung selbstverständlich ablehnt.

Selbstverständlich **lehnten auch die Redner der Wirtschaftlichen Vereinigung, der Bayrischen Volkspartei und der Völkischen die Enteignung ab.**

Das Gemeindebestimmungsrecht abgelehnt

Der Haushaltausschuß des Reichstags hat am 27. April endlich mit der Beratung über die Anträge zum Gemeindebestimmungsrecht begonnen. Es handelt sich dabei um den Antrag des Hauptausschusses vom Januar 1925, der die Regierung auffordert, das schon im Februar vorigen Jahres vom Reichstag verlangte **Schutzgesetz gegen den Alkoholismus** unter Einbeziehung eines brauchbaren Gemeindebestimmungsrechtes schleunigst vorzulegen. Dieser Antrag war damals an den Hauptausschuß zurückverwiesen worden, um ihn wieder aufzuheben. Die Demokraten haben einen Abänderungsantrag eingebracht, die Forderung nach dem Gemeindebestimmungsrecht zu streichen, die Volksparteien, eine Sicherung gegen die Trockenlegung zu schaffen. Der kommunistische Antrag verlangt vom Reichstag, daß er sein Befremden darüber ausspricht, daß die Regierung dem Reichstagsbeschluß immer noch nicht nachgekommen ist, und **die Kommunisten fordern nicht nur ein brauchbares, sondern ein wirksames Gemeindebestimmungsrecht.**

Die Debatte zeigte, wie inzwischen die **eifrige Tätigkeit des Alkoholkapitals gewirkt** hat.

Der Ausschuß war auf Seite der bürgerlichen Parteien fast durchweg von den Gegnern des Gemeindebestimmungsrechtes besetzt. Von den Deutschnationalen bis zum Zentrum war man sich darin einig, daß man das Volk nicht beunruhigen dürfe durch derartige Abstimmungen, die, wenn einmal in der Alkoholfrage eingeführt, auch auf andere Gebiete ausgedehnt werden könnten.

Für die kommunistische Fraktion sprach die Genossin Arendsee. Sie kennzeichnete das Verhalten der bürgerlichen Parteien, die bei jeder Gelegenheit, wenn wir die wirtschaftlichen Verhältnisse für soziale Erscheinungen verantwortlich machen, von gesunkener Moral, von Verwahrlosung reden, während sie heute **mit allen Mitteln dem Volke den Alkohol erhalten wollen.** Das Unternehmertum braucht nüchterne Arbeiter im Arbeitsprozeß, **nach der Arbeit aber soll der Alkohol dazu dienen, den Arbeiter zur Vertretung seiner Klasseninteressen unfähig zu machen.** Die Kommunisten bekämpfen den Alkoholismus, weil er der ärgste Feind der Arbeiter im Klassenkampf des Proletariats ist. Das Gemeindebestimmungsrecht ist ein Mittel, Aufklärung in breite Schichten zu tragen, deshalb unterstützen wir die Bewegung für das Gemeindebestimmungsrecht.

Für die Sozialdemokraten sprach der Abgeordnete Sollmann, der an Hand von Material die Zunahme der Schankstätten aufzeigte. Berlin hat 328 Lichtspielstätten, 19 000 Schankstätten. Die Sozialdemokraten wollen sich einverstanden erklären, das Gemeindebestimmungsrecht auf Branntwein auszudehnen. Dr. **Moses** wies darauf hin, daß **einen Tag nach der Reichsgesundheitswoche im Reichstag Reden gegen die Gesundheit gehalten werden.**

In der nachfolgenden Abstimmung wurde der kommunistische Antrag auf ein **wirksames** Gemeindebestimmungsrecht **gegen die** 10 Stimmen der **Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Angenommen** wurde eine Entschließung, welche **ein allgemeines Schutzgesetz gegen den Alkoholismus** verlangt. Damit ist praktisch das Gemeindebestimmungsrecht abgelehnt worden.

Die kasernierte Prostitution aufgehoben

Bei der Abstimmung über den Etat für Volkswohlfahrt gelangte ein kommunistischer Urantrag auf Beseitigung der kasernierten Prostitution in Preußen bis Ende 1926 zur Annahme. Hingegen wurde ein Antrag unserer Fraktion über eine ziffernmäßige Nachweisung der unter Kontrolle stehenden Frauen in Preußen und über den schätzungsweisen Umfang der von der Kontrolle nicht erfaßten Prostitution in Preußen durch einen Abänderungsantrag der Zentrumspartei zu Fall gebracht.

Das Elend der Kleinbauern und Landarbeiter vor dem Landtag

Am Dienstag setzte der Landtag die Besprechung über den landwirtschaftlichen Etat fort. Der zentrümliche Landwirtschaftsminister war bestrebt, den Wünschen der Großagrarier und preußischen Junker Rechnung zu tragen. Er sprach dauernd von der Notlage des Großgrundbesitzes. Die Nöte der Kleinbauern und Landarbeiter glaubte er am besten dadurch aus der Welt schaffen zu können, daß er dieser proletarischen Bevölkerungsschicht Klassenharmonie und Versöhnung mit den sie ausbeutenden Kapitalisten empfahl.

Für die kommunistische Fraktion sprach der Genosse Gustav Müller (Frankfurt a. O.). Er führte u. a. aus: Die steuerliche Belastung der Kleinbauern ist fünf- bis sechsmal so groß wie die der Großgrundbesitzer. Dabei wissen sich diese besitzenden Kreise auf dem Lande noch besonders vor den Steuerabgaben **durch falsche Buchführung** zu schützen. **Nach dem Lebensaufwand zu urteilen,** den die Großgrundbesitzer treiben, kann es ihnen noch nicht allzu schlecht gehen. **Die großagrarischen Kreise, deren Steuerschen und Steuerdrückebergerei** bekannt ist, **sind die Hauptgeldgeber für die schwarze Reichswehr und für die Fememörder.** (Lärm b. d. Deutschnat.)

Welche schreienden sozialen Gegensätze auf dem Lande vorhanden sind, dafür folgendes Beispiel: In einem Dorfe Buchholz in der Ostmark sah ich einen **Mastbullen,** der für eine Viehausstellung gemästet wurde. Er erhielt folgende Kost: **10 Eier, 15 Liter Vollmilch.** (Hört, hört, Skandal!) In demselben Dorfe hatte ich Gelegenheit, in einer Landarbeiterwohnung ein Frau zu beobachten, **die ihrem Säugling Milch zu geben nicht imstande war und sich statt dessen mit schwarzem Kaffee behelfen mußte.** Auf der einen Seite **das Proletarierkind,** das auf dem Dorf wohnt, noch nicht einmal Milch bekommen kann, auf der anderen Seite **der Mastbulle des Junkers,** der allein **15 Liter Vollmilch täglich verschlingt.** (Hört, hört! bei den Kommunisten. Feine Illustration zur Gesundheitswoche!)

Genosse Müller weist auf den Rationalisierungsprozeß in den landwirtschaftlichen Großbetrieben hin. Ein Drittel der bisherigen Arbeiter wird abgebaut. Die Löhne betragen 20 bis 30 Pf. die Stunde. Immer mehr wird wieder die **Kinderarbeit** ausgebeutet. In Ostpreußen gibt es ein Gut, **das seine Arbeit restlos durch Kinderarbeit bestreiten läßt.** Die Gutsbesitzer machen das Koalitionsrecht vollkommen illusorisch.

Die Lage der Kleinbauern verschlechtert sich ebenfalls von Tag zu Tag, **wie die Zahl der Pfändungen beweist.** Im Kreise Lötzen wurden in letzter Zeit **400 Pfändungen,** in einem Dorfe der Provinz Sachsen wurden **an einem Tage 15 Pfändungen** vorgenommen. Im Westfälischen hat man sogar schon einen Käuferstreik **bei den Auktionen** erlebt. Die Bevölkerung wollte damit ihre Solidarität zu den gepfändeten Kleinbauern ausdrücken. Die Bourgeoisie hat dauernd den Kleinbauern einzureden versucht, daß die Kommunisten, wenn sie zur Macht kämen, **die letzte Kuh aus dem Stalle holten. Die Kommunisten denken selbstverständlich nicht daran.** Aber heute erleben die Kleinbauern und Landarbeiter, **wer rigoros pfänden läßt und vor dem noch so kleinen Privateigentum der Bauern nicht halt macht.** Es ist die Großbourgeoisie, es sind die **Großgrundbesitzer,** und es sind **ihre Regierungsorgane.** (Sehr richtig! b. d. Komm.)

Was ist zu tun, um aus dieser Verelendung und Not herauszukommen, so fragen sich heute Millionen Kleinbauern und Landarbeiter. **Wir Kommunisten rufen ihnen zu, schließt ein Bündnis mit denjenigen Bevölkerungsschichten, die genau wie Ihr unter demselben System leiden, nur im Bunde mit der Industriearbeiterschaft, nach demselben Beispiel, das das russische Volk uns zeigt, werdet Ihr das Elend überwinden.** (Starker Beifall b. d. Kommunisten.)

Die SPD. entlarvt sich

Am Mittwoch nahm der Landtag in der Hauptsache Abstimmungen vor.

Zur **Linderung der Not der Erwerbslosen** hatte unsere Fraktion u. a. beantragt, eine **einmalige Beihilfe von 100 Reichsmark für alle verheirateten, von 50 Reichsmark für alle ledigen Erwerbslosen, 10 Reichsmark für jedes Familienmitglied,** des weiteren **Rückerstattung der Miete.** Außerdem sollten umfangreiche **Notstandsarbeiten** durch besondere Beihilfen an die Kommunen in Angriff genommen werden. Alle diese Anträge wurden von der gesamten Reaktion **einschließlich SPD.** niedergestimmt. Auch für die **Zahlung der Unterstützung** vom ersten Tage an **alle Erwerbslosen,** sowie **für die Zahlung der Unterstützung** an die Kurzarbeiter **für die Zeit der Feierschichten** war die SPD. nicht zu haben.

Bei der Abstimmung über einen kommunistischen Entschließungsantrag, der **Kontrollmaßnahmen gegenüber der heutigen Fürsorgebarbarei in staatlichen und privaten Instituten** verlangt, stimmten **18 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion mit den Kommunisten, 84 sozialdemokratische Abgeordnete** jedoch enthielten sich der Stimme und unterstützten damit die Ablehnung des Antrages durch die Bürgerlichen.

Diese SPD.-Führer sind also für Hunger und Prügel, Muckerei und Frömmelei in den „Fürsorgeanstalten".

Bei der Abstimmung zum **Gestütetat** bzw. zum **Etat der Domänenverwaltung** wurden ebenfalls die kommunistischen Anträge, die die **Mittel zur Unterstützung für Pferderennen** und zur **Unterstützung der Rennvereine** gestrichen und für **soziale Zwecke eingesetzt wissen wollten, gegen** die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260429-13/fragment/page=0003

Achten Sie genau auf Straße und Hausnummer!

13 Waggon Haushaltwaren eingetroffen

ein großer Teil Schlager für den **95-Pfg.-Tage-Verkauf**

Beachten Sie meine Schaufenster Steinweg 45 und Große Ulrichstraße 9 die sagen Ihnen alles

Eine Fülle von Schlagern in Haushaltwaren!

Achten Sie genau auf Straße und Hausnummer!

Ich bringe was Sie suchen! Für wenig Geld das Richtige!

Rahmservice, Glas, 3tlg. ..... 95 ₰

Engl. Kohlenkasten m. Deck., bt. bem. 95 ₰

Würstchenkasten groß ..... 95 ₰

Burgleuchter mit bunt. Kerze .. 95 ₰

Keksdose mit Nickeldeckel .. 95 ₰

Zinkeimer 28 cm ..... 95 ₰

Quirlgarnitur 7tlg. ..... 95 ₰

2 Waggon Glas

alles für 95 Pf.

12 Kompotteller, oliv
10 Bierbecher, 1/10 Liter, mit Riche
Kuchenteller, extra groß
2 Sportlikörgläser mit buntem Stiel
Glasschüssel extra groß
Stehbüchse mit Deckel
4 Goldrandbecher
2 Stck. Weingläs., Römerf. 6 versch. Farb.

5 Waggon Emaille

alles für 95 Pf.

Aufwaschwanne, rund, groß
Wasserkessel, groß, weiß
Durchschlag, groß, weiß
Schüssel, weiß/weiß, groß
Essenträger, groß

Artikel des tägl. Bedarfs

alles für 95 Pf.

12 Pakete Scheuersand
4 Scheuertücher
4 Pak. Seifenpulver m. Kernseifenschnitz.
4 Rollen Butterbrotpapier

2 Waggon Steingut

alles für 95 Pf.

Satz Schüsseln, 5 Stück
2 Paar Tassen mit Untertassen
Wasserkrug, groß, für Waschgarnitur
Kaffeekanne, Bauernmuster, handgem.
Kuchenteller, Bauernm., extragr., handg.
Kinder-Eßservice, 5 tlg., bunt bemalt
Kartoffelschüssel, extra groß
Schmalzdose, groß

1 Waggon Holz

alles für 95 Pf.

Waschbrett, garant. Zink
12 Kleiderbügel
12 Schneidebretter
Bürstentasche und Kammkasten, zus.
Messerkasten und Putzkasten, zusammen
Gurkenhobel m. 2 Messer, m. Nudelrolle und Fleischklopfer, zusammen
Zusammenlegbarer Wäschetrockner mit 6 Stäben
Handtuchhalter m. Einlage u. 4 Haken
Garderobenleiste mit 3 Schleifhaken

2 Waggon Porzellan

alles für 95 Pf.

3 Paar Goldrandtassen m. Untertassen
4 Kaffeebecher, bunt bemalt
6 Abendbrotteller, groß
Salatschüssel, eckig, groß
6 Eierbecher mit Goldlinie
3 Speiseteller, tief u. flach, m. Zackenrd.
6 Kompottnäpfe, groß, bunt bemalt
3 Paar Tassen m. Untert., Rosenmuster

1 Waggon Weißblech

alles für 95 Pf.

Springform, groß, extra stark
Messerkorb mit starker Gaze, 3teilig
Kartoffelpresse
Melonenform
Universalsieb mit 3 auswechselb. Böden

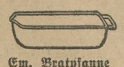
Artikel des tägl. Bedarfs

alles für 95 Pf.

6 Stück Badeseife
12 Stück Toilettesseife
4 Stück gr. Waschseife, Qualitätsware
5 Pakete Streichhölzer

1 Teeglashalt. mit Glas zusammen 95 ₰

Kaffeeservice, 5tlg., besteht aus Kaffeekanne, Zuckerdose m. Deckel, Milchgießer 1 Ober- und 1 Untertasse ..... 95 ₰



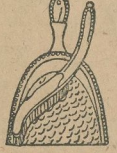
Em. Bratpfanne extra groß .. 95 ₰

Em. Schmortopf groß, ... 95 ₰

Em. Eimer w./w. .. 95 ₰

Sand-Seife-Soda-Garnitur, lackiert .95 ₰

Alum.-Konsole m. Maß . 95 ₰



Krümelschaufel mit Besen . . . . 95 ₰

Steinweg 45 **SOBEL** Gr. Ulrichstr. 9

Achten Sie genau auf Straße und Hausnummer!

Versammlungen der KPD

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 5237

Sitzung der Bezirksleitung unter Hinzuhung der Unterbezirksleiter am Donnerstag, 29. April, abends pünktlich 6½ Uhr, in halle im Saale der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Achtung, Zellengruppenleitungsmitglieder von Halle! Am Montag, dem 3. Mai, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft wichtige Sitzung. Alle Zellengruppenleitungsmitglieder müssen unbedingt erscheinen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Sennewitz. Mitgliederversammlung Donnerstag, 29. April, abends 8 Uhr, im „Schwarzen Adler". Tagesordnung: Bericht vom Bezirksparteitag. Alles muß erscheinen.

Brachstedt, Oppin. Gemeinsame Mitgliederversammlung Freitag, 30. April, abends 8 Uhr, in Oppin im Lokal Ferl. Tagesordnung: Bericht vom Bezirksparteitag.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg. Mitgliederversammlung Freitag, 30. April, abends 8 Uhr, in der „Funkenburg". Wichtige Tagesordnung. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Leimbach. Mitgliederversammlung Sonntag, 2. Mai, vormittags 9 Uhr, im Lokal Tittel. Alle Genossen müssen erscheinen. Wichtige Tagesordnung.

Dreiskewitz. Mitgliederversammlung Donnerstag, 29. April, abends 7 Uhr, im Gasthof Hirsch. Referent Genosse Gustav Jetz. Alles muß erscheinen.

Zeitz. Stadtdelegiertenkonferenz Freitag, 30. April, abends 8 Uhr, in der „Herberge". Tagesordnung: Bericht vom Bezirksparteitag. Referent Genosse Benkwitz, Zeitz. Alle Mitglieder haben das Recht, als Gast an der Konferenz teilzunehmen.

Siedten. Mitgliederversammlung Sonntag, 2. Mai, vormittags 10 Uhr, im Lokal Kraneis. Wichtige Tagesordnung. Referent Genosse Fritz Lesser, Eisleben.

Teutschenthal. Einwohnerversammlung Sonntag, 2. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Lokal „Mürbenhof". Referent Landtagsabgeordneter Lademann und Kreistagsabgeordneter Otto König, Unterröblingen.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

KJVD

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Jugendgenossen! Am Donnerstag, 29. April, abends ½8 Uhr, im kleinen Saale des „Volksparl", findet gemeinsam mit der Roten Jungfront eine Jugendkundgebung statt. Es wird jedem Genossen zur Pflicht gemacht zu erscheinen.

Donnerstag: Alle Genossen bleiben nach Schluß der Kundgebung zu einer kurzen Sprechchorprobe noch da.

Sonnabend, 1. Mai: Alle Genossen beteiligen sich an der Demonstration. Jeder bei seiner Gewerkschaft.

Nachmittags 3 Uhr Treffen der gesamten Mitgliedschaft am Hallmarkt zum Marsch nach der Bischofswiese. Jeder muß sich daran beteiligen.

Sonntag: Tagestour nach dem Petersberg. Treffen 6 Uhr am Hallmarkt.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Donnerstag: ½8 Uhr im kleinen Saale des „Volksparl" gemeinsamer öffentlicher Gruppenabend. Es wird erwartet, daß die gesamte Mitgliedschaft sich daran beteiligt.

Unterbezirk Wittenberg

Wittenberg. Donnerstag, 29. April, abends 8 Uhr, im Jugendheim Schloß Maiseier der KJ., bestehend aus einem Referat, Rezitationen und Musikstücke. Gäste können daran teilnehmen. Die Musikspieler müssen etwas früher erscheinen.

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg

Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 4425

Weißenfels. Freitag, 30. April, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus" (obere Räume) Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Klassenkampf und Rote Hilfe.

Leimbach. Sonntag, 2. Mai, vorm. 9 Uhr, im Lokal Tittel, Mitgliederversammlung.

Hettstedt-Burgörner. Freitag, 30. April, abends 8 Uhr, treffen sich alle, welche den Vertrieb von Literatur für den 1. Mai mit übernehmen wollen, zu einer Zusammenkunft beim Literaturobmann.

Sonnabend, 1. Mai, vormittags 9 Uhr, Antreten aller Mitglieder im „Hohenzollernpark" zur Teilnahme an der Maidemonstration; abends 8 Uhr Teilnahme an der Maifeier im „Hohenzollernpark".

Sonntag, 2. Mai, vorm. 9 Uhr, Ortsvorstandssitzung beim Genossen Dietz. Unterkassierer und Literaturleute müssen mit erscheinen wegen der Abrechnung.

Merseburg. Donnerstag, 29. April, abends 8 Uhr, in „Stadt Leipzig" Funktionärsitzung. Wichtige Besprechung wegen dem 1. Mai.

Greppin. Freitag, 30. April, abends 8 Uhr, Lokal Schmidt, Mitgliederversammlung.

Bund der Freunde der JAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

Halle. Die Nähstube ist verlegt nach der Lutherschule, Schloßerstraße (Haltestelle der Linie 4). Arbeitsstunden von Montag bis Donnerstag ab 3½ Uhr nachmittags. Weitere Mitarbeiterinnen dringend erwünscht. Meldungen in der Nähstube.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Kameraden, besucht den Film „Sein Mahnruf"

Das Gausekretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Döschner, Halle, Postscheckamt Leipzig 8715. Telephon 9012.

Das Gaubureau bleibt Sonnabend, den 1. Mai, den ganzen Tag geschlossen. Dafür ist es Freitag abend bis 8 Uhr und Sonntag, den 2. Mai, vormittags von 9 bis 1 Uhr geöffnet.

Ortsgruppe Halle

Am 1. Mai nehmen alle Kameraden an der Demonstration vormittags bei ihren Gewerkschaften teil. Nachmittags Abmarsch zur Bischofswiese wie folgt:
Bezirk 1 (Osten) 3 Uhr nachm. vom Roßplatz.
Bezirk 2 (Süden) 3 Uhr nachm. vom Johannisplatz.
Bezirk 3 (Westen) ¼4 Uhr vom Weingärtenplatz.
Bezirk 4 (Norden) ¼4 Uhr nachm. vom Wettiner Platz.
Bezirk 5 (Zentrum) 3 Uhr nachm. vom Hallmarkt.
Jungfront bei den Bezirken.
Spielleute bei den ersten vier Bezirken entspr. der Einteilung des Spielmannsleiters.
Musikkapelle nachm. ½3 Uhr Hallmarkt.

Kameraden! Müßt zur Teilnahme am Bundestreffen in Berlin Pfingsten. Fahrpreis einschließlich Versicherung 7.50 Mark. Meldungen bis 30. April. Einzahlung des Fahrgeldes bis 15. Mai. Sparmarken sind bei allen Gruppenführern zu erhalten.

Geschlossener Spielmannszug. Donnerstag, 29. April, abends 7 Uhr, am Hettstedter Bahnhof Antreten zum Üben.

Abteilung 4. Die für Donnerstag angesetzte Versammlung fällt aus.

Abteilung 15. Freitag, 30. April, abends 8 Uhr, in der „Schlüssel" Abteilungsversammlung.

Abteilung 21. Freitag, 30. April, abends 8 Uhr, in Schmidts Lokal, Wölberger Weg 58, Abteilungs-Pflichtversammlung. Mitgliedsbücher mitbringen.

Jungfront

Am Donnerstag, dem 29. April, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark" eine gemeinsam mit dem KJVD. veranstaltete Jugendkundgebung statt. Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht.

Alle Kameraden, welche Fortbildungsschüler, erwerbslos und Radfahrer sind, treffen sich am Freitag, dem 30. April, abends 8 Uhr, im „Volkspark".

Untergau Saalkreis

Ammendorf. Freitag, 30. April, im „Burgkölschen" Mitgliederversammlung.

Teicha. Sonnabend, 1. Mai, abends 8 Uhr, bei Stöger Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Reichstreffen Berlin. Spielmannszug zur Stelle.

Untergau Merseburg

Merseburg. Donnerstag, 29. April, in der „Stadt Leipzig" U.-Ausschuß.

Merseburg. Freitag, 30. April, Vollversammlung in der „Stadt Leipzig".

Merseburg. Sonnabend, 1. Mai, ½2 Uhr nachm., Antreten zur Maidemonstration in der „Funkenburg".

Mücheln. Freitag, 30. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung. Alle Kameraden haben restlos zu erscheinen.

Frankleben. Sonntag, 2. Mai, nachmittags 2 Uhr, Pflichtversammlung. Antreten an den bestimmten Plätzen.

Untergau Schkeuditz

Gleisen. Sonnabend, 1. Mai, nachmittags ½3 Uhr, Antreten am Gasthof Raue. Wer nicht erscheint, wird zur Rechenschaft gezogen.

Untergau Mansfeld (Sektreis)

Hühnstedt. Sonnabend, 1. Mai, abends 8 Uhr, im Hoffmannschen Lokal Werbebezirksversammlung. Die Ortsgruppen Zappendorf und Langenbogen haben unbedingt zu erscheinen.

Untergau Sangerhausen

Artern. Sonnabend, 1. Mai, 2 Uhr nachmittags, am „Goethehaus" Antreten zum Demonstrationszuzug.

Sonntag, 2. Mai, Werbeabend in Ringleben. Abfahrt mit Auto abends ½6 Uhr Friedensstein.

Untergau Delitzsch

Delitzsch. Donnerstag, 29. April, abends 8 Uhr, Vorstandssitzung einschließlich sämtlicher Funktionäre.

Delitzsch. Freitag, 30. April, 8 Uhr, im „Lindenhof" Mitgliederpflichtversammlung. Tagesordnung: Berliner Fahrt. Jeder Teilnehmer hat 50 Pfennig Versicherungsgebühr mitzubringen.

Untergau Weißenfels

Sonntag, 2. Mai, vormittags 9 Uhr, findet in Weißenfels, „Gewerkschaftshaus", Marienstraße, unsere Untergaukonferenz statt. Jede Ortsgruppe muß unbedingt durch einen Delegierten vertreten sein. Mitglied der Gauleitung anwesend.

Teuchern. Sonntag, 2. Mai, abends 8 Uhr, im „Grünen Baum" Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Reichstreffen Berlin.

Untergau Zeitz

Zeitz. Sonnabend, 1. Mai, vormittags 5 Uhr, Antreten zum Wecken auf dem Schützenplatz. Spielleute zur Stelle.

9 Uhr vormittags Antreten zur Demonstration auf dem alten Markt.

Sonntag, 2. Mai, vormittags 10 Uhr, findet in Zeitz in der „Schuhmacherherberge" die Untergauconferenz statt. Alle Ortsgruppenvorsitzenden und Funktionäre haben zu erscheinen. Vertreter der Gauleitung ist anwesend.

Untergau Naumburg

Sonntag, 2. Mai, vormittags 9 Uhr, im „Goldenen Hahn" in Naumburg Untergaukonferenz. Sämtliche Ortsgruppen haben ihre Delegierten zu entsenden.

Zur Untergaukonferenz haben alle Ortsgruppen die genaue Teilnehmerzahl an der Fahrt nach Berlin zu melden. Referent von der Gauleitung, Kamerad Richter, ist anwesend.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

Stadt-Theater
Donnerstag 8 Uhr „Roscoitchen"
Freitag 8 Uhr Heimliche Brautnacht
Sonnabend 8 Uhr Der einsame Weg

Walhalla
8 Uhr. Tel. 8385
Letzte Vorstellung
Das Mädchen ohne Ehre

Edison Theater
Goethestr. 26
Freitag bis Sonntag 6.30 und 8.20 Uhr
Liane Haid in 1632
Ich liebe Dich!
gesungen von der Konzertsängerin Frau Sonnabend
Lebensbild mit Gesangseinlagen in 6 Akten
Außerdem:
Bill d. Waldläufer
Wildwest-Schausp. in 5 Akten und eine tolle Fox-Humoreske

Die schönsten und billigsten
Anzüge
finden Sie bei uns!

Herren-Anzüge	in allen Formen und Mustern . . . . von	24.50 an
Herren-Anzüge	Gabardine, Ersatz für Maß . . . . . von	45.— an
Burschen-Anzüge	schöne helle Muster . . . . . von	21.— an
Frühjahrs-Mäntel	in Covercoat und Gabardine . . von	42.— an
Gummi-Mäntel	haltbare Qualität von	17.50 an
Knaben-Anzüge	haltbare Qualitäten, moderne Formen . von	5.95 an
Herren-Hosen	gemusterte und gestreifte Stoffe . . . . . von	5.45 an
Wind-Jacken	imprägniert . . . . von	9.75 an

System Konkurrenzlos
Inhaber J. Kiwit
11 Leipziger Straße 11

Spendet für die Rote Hilfe

Bezirks-Konsumverein Eingetragene Genossenschaft m. Weißenfels-Naumburg beschr. Haftpflicht zu Weißenfels

Unsere sämtlichen Verteilungsstellen sind am:
Sonnabend, 1. Mai
den ganzen Tag
geschlossen
Wir ersuchen die Mitgliedschaft, ihre Bedarfsdeckung rechtzeitig vorzunehmen und der Genossenschaft die Treue zu wahren
Die Verwaltung

Aus den Betrieben

Die Betriebe und der 1. Mai

Als vor 36 Jahren am 1. Mai die klassenbewußte Arbeiterschaft **auf Beschluß des Internationalen Sozialistenkongresses in Paris** zum erstenmal die Betriebe verließ, hatte sie keine Ursache, einen Feiertag im bürgerlichen Sinne zu halten. Zu rücksichtslos und brutal hatten das Sozialistengesetz eines Bismarck und die Streikverbote eines Puttkamer den Klassencharakter des Staates gezeigt. Begeistert gingen die Arbeiter unter der erprobten Führung der verfolgten Sozialisten aus den Betrieben, um dem immer widerspruchsvoller werdenden kapitalistischen Chaos zum erstenmal in allen Industriestaaten das Programm der sozialistischen Arbeiterschaft entgegenzustellen.

Auch in den folgenden Jahren nach dem Sozialistengesetz begriff die Arbeiterschaft sehr gut die große Bedeutung einer internationalen Demonstration für ihre Klasseninteressen. Der regelmäßig einsetzende Unternehmer- und Polizeiterror war stark genug, um den Reformvorschlägen der Bernstein und Sombart nicht allzu viel Raum zu lassen. Erst in langer, zäher Unterminierungsarbeit gelang es der reformistischen Führerschaft, den Boden für ein 1914 zu schaffen, um an Stelle der alten Maiparole für den Völkerfrieden den ungeheuerlichen Betrug von der „Rettung des Vaterlandes" zu setzen.

Was haben sie gerettet?

Die englische Arbeiterschaft, deren Lebenshaltung vor 30 Jahren Bernstein die Grundlage für seine scheinbar berechtigte Revision des Marxismus gab, steht heute vor einem ungeheuren Kampf mit dem Unternehmertum. Die reformistische Taktik hat ihnen den schwarzen Freitag gebracht, und erst die Strategie des Klassenkampfes konnte sie zu dem Erfolg des roten Freitag führen. Nur so werden sie die kommenden Kämpfe erfolgreich beenden.

Die englische Kapitalistenklasse, einst die mächtigste und reichste der Welt, kämpft aussichtslos gegen die Konkurrenz Amerikas. Die deutsche, französische, wie überhaupt die ganze europäische Kapitalistenklasse sieht ihren nahenden Bankrott. Die deutschen Kapitalisten, völlig unfähig, die geschaffenen Produktionsmittel auszunutzen, schreiten zu deren Vernichtung unter dem Deckmantel der „Rationalisierung" und lassen sich von den Reformisten bekrätigen, daß diese „Reinigungskrise" notwendig sei.

Die riesenhafte industrielle Reservearmee wird zum Lohndruck ausgenutzt. Ist der Lohn tief genug herabgedrückt, so geht man dazu über, die Erwerbslosenunterstützungen abzubauen, damit sie den kümmerlichen Lohn nicht überschreiten. Obendrein sind die Gewerkschaftsführer mit dem Arbeitsminister einer Meinung, daß diese „Auswüchse" beseitigt werden müssen. Nichts zeigt deutlicher als diese Erscheinung, daß **die Belegschaften trotz der Abneigung der Gewerkschaftsführer mit den Erwerbslosen zusammen um ihre Existenz kämpfen müssen.**

Die Arbeitsminister kommen in London zusammen zur Regelung des Achtstundentages, das heißt um soviel Ausnahmen zu schaffen, daß die Ausnahme zur Regel wird. Insbesondere soll für Deutschland die Krise, die eine Bedrohung der deutschen Wirtschaft bildet, **der Grund sein, den Achtstundentag weiter zu durchbrechen.** Jeder Arbeiter begreift, daß jede Stunde Arbeitszeitverlängerung

ein Diebstahl am trockenen Brot des Erwerbslosen

bedeutet. Die alte Kampfforderung des 1. Mai für den Achtstundentag ist heute mehr denn je notwendig, in den Betrieben gestellt zu werden.

Zum Lohndruck und zur Arbeitszeitverlängerung kommt als dritter Faktor der Steigerung des Profits das ausgeklügelte **Antreibesystem.** „Amerika als Vorbild" ist die Parole der Unternehmer und des ADGB. Die ausgehungerten deutschen Proleten sollen mit den Ford-Arbeitern die Konkurrenz aufnehmen — zur „Gesundung der Wirtschaft". Um die Gegenwehr der Arbeiter zu verhindern, werden die reaktionärsten Methoden angewandt. Wenn ein Berliner Großbetrieb seinen Betriebsrat vor das Gericht zerrt, weil er in der Belegschaftsversammlung die Erörterung politischer Fragen zugelassen habe, wenn die Unternehmer die Gewerkschaften für Schadenersatz bei Streiks verklagen und verurteilen lassen können, **so zeigt es, wie weit es die deutsche Arbeiterschaft mit der Wirtschaftsdemokratie gebracht hat.** Um so mehr müssen die Belegschaften im Betrieb und durch die Gewerkschaften aktiv auftreten.

Das alte Prinzip des „Teile und herrsche!" wird in den Betrieben mehr denn je angewandt. Bei der heutigen Produktionsmethode wird in steigendem Maße die Arbeit der Frauen und Jugendlichen ermöglicht. Bei der geringen Kampferfahrung dieser Schichten droht der Belegschaft hier eine Gefahr. Hier muß am 1. Mai die Arbeiterschaft **für eine völlige Geschlossenheit des Kampfes mit den Frauen und der Jugend** demonstrieren.

Der IGB. fordert das Proletariat auf, am 1. Mai zu demonstrieren für die Beseitigung der Knechtschaft, für den Sturz der Reaktion, fordert aber leider nicht zur geschlossenen Arbeitsruhe auf. Um so mehr ist es die Aufgabe der Belegschaften, durch

unbedingte Arbeitsruhe

nachdrücklichst für ihre Forderungen einzutreten.

Mit Recht sagt der Aufruf des IGB.: „Mit jedem Tag zeigt es sich aufs neue, daß nur eine geeinte, kräftige Arbeiterbewegung dem Zusammenbruch Einhalt gebieten . . kann." Um diese Einheit muß im Betrieb ein täglicher Kampf, unterstützt durch die Einheitskomitees, geführt werden. Jede Belegschaftsversammlung muß eine Werbeversammlung für die freien Gewerkschaften sein!

In den Gewerkschaftsversammlungen muß die Forderung nach **Wiederaufnahme aller Ausgeschlossenen** energischer betrieben werden. Nur wenn die Belegschaften sich regen, wird es möglich sein, die Gewerkschaftsführer von ihrem Lippenbekenntnis zur Einheit, zu praktischen Taten zu zwingen. Ihre bisherige Einstellung zu den Forderungen des englisch-russischen Einheitskomitees auf Vereinigung der beiden Gewerkschaftsinternationalen steht im Widerspruch zu ihren Worten. In demselben Maße, in dem die Einheit der organisierten Arbeiterschaft wächst, sie von ihren Kräften Gebrauch macht, wird auch die breite Mittelschicht, die heute durch den Zerfall der kapitalistischen Ordnung haltlos geworden ist, sich der Führung des Proletariats unterordnen; die Kampfeseinheit aller Unterdrückten ist die beste Gewähr dafür, daß den raubgierigen Absichten der Imperialisten ihrem Schmindel des Völkerbundes, eine wirkliche, reale Grundlage für den Weltfrieden entgegengestellt werden kann. So müssen **die Betriebe rüsten zum 1. Mai,** damit sie, wie Engels vor 36 Jahren schrieb:

„wieder Heerschau halten können über mobilisierte Streitkräfte, mobilisiert als ein Heer, unter einer Fahne und für ein Ziel."

Schikanen der Mansfelder Direktion zum 1. Mai

Betriebszelle Paulsschacht.

Nach Tarif ist vorgesehen, daß am 1. Mai derjenige, der nicht zur Arbeit kommt, sich abzumelden hat. Während der ganzen Jahre hatte der Betriebsrat mit der Direktion die Vereinbarung getroffen, daß die Abmeldung durch den Betriebsrat oder durch die Flügelteuer erfolgte. Die Direktion versuchte schon voriges Jahr, den 1. Mai zu sabotieren, hatte aber kein Glück damit. Dieses Jahr sucht man nun alles heraus, um das, was im vorigen Jahre vereitelt wurde, in diesem Jahre zu schaffen. Es erschien ein **Aushang** seitens der Direktion in den Betrieben, **daß sich jeder persönlich bei seinem Steiger abzumelden habe.** Der Oberteiger Brunner, Witzthumschacht, geht aber noch weit darüber hinaus, denn jetzt soll sich jeder beim Gedinge-Fahrsteiger persönlich abmelden. Da nun Witzthum- und Paulsschacht ein Werk bilden, so kommt es vor, daß für die Förderung beider Schächte der Fahrsteiger auf Witzthumschacht sitzt und die Arbeiter des Paulsschacht sich dort abmelden müssen. Das bedeutet, daß **die Arbeiter teilweise einen Weg von etwa 1 Stunde bis dorthin haben oder sogar eine Schicht feiern müssen, um sich für den 1. Mai abzumelden.**

Kameraden! Hieraus ersieht Ihr, daß man versucht, mit allen Kniffen den Kampf-Mai aus der Welt zu schaffen. Lieber können Buß- und Bettage eingesetzt werden, da würde der Arbeitgeber nichts sagen. Warum aber heim 1. Mai? Am 1. Mai werden von der Arbeiterschaft Forderungen gestellt, die der Unternehmer verweigert, um seinen Profit nicht zu schmälern. Die Arbeiter sagen an diesem Tage der Bourgeoisie deutlich ins Gesicht, was sie von ihr denken usw. Deshalb soll verhindert werden, daß am 1. Mai gefeiert wird.

Kameraden! Nun erst recht, und wenn die Abmeldung noch so schwer gemacht wird, **jeder muß sich abmelden.** Der Mansfelder Arbeiter darf nicht zurückschrecken. Kein Arbeiter darf an diesem Tage arbeiten! **Heraus auf die Straße!**

Demonstriert gegen die Ausbeutung, gegen den Schandschiedsspruch für höhere Löhne, für Ausbau des Reichsknappschaftsgesetzes, für die Siebenstundenschicht unter Tage, für Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß, für den Volksentscheid, für Sturz der reaktionären Luther-Regierung.

Das sollen unsere Forderungen am 1. Mai sein. Brecht alle Sabotage, der Tag muß unser sein!

Uebt Solidarität mit den Erwerbslosen!

Bauarbeit Halle

Uns wird geschrieben: Wir haben in Halle so viele Arbeitslose, und doch geben sich bei dem **Umbau Gr Steinstraße 43** die Arbeiter dazu her, **Ueberstunden über Ueberstunden** zu schieben. Auch Sonntagsarbeit wird dort gemacht. Man hört allerlei darüber, daß so verschiedene SPD.-Größen bei diesem Wettlauf an der Spitze stehen sollen. Das muß doch wohl anders werden, denn wenn die Betriebstätigen nicht Solidarität mit den Erwerbslosen halten, haben beide den Schaden und der Unternehmer ist der lachende Dritte. Wir hoffen, mit dieser Veröffentlichung eine gründliche Aussprache bei den Arbeitern am Umbau Gr. Steinstraße 43 zu erzielen und ein Abstellen der Ueberstundenschieberei. Der einzige Weg der Besserung der Arbeiterverhältnisse ist der Kampf der organisierten Massen gegen den Klassenfeind.

Lehrlingslos

(Arbeiterkorrespondenz Ermsleben)

Ein berüchtigter Lehrlingsschinder ist der Maurermeister Werner in Ermsleben. Er beschäftigt durchschnittlich sieben bis elf Lehrjungen, die aber herzlich wenig bei ihm lernen. Lohn wird gezahlt, wie es dem Meister paßt. Das beweisen die Lohntüten eines Gesellen, die uns vorliegen und einen **Stundenlohn von 20 Pfennig** ausweisen.

Zurzeit wird in Ermsleben von einer Magdeburger Firma ein Brückenbau ausgeführt. Herr Werner brachte nier seiner Leute an, für die ein Stundenlohn von 50 Pf. gezahlt wird. Sicherlich hat die Firma dem Herrn Werner auch die 50 Pfennig gezahlt. Die Arbeiter aber erhielten, wie wiederum die eingesandten Lohntüten beweisen, nur 20 Pf. von dem Maurermeister ausgezahlt. Die Arbeiterschaft muß unbedingt hier eingreifen und durch **gewerkschaftliche Organisation** und wirkliche Mitarbeit in der Gewerkschaft dafür sorgen, daß solche Verhältnisse endlich beseitigt und den Unternehmern gründlich das Handwerk gelegt wird.

Produktionseinschränkung und Entlassungen auf den Bayrischen Stickstoff-Werken A.-G., Piesteritz

Die allgemeine Krise ist auch an den Bayrischen Stickstoffwerken A.-G., vormals Mitteldeutsche Stickstoffwerke, nicht spurlos vorübergegangen. Absatzmangel ist die Krisenursache. Die Großagrarier boykottieren die Kalkstickstoffindustrie, um durch eine Preisherabsetzung für sich größere Profite herauszuholen, sie sabotieren teilweise auch den Getreidebau, um auf diese Weise die Getreidepreise in Deutschland heraufzuschrauben. Die Kleinbauern sind, dadurch daß auf sie gerade so schlimm wie auf das Industrie- und Landproletariat die Lasten des Dawes-Planes von allen kapitalistischen Regierungen abgewälzt werden, außerstande, bei den hohen Stickstoffpreisen sich die notwendigen Düngemittel zu kaufen. **400 Arbeitskräfte sollen also in Piesteritz überflüssig werden,** annähernd 100 Entlassungen sind bereits erfolgt, der andere Teil ist mit Kurzarbeit beschäftigt. Wie lange dieser Zustand noch andauern wird, ist nicht abzusehen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß über kurz oder lang noch weitere Entlassungen erfolgen. Das Proletariat ist wieder der Leidtragende der durch die kapitalistische Profitsucht verursachten Krisen. Aber nicht nur den 400 Proleten von den Bayrischen Stickstoffwerken droht Gefahr, auf das Straßenpflaster zu fliegen, die Krise greift auch auf das **Kraftwerk Zischornewitz** über, wo infolge verminderter Abnahme des elektrischen Stromes auch ein beträchtlicher Teil dieser Belegschaft überflüssig wird.

Dieser Fall wird hoffentlich neben vielen anderen dazu beitragen, daß die Arbeiterschaft immer mehr erkennt, daß der Kapitalismus nicht in der Lage ist, seine Arbeitssklaven zu ernähren und daß sie sich zur Wehr setzen muß. Nur Beseitigung des planlosen Profitsystems durch die eigene Kraft des schaffenden Proletariats vermag Wandel in diesen untragbaren Zustand zu schaffen. Dazu ist ein zäher Kampf notwendig, um in die Gewerkschaften wirklichen Kampfwillen zu tragen und eine Umgestaltung der ganzen Kampfesstrategie zu erzielen. Die Piesteritzer Arbeiterschaft muß jetzt zeigen, daß sie an der Spitze der deutschen Arbeiterklasse steht. Sie muß jetzt vornehmen:

1. **Eine gewaltige Massenmobilisierung in den Betrieben, damit die Belegschaften gegen jede Entlassung und statt dessen für Verkürzung der Arbeitszeit und andere Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung für die mit Entlassung Bedrohten den Kampf aufnehmen.**
2. **Mobilisierung der Gewerkschaften, insbesondere des FVB. und des ADGB.-Ortsausschusses zu einer großzügigen Kampagne gegen die Entlassungen und die Wirtschaftskrise. Für Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses, der diese Fragen behandelt.**
3. **Kampagne zur Erfassung der Unorganisierten. Bildung freigewerkschaftlicher Werbausschüsse in den Betrieben.**
4. **Engste Verbindung und Zusammenarbeit der Erwerbslosen und Betriebstätigen.**

Eine zähe, zugleich aufrüttelnde und die Bewegung vorwärtstreibende Tätigkeit jedes einzelnen Betriebstätigen und Erwerbslosen tut not!

Richtet Werkstätten ein
für die Herstellung von Transparenten, roten Fahnen usw.

Die Verdummungsmethoden der Werkszeitungen

Als Gegengewicht zur Gewerkschaftspresse und den Zellenzeitungen haben die Betriebsleitungen verschiedener Großbetriebe auch in Berlin die sogenannten Werkszeitungen geschaffen. Wir erinnern an die „Borsig-Zeitung", „Siemens-Mitteilungen", „Schultheiß-Patzenhofer Bote". Als Muster für alle Werkszeitungen gilt die „Borsig-Zeitung". Sie wird redigiert durch den berüchtigten Dr. Striemer. Dieser Mann hat durch Spionage im Lager der Arbeiter (als Redakteur der Betriebsrätezeitschrift des ADGB.) die schwachen Seiten der Arbeiter ausgekundschaftet. Diese verwendet er jetzt gegen gute Bezahlung für die Interessen der Kapitalisten. Er gilt im Unternehmerlager als eine Leuchte auf dem Gebiet der Werkszeitungen. Es ist sicherlich sehr nützlich, die von Striemer angewandten und für die übrigen Werkszeitungen empfohlenen Verdummungsmethoden etwas näher zu beleuchten. Es ergeben sich dabei wertvolle Anhaltspunkte für die Zellenzeitungen.

Ueber den Zweck der Werkszeitungen brachte vor kurzem die „Deutsche Bergwerkszeitung", das brutalste Scharfmacherorgan der Schwerindustrie, eine bezeichnende Erklärung. Danach soll die Werkszeitung sein „ein enges Bindeglied zwischen Werk und Werksangehörigen **zum Segen für alle, die dem Werk verbunden sind".** Wer ist mit dem kapitalistischen Betrieb verbunden? Die Arbeiter nicht, denn sonst wären die krampfhaften Versuche, durch Werkszeitungen, Werkssportvereine usw. ein Bindeglied zu schaffen, nicht notwendig. Verbunden ist mit dem Werk nur der Kapitalist. Ihn können die Werksangehörigen, solange der kapitalistische Staat für Ordnung sorgt, nicht vom Werk trennen. Aber der Kapitalist kann, wenn es ihm beliebt, jederzeit die Arbeiter auf die Straße setzen. Den „Segen", der durch die Werkszeitungen entsteht, stecken also nur die mit dem Werk verbundenen Kapitalisten ein.

Ueber die Methoden der Werkszeitungen und vor allem der „Borsig-Zeitung" gibt ebenfalls Auskunft die „Deutsche Bergwerkszeitung". Man spekuliert auf den Wissensdurst, den Ehrgeiz und die Sentimentalität der „lieben Werksangehörigen". Jedem soll etwas gegeben werden. Neuanlagen werden möglichst an Hand von Skizzen und Bildern erläutert. Die Zusammenhänge der einzelnen Betriebsanlagen, die Spezialbetriebe und besonders gefährliche Betriebe werden in Wort und Bild dargestellt. Recht viel Bilder ist die Parole. Wenn schon die Proleten die Zeitung nicht lesen, so sehen sie sich doch zum mindesten die Bilder an.

Der Ehrgeiz und die Eitelkeit sollen ausgenützt werden durch „Belobigung von besonders wertvollen Leistungen". Die Lehrlingsarbeiten und die Ergebnisse der Gesellenprüfungen werden „unter Würdigung und Anerkennung" besprochen. „Hervorragende Sportereignisse", wenn sie von Werksangehörigen vollbracht sind, werden „gewürdigt". Jubilare werden gefeiert. „Dank und Anerkennung auch hier" verlangt die „Bergwerkszeitung" erstens, weil es billig ist und zweitens, weil sich die Jubilare wunder was darauf einbilden. Auch den Toten sollen „schlichte Worte des Abschieds und des Dankes" in der Werkszeitung gewidmet werden. Dann sollen auch die „Arbeiterfrauen" „tiefempfundene" Gedichte veröffentlichen. Die Naturfreunde sollen von ihren Ferienwanderungen erzählen. Die Monteure der Firma von der Montage und Inbetriebsetzung der im Werk hergestellten Betriebsanlagen. Alles in allem ein lückenloses Programm, um sich bei den Arbeitern des Betriebs auf billige Art und Weise anzubiedern. Die „Borsig-Zeitung" benützt dazu noch einen besonderen Trick, indem sie auch die Betriebsräte zum Wort kommen läßt.

Die Hauptsache kommt aber noch, nämlich der Segen für die mit dem Werk verbundenen Kapitalisten. Der wird auf folgende Art erreicht. Es soll mit dem ausdrücklichen Vorbehalt „soweit das Werksinteresse es gestattet" eine Darstellung des Beschäftigungsgrades, der Absatzmöglichkeiten, des effektiven Umsatzes, Gewinn oder Verlust von Absatzgebieten, gegeben werden, um, wie die „Bergwerkszeitung" wörtlich sagt: **„die törichten Reden über die unerhörten Gewinne der Kapitalisten verstummen zu lassen".** Da liegt also der Hund begraben.

Doch die Werkszeitungen sollen noch mehr leisten. Zu dem schon erwähnten kapitalistischen Scharfmacherorgan heißt es weiter:

„Die Fürsorge auf hygienischem Gebiete wird immer einen großen Teil des Inhaltes der Werkszeitungen ausmachen. Die Werksangehörigen müssen sehen und begreifen, was man in der Unternehmung für sie übrig hat, damit die vielfach unberechtigten Klagen, die Unternehmer hätten kein Herz für sie, endlich verstummen."

„Die Beschreibung der Sicherheitsmaßnahmen der Unternehmungen sind von sehr großer Bedeutung, sie werden dazu beitragen, daß törichte und unbegründete Reden über Unterlassungen von seiten des Werkes seltener werden. Diese Dinge haben in manchen Betrieben recht üblen Zündstoff angehäuft."

Also das „törichte Gerede" von den unerhörten Gewinnen der Unternehmer, über die mangelhaften hygienischen Einrichtungen und die unzulänglichen Sicherheitsmaßnahmen soll verstummen.

Hier müssen die **Zellenzeitungen einhaken.** Die Geschäftsabschlüsse des Betriebes müssen untersucht und falls sie verschleiert sind, enthüllt werden. Dazu müssen sich die Zellen Verbindungen mit den Angestellten schaffen. Jeder Betriebsunfall muß eingehend behandelt werden. Die Unterlassungen in bezug auf hygienische und Sicherheitseinrichtungen auf das schärfste kritisiert werden.

Damit ist das Arbeitsgebiet der Zellenzeitung aber natürlich nicht erschöpft. Die gewerkschaftlichen und politischen Tagesereignisse müssen ebenfalls beleuchtet werden. Es kam uns nur darauf an, zu zeigen, was die Unternehmer im Betrieb am meisten zu fürchten haben und was sie durch die „Werkszeitungen" durch schöne Redensarten und elenden Schmus vertuschen möchten.

Vorwärts, schafft Zellenzeitungen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260429-13/fragment/page=0005

Der städtische Haushaltplan für 1926

III.

Die große Zahl und was dahinter steckt

Die Abschlußziffer des städtischen Haushaltplanes für 1926 ist **23 643 300 Mark.** In diesem Betrag sind die Einnahmen und Ausgaben der städtischen Betriebswerke nicht einbegriffen. Da der vorjährige Etat mit **19 635 700 Mark** abschloß, beträgt die Steigerung der Endsumme in diesem Jahre über **4 Millionen, mehr als 20 Prozent.** Es lohnt, den Ursachen dieser enormen Steigerung nachzugehen.

So leicht, wie es sich der Magistrat in seiner Denkschrift zum Haushaltplan macht, sollte man sich die Erklärung **nicht** machen. Es geht nicht an, daß man den Mehrbedarf für Wohlfahrtspflege entscheidend in den Vordergrund rückt. Gewiß erfordert diese Pflichterfüllung der Stadt, da Reich und Staat in der Hilfe für die Opfer der bürgerlichen Kriegs- und Nachkriegspolitik vollkommen versagen, von Jahr zu Jahr steigende Aufwendungen. Und es ist selbstverständlich, daß die ungeheure Massenarbeitslosigkeit die Etatsziffer im Kapitel Wohlfahrtspflege sprunghaft in die Höhe treiben **muß.** Aber, wenn mit den angesetzten Zahlen (Fürsorgeamt 1,9 Millionen gegen 1,3 Millionen, Jugendamt 1,86 Millionen gegen 1,15 Millionen) gesagt werden soll, daß sie ausreichen würden, um eine wirklich ausreichende soziale Fürsorge durchzuführen, so muß dem **widersprochen** werden. In den Etatsbeträgen stecken auch die Beamtengehälter; sie stellen keineswegs ausschließlich Unterstützungsgelder dar. Es ist zweifellos mit wesentlich höheren Ausgaben für die Opfer der Kriegs-, Inflations- und Wirtschaftskrise zu rechnen. Eine fürsorgliche Stadtverwaltung sollte darauf Rücksicht nehmen und sogleich angemessene Mittel bereitstellen.

Das Hungerelend der städtischen Arbeiter in einem Vergleich

Obzwar wir wissen, daß noch Hunderte von städtischen Beamten und Angestellten Gehälter unter dem Existenzminimum beziehen, beträgt immerhin der Aufwand für Besoldung über 5 Millionen. In dieser Summe sind die Gehälter der Lehrer nicht einbegriffen, da sie aus besonderen Schulkassen bezahlt werden. Selbstverständlicherweise auch nicht die **Bezüge der städtischen Arbeiter.** Diese stehen in einem besonderen Kapitel, das als **Endsumme ganze 1,5 Millionen** hat. Aus dem Vergleich der beiden Zahlen 5 und 1,5 Millionen ergibt sich die unglaublich trostlose Lage der städtischen Arbeiter. Die Stadt Halle hat insgesamt 1185 Beamte und Angestellte. Daneben 1700 Arbeiter. Diese letzteren, eine 50 Prozent höhere Zahl, **beziehen als Lohn nur etwa den dritten Teil des Betrages vom Gehaltsaufwand für die Beamten und Angestellten.** Möglich, daß in den Aufwendungen des Fürsorgeamtes auch Mittel enthalten sind, die städtische Arbeiter beziehen müssen, weil sie mit dem Lohn ihre Familie nicht mehr ernähren können. Aber ist das nicht die furchtbarste **Anklage — gegen wen?** Gegen die städtische Verwaltung, die ihre Arbeiter mit Hungerlöhnen abspeist? Jawohl. Aber auch gegen die Gewerkschaften, die es nicht fertig bringen, den Gemeindearbeitern wenigstens das Existenzminimum an Lohn zu verschaffen.

Die Klassenschule wird offenbar

Sprechende Zahlen sind auch diejenigen des Haushaltes der **Schulverwaltung.** Er schließt mit einer Gesamtausgabe von 5,35 Millionen ab. Im vorigen Jahre standen 5 Millionen im Etat. Einnahmen aus Schul- und Beschulungsgeldern werden für 1926 in geringerer Höhe als 1925 erwartet, 1,9 gegen 1,98 Millionen. So steigt der Zuschuß aus allgemeinen Mitteln von drei auf 3,44 Millionen. Was aber ist die Ursache?

Die Einnahmen aus den **höheren Schulen** sind nur um 35 000 Mk. höher als im Vorjahre, 575 900 gegen 480 300 Mark. Die dauernden Ausgaben dagegen steigen von 1,27 auf 1,36 Millionen, so daß sich der Zuschuß um 60 000 Mark erhöht. Dabei ist aber die Zahl der Besucher der höheren Schulen gesunken. Vor allem durch den Abbau der Vorschulen und durch das wirtschaftliche Unvermögen vieler Eltern, ihre Kinder in die schulgeldpflichtige höhere Schule schicken zu können. Es wird mit einem Besuch von 2899 Schülern und Schülerinnen gerechnet. Teilt man die Gesamtsumme der Kosten der höheren Schulen durch die Zahl der Schüler, **so entfällt auf den Kopf ein Betrag von 475 Mark.** Der städtische Zuschuß beträgt 859 000 Mark. Wer bringt die Mittel auf? Die breiten werktätigen Massen, die aus wirtschaftlichen Gründen ihre Kinder **nicht** in die höhere Schule schicken können. Das wird weiter unten nachgewiesen.

Auffälliger noch ist die Erhöhung des allgemeinen Zuschusses für die **Mittelschulen.** Er steigt von 342 901 Mark in 1925 auf 508 400 Mark. Da in den Mittelschulen 2850 Schüler und Schülerinnen sind, ergibt sich ein **Kopfzuschuß von 318 Mark.** Obzwar wir wissen, daß in den Mittelschulen eine ganze Menge proletarischer Kinder sitzen, ist sie doch unter dem Gesichtswinkel des für die Masse der proletarischen Eltern unbezahlbaren Schulgeldes also eine klassenmäßige Auslese, eine ausgesprochene Klassenschule der bürgerlichen Gesellschaft. Dafür ist Geld da.

Die Klassenschule für das Proletariat ist die **Volksschule.** Dieses Faktum wirft sich auch in den Zahlen des Haushaltplanes aus. Das staatliche Beschulungsgeld sinkt von 535 600 Mark in 1925 auf 511 900 Mark, obzwar die Zahl der Schulkinder sich erhöht haben dürfte. Die Schulverwaltung gibt 14 320 an. Die Ausgaben steigen trotzdem nur um ein ganz Geringes, von 2,15 auf 2,25 Millionen. Die Teilung des Gesamtkostenbetrages durch die Schülerzahl ergibt **bei der Volksschule einen Kopfsatz von 166 Mark.**

Die Aufwendungen für die verschiedenen Arten der städtischen Schulen verhalten sich also wie 1 : 2 : 3.

Die Mittelschulen kosten das Doppelte des Beitrages der Volksschule, die höheren Schulen das Dreifache.

Ganz abgesehen von dem geistigen Inhalt der Schulen, von ihrer Besetzung, ihren Lehrzielen und -methoden veranschaulichen die Unkostenziffern und ihr Verhältnis zueinander die kommunale Schulpolitik, die große Schar der proletarischen Kinder vernachlässigend, eine Auslese der Kinder aus bürgerlichen Kreisen stark bevorzugend. Mit diesem System muß sich die proletarische Vertretung auf dem Rathaus energisch auseinandersetzen. Um so mehr, als es geradezu ein Hohn auf die Bestimmungen der Reichsverfassung über das Schulwesen ist, von denen allerdings Dr. Sachse in seinem neuen Buch „Grundzüge des preußischen Volksschulrechtes" in Uebereinstimmung mit einem Reichsgerichtsurteil von 1921 sagt, „daß sie nur allgemeine Programmsätze ohne unmittelbare rechtliche Wirkung darstellen".

Für Severing, Hörsing, — und die Proletengemeinden?

Die **Polizeiverwaltung** kostet der Stadt Halle in diesem Jahre 918 200 Mark Zuschuß. Der Beitrag der Stadt zu den Kosten der staatlichen Polizei beträgt, wie im Vorjahre, 400 000 Mark. Diese Ausgabe muß abgelehnt werden. Wenn die preußische Regierung in Halle ein Regiment grüner Polizei braucht, drei- bis viermal so viel Leute als vor dem Kriege, dann mag sie die Kosten dieser Verschwendung auch zahlen.

Zu erwähnen ist noch die **Provinzialabgabe,** die mit 600 000 Mark in den Etat eingesetzt ist. Ferner die **Gewerbesteueranteile,** die auf Grund des § 52 der Gewerbesteuerordnung von der Stadt Halle als Betriebsgemeinde an Wohngemeinden gezahlt werden müssen. Mit 45 000 Mark ist diese Summe auffallend niedrig.

Die Stadt als Inflationsgewinnler

Ein Blick auf den Etat der **Kapital- und Schuldenverwaltung** beweist, welch glänzendes **Geschäft** die Gemeinden mit großen Anleiheschulden aus der Vorkriegszeit durch die **Inflation** gemacht haben. In den Vorkriegsetats umfaßt dieser Etat mehrere Seiten, **heute kaum eine halbe.** Die Ausgaben sind mit 1,04 Millionen geschätzt. Dabei nimmt die Verzinsung und Tilgung der vor kurzem beschlossenen 5-Millionen-Anleihe eine halbe Million in Anspruch. Auf der anderen Seite braucht die Stadt für die Verzinsung und Tilgung der alten Anleihen nur etwa eine Viertelmillion aufzuwenden, obzwar die Schuldsummen der Vorkriegszeit das Vielfache der neuen Anleihe ausgemacht haben.

Uebrigens zeigt dieser Unterschied auch, **welch glänzendes Geschäft heute die Kapitalisten mit dem Geldverleihen an die Gemeinden machen.** Kein Wunder, daß es Unternehmer gibt, die gern ihre weniger lukrativen Betriebe stillegen oder einschränken und das nicht beschäftigte Kapital zur bankmäßigen Verwendung hergeben.

Der Ertrag aus dem städtischen **Grundeigentum** zeigt steigende Tendenz. Zwar die Pacht- bzw. Wirtschaftserträge der eigenbewirtschafteten oder verpachteten Güter bleiben gleich. Aber der Ansatz „Mieten und Pächte", ersterer aus städtischen Häusern, letzterer aus einzelnen Plänen, von Schrebergärtengelände usw., **steigen von 411 070 Mark auf 648 960 Mark.** Zweifellos hat sich die Zahl der städtischen Miethäuser erhöht und die Erträge müssen steigen. Es ist aber dennoch genau zu untersuchen, **ob die Stadtverwaltung nicht ungerechtfertigte oder untragbare Erhöhung von Mieten oder Pächten vorschlägt.**

Liegt unsere Zukunft wirklich in der Luft?

In Halle ist in dem letzten Jahre dermaßen **viel** über die Notwendigkeit der Beteiligung am **Flugwesen** geredet und geschrieben worden, sind aus öffentlichen Mitteln bereits so große Geldmittel aufwendet, daß man sich beinahe wundert, im Haushaltplan für 1926 nicht einen **Sonderetat** für das Flugwesen zu finden. In der Denkschrift des Magistrats dagegen wird des öfteren von diesem neuesten Zweig der städtischen Zukunftspolitik gesprochen, wenn auch wiederum nur durch die Blume. Da man jedoch an keiner Stelle des Etats eine Position findet, die Gelder für diesen Zweck bereitstellt, aber nicht anzunehmen ist, daß der Magistrat bei seinen weltumspannenden Flugplänen mit dem Teilbetrage auskommt, der in der 5-Millionen-Anleihe vorgesehen ist, so läßt sich der Verdacht nicht unterdrücken, daß an irgendeiner **versteckten Stelle** für das Flugprogramm des Magistrats Mittel bereitgehalten werden. Wäre das der Fall, so müßte man dieses Spiel mit verdeckten Karten für höchst unzweckmäßig halten und auf klare **Etatisierung** dringen. Wenn der Magistrat in Uebung der bis zur Lächerlichkeit entwickelten bureaukratischen Methode selbst die kleinsten und kleinlichsten Ausgaben im voraus festsetzt, so muß das auch mit Millionen geschehen können, die für die Luftverkehrs-Zukunftspläne verausgabt werden sollen.

Die breiten werktätigen Massen sollen zahlen

Die Denkschrift des Magistrats enthält am Schlusse eine vergleichende Uebersicht über den Finanzbedarf der Stadt in den Jahren 1914, 1925 und 1926 sowie über die verschiedenen Methoden der Bedarfsdeckung nach Steuerarten. Daraus ergibt sich, daß, ganz entgegen einer sozialen Werkspolitik, die Betriebsüberschüsse von 13,44 auf 21,07 Prozent gestiegen sind. Entsprechend der Kürzung von Reichssteuerüberweisungen sinkt der Anteil des Einkommens- und Körperschaftssteuern von 23,28 in 1925 auf 21,85 Prozent in 1926. Auch die Umsatzsteuer geht verhältnismäßig zurück, von 6,61 in 1925 auf 5,49 Millionen in 1926. Ebenso ist es mit der Grundsteuer, obzwar der Betrag zahlenmäßig gleich bleibt. **Dagegen steigt der Anteil der Hauszinssteuer von 4,51 in 1925 auf 5,82 Prozent in 1926. Die Erhöhung der Mieten wirkt sich hier aus.**

Wie schon im ersten Aufsatz angedeutet, haben die Gewerbe- und Betriebssteuern eine starke Steigerung erfahren. 1914 betrug ihr Anteil 8,47 Prozent. 1925 stieg er auf 16,79 Prozent, für 1926 ist das Verhältnis 18,11 Prozent. Es ist klar, daß **diese Gewerbesteuern restlos von den Zahlungspflichtigen auf die Konsumenten abgewälzt werden,** wodurch sich verstärkte Belastung der breiten Massen ergibt. Hinzu tritt noch die zahlen- und verhältnismäßige Erhöhung des Anteiles der indirekten Steuern, von denen man immer zu glauben pflegt, daß sie abgeschafft seien. Die Statistik zeigt, daß ihr Anteil 1914 nur 7 Prozent betrug, 1925 dagegen 14,85 Prozent. Für 1926 wird der Anteil mit 12,88 Prozent errechnet.

Man sieht, die breiten Massen der Werktätigen bringen den Löwenanteil auch der städtischen Geldmittel auf. Um so größere Veranlassung hat ihre Vertretung auf dem Rathaus, auf eine Verwendung Bedacht zu nehmen, die in erster Linie dem sozialen Notstand entgegenwirkt.

Die Stadtverordnetenversammlung wird am nächsten Montag mit der Beratung des Haushaltplanes beginnen.

Der Aufmarsch der hallischen Gewerkschaften am 1. Mai

Zum Aufmarsch der Gewerkschaften am 1. Mai gibt das Gewerkschaftskartell folgendes bekannt:

1. Es haben noch nicht alle Gewerkschaften ihre Maikarten abgeholt. Die Karten müssen unverzüglich im Gewerkschaftshaus, Harz 42/44, 2 Treppen, beim Kollegen Gustav Strehler abgeholt werden. Jede Karte kostet 20 Pf. (Erwerbslose erhalten Karten für 5 Pf. gegen Ausweis). Jeder Gewerkschafter ist zur Lösung einer Karte verpflichtet.
2. Die bis zum Donnerstag verkauften Karten sollen am Donnerstag und Freitag beim Kartellkassierer Kollegen Strehler abgerechnet werden.
3. Die Gewerkschaften haben noch nicht sämtlich ihre Ordner gemeldet. Sie wollen dies unverzüglich nachholen.
4. Bisher sind folgende Sammelplätze der Gewerkschaften bekanntzumachen:

   Es treffen sich am 1. Mai:

   Metallarbeiter: Vormittags 9 Uhr Paradeplatz.
   Graphische Hilfsarbeiter und Buchbinder: Vormittags 9 Uhr Moritzzwinger (gegenüber Joh. Turm).
   Gemeinde- und Staatsarbeiter: Vormittags 9 Uhr Paradeplatz.
   Holzarbeiter: Vormittags 9 Uhr Paradeplatz.
   Baugewerksbund: Vormittags 9 Uhr Harz (Gewerkschaftshaus).
   Steinarbeiter: Vormittags 8 Uhr Harz (Gewerkschaftshaus).
   Zimmerer: Vormittags ½9 Uhr Friedrichsplatz.
   Zentralverband der Angestellten: Vormittags 9 Uhr im hinteren „Volkspark"-Garten.
   Maschinisten und Heizer: Vormittags 9 Uhr im „Volkspark" (Kolonnaden).
5. Die Ordner werden durch rote Armbinden kenntlich gemacht. Ihren Anweisungen ist unbedingt Folge zu leisten.
6. Die Ordner erhalten Anweisungen, Armbinden und Karten am Donnerstag und Freitag während der Geschäftsstunden im Arbeitersekretariat, ferner spätestens am Sonnabend, dem 1. Mai, morgens 8 Uhr, im Arbeitersekretariat.
7. Die Leitung befindet sich am 1. Mai vormittags im „Volkspark". **Maikommission der freien Gewerkschaften.**

Am 1. Mai schulfrei!

Alle Arbeitereltern schicken ihre Kinder nicht in die Schule, sondern zur Maidemonstration

---

Wirinea

18]

Roman von Lydia Seifullina

Sie berührte seine Schultern leicht, aber gebieterisch mit der Hand, so daß er sich umwenden mußte. Schulter an Schulter gingen sie zum Dorfe hinaus. Sie achtete nicht darauf, ob die Leute es merkten, ging leichten Schrittes und sprach unermüdlich wie in einem Rausch:

„Heute bin ich ohne Scham und ausgelassen. Das kommt nicht von einem berauschenden Getränkt. Ich habe nur einen Schluck aus einem kleinen Gläschen getan. Das kommt nur daher, weil der Tag so heiter ist, weil meine Seele unbelastet und das Gras so grün ist. Meine Sehnen spielen, und mein Herz schlägt heftig. Ach ja, denke ich, ich muß doch einmal verweilen und zugrunde gehen! Die besten Jahre meines Weiberlebens habe ich schlecht verbracht, und wie ist es jetzt?"

„Wirinea . . . Meine liebe Wirka! Du Schöne! Du bist wahrhaftig angetrunken. Sag', wo Du Dich betrunken hast? Warst Du etwa zu Gast?"

„Nun ja, ich bin betrunken. Aber nicht vom Trinken. Ich sagte es Dir ja schon! Ich rede nicht gern unnütz. Du aber bist weder mein Mann, noch mein Vater, was sollte ich mich da vor Dir schämen? Mein Blut ist heute trunken. Ich habe sonst niemanden, nach dem ich mich sehnen könnte, da dachte ich an Dich. Dreimal schon ging ich an Deiner Wohnung vorüber."

„Du Liebe!"

Sie waren bereits aus dem Dorfe hinausgelangt. Aus dem grünen, freudig jungen Gras, aus dem duftig leichten Wind, aus der in wonnigem Moderduft des Pfluges harrenden Erde und aus dem frischen, blauen, nicht drückenden Himmel atmete der April.

Der Ingenieur blickte in Wirkas goldene, heute mit einem trüben, müden Schleier bedeckten Augen, ergriff sie bei den Schultern, preßte sie fest an sich und schmiegte sich in einem langen, innigen Kuß an ihre blassen, aber glühenden Lippen.

„Warte doch, laß mich doch Luft schöpfen. O, in meinem Kopfe trübt es sich. Du küssest süß, gnädiger Herr. Wie ist Dein Name, wie Dein Vatersname? Ich habe es vergessen. Mich mit Dir zu küssen, ohne Deinen Namen und Vatersnamen zu kennen, habe ich keine Lust. Na! laß mich doch Luft holen!"

„Wira, Du meine Liebe. Wie süß bist Du! Ach, wie wunderschön Du bist! Du bist nicht die erste, die ich küsse, und doch . . ."

„Setz' Dich, ich will auf Deinen Knien liegen, mich ausruhen. Leg Deinen Arm um mich. Warte, quäle mich nicht, streichle mich nicht! Mein Herz ist so beengt, laß mich ein wenig ausruhen. Ach! Die Männer sind wie die Fliegen. Sie wissen, was süß schmeckt. Laß mich los! . . ."

„Wira, Wira . . . Warum dem? Wirinea . . . einen Augenblick . . . Nun? Warum hast Du . . . Du hast doch auch an mir Gefallen? Nun, meine Liebe, meine Süße, meine Liebe . . ."

„Rühre mich nicht an, ich sage es Dir! . . . Laß mich los! . . . Einerlei . . . ich bin einverstanden . . . Heute bist Du mir lieb. Nein. Laß mich Luft holen! Das ist so süß, ich kann nicht atmen . . . Laß mich los, ich ersticke. Warte doch, küsse mich nicht! . . ."

Plötzlich ertönte eine fremde, dritte, feindselige, von Kränkung und Schmerz erfüllte Stimme:

„Wirka — ah! Du garstiges Weib!"

Sie ließen sich sofort los, erhoben sich. Vor ihnen stand Wassilij mit roten Flecken auf den Backen, zitternd vor Schmerz und Zorn, mit einer schräg auf dem Kopf sitzenden alten Mütze.

„Mit dem gnädigen Herrn! Du garstiges Weib, Du . . . Du widerwärtiges Weib! Am hellichten Tage, wie eine läufige, geile Hündin!"

„Warte nur, Du verrecktes Scheusal! Reiß Dein Maul nicht so auf! Ich bin ja nicht Dein Weib, sondern nur Deine Geliebte. Als ich des Herumtreibens satt war, ging ich. Warum belästigst Du mich?" fragte sie erblassend, aber furchtlos, indem sie Wassilij mit strengem Blick fest anjah.

„Scher' Dich fort von hier! Was hast Du für ein Recht, ihr nachzuspüren? Noch einen Schritt . . ."

„Sei doch still, Iwan Pawlowitsch!"

Und sie lächelte matt und kurz.

„Siehst Du, jetzt, in der Stunde, da es gerade nötig ist, fiel mir Dein Vor- und Vatersname ein . . . Schreie nicht, vergeude Deine Kräfte nicht. Geh' nach Hause, ich aber will selbst mit Wassja sprechen."

„Mit Dir sind gar keine Worte zu verlieren. Scher' Dich fort, Du Schuft! Sonst werde ich . . ." sagte der Ingenieur.

„Ich will selbst mit ihm sprechen, hörst Du? Geh Du fort. Ich werde morgen abend zu Dir kommen, ich werde mein Wort halten. Jetzt aber geh'. Ich muß mit Wassja allein sprechen."

„Ich habe mit Dir nichts zu reden, Du Hündin! Geprügelt mußt Du werden, Du unflätiges, liederliches Frauenzimmer! . . ."

„Nun, wenn Du die Kraft und Lust dazu hast, so kannst Du mich dann schlagen. Geh' fort, gnädiger Herr. Paß auf, wenn Du meinen Rat nicht befolgst, so werde ich der Sache eine ganz andere Wendung geben. Ganz wie bei Wassja."

„Ich kann Dich mit ihm nicht allein lassen."

„Du kannst nicht? Du willst nicht, obwohl ich Dich in einer wichtigen Sache im Guten bitte, also scher' Dich überhaupt fort. Wassilij, komm mit in Anisjas Hof, ich habe mit Dir ein ernstes Wort zu reden."

„Wirinea, das ist aber doch nicht nötig, Du weißt selbst nicht . . ."

„Wirst Du fortgehen, gnädiger Herr, oder nicht?"

„Ich werde etwas besseres gehen. Beim Dorf werde ich auf Dich warten, doch ist es ganz fruchtlos, daß Du . . ."

„Geh' fort! Wahrhaftig, Du machst es nur noch schlimmer . . ."

„Ich gehe. Aber mach' es kurz, ich bitte Dich darum. Siehst Du, dort werde ich auf Dich warten."

Er schritt, sich von Zeit zu Zeit umsehend, vorne her.

„Geh' nur, geh'. Ich komme bald. Ich habe ihm etwas Wichtiges zu sagen."

Als der Ingenieur sich weiter entfernt hatte, sagte sie zu Wassja, der ihm mit gierigem, wütendem Wolfsblick nachsah:

„Wassilij, Deine Knie beben, Dein Rücken krümmt sich, Du kannst nicht mehr stehen, setz Dich hin."

Wassilij, durch die Zärtlichkeit ihrer Stimme und ihrer bedauernden Angelegenheit, ließ sich gehorsam neben ihr ins Gras nieder.

„Wassja, Du tust mir leid, als wärest Du nicht mein Geliebter, sondern mein leiblicher Sohn. Es ist wirklich wahr, Du tust mir außerordentlich leid! Und wenn ich Dich schelte und Dich anschreie, so tue ich das alles nur, damit es Dir leichter werde, Dich von mir loszumachen."

„Wirka, wenn Du mich bedauerst, warum hast Du mich dann verlassen? Warum hurst Du mit anderen herum?"

„Sieh doch nur, wie Du meinetwegen leidest! Es benimmt Dir richtig den Atem. Das ist ganz unnütz, Wassja. Wir zwei können jetzt nicht darüber entscheiden, wer von uns beiden im Recht und wer im Unrecht ist. Es ist wider meinen und Deinen Willen so geschehen, daß jeder von uns allein dasteht und wir jetzt unter keinen Umständen zusammenleben können."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260429-13/fragment/page=0006

Oeffentliche Erwerbslosenversammlung

Im „Volkspark" fand gestern vormittag 11 Uhr eine große Erwerbslosenversammlung statt, in der Genosse Berger über das Thema:

„Der 1. Mai und die Erwerbslosen"

sprach. In klarer und präziser Weise zeigte der Redner die historische Entstehung der Maifeier und die Bedeutung des 1. Mai für das Weltproletariat auf. Entstanden als internationale Solidaritätskundgebung des Proletariats, verstanden es die Sozialdemokraten im Laufe der Geschichte, in der Epoche des aufsteigenden Kapitalismus und Imperialismus, den Kampfcharakter und Klassencharakter der Maifeier mehr und mehr zu verwässern und zu verfälschen und zur Karikatur einer internationalen Klassensolidarität zu verwandeln. Die Kampfesansage an die Weltbourgeoisie wurde in eine Klassenharmonie verwandelt. Die Proklamation des Sozialismus und des Achtstundentages sollte die Bourgeoisie in ihrem beschaulichen Dasein nicht mehr schrecken, darum entzog man dem internationalen Kampftag der Weltarbeiterschaft nach und nach alles, was die Bourgeoisie an das bevorstehende baldige Ende ihrer Klassenherrschaft erinnern konnte.

Unsere Aufgabe müsse es sein, den Klassencharakter des 1. Mai wieder herzustellen. „Wenn unser starker Arm es will, stehen alle Räder still." Diese Bekundung des Kampfeswillens sei heute noch ebenso wahr, als ehedem.

Gerade angesichts der ungeheuren Wirtschaftskrise mit ihrem **immer mehr anwachsenden Massenelend, mit der Erwerbslosigkeit, wird die Arbeiterklasse zum geschlossenen, einheitlichen Kampf gezwungen.** Der 1. Mai hat dieses Jahr darum eine ganz besondere Bedeutung. Er trifft die Arbeiterklasse der Welt bei der Umformierung und Umstellung ihrer Kräfte. Die Arbeiterklasse, auch die sozialdemokratischen Arbeiter, lernen allmählich einsehen, daß nur der Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung einen wirklichen Ausweg aus dem unaufhörlichen, immer schlimmer werdenden Elend bringen kann.

Darum muß dieser 1. Mai im Zeichen der Einheitlichkeit stattfinden. **Es gibt keinen Klassenunterschied oder Interessengegensatz zwischen Erwerbslosen und im Betrieb Beschäftigten.**

Die Erwerbslosen dürfen keine künstlichen Mauern aufrichten lassen zwischen sich und den im Betrieb beschäftigten Klassenbrüdern. Die Unternehmer haben besonders jetzt ein Interesse daran, die Arbeiterklasse zu spalten, die sozialdemokratischen Führer helfen dazu, und jene KAP.distischen Genossen, die einen isolierten Kampf der Erwerbslosen wollen und propagieren, leisten direkt und indirekt dem Kapitalismus Bütteldienste.

Hinein in die Gewerkschaften! Das ist eine der Parolen, unter denen die Erwerbslosen am 1. Mai mit ihren Kollegen im Betrieb demonstrieren müssen. Herstellung der nationalen und internationalen Gewerkschaftseinheit und Einsatz der ganzen organisierten Klassenkraft und Macht, für die Forderungen der Erwerbslosen. Das ist das nächste Ziel, für das wir am 1. Mai auf die Straße gehen. Die Erwerbslosen treten **darum bei den Gewerkschaften** ihres Berufes an.

Die Ausführungen unseres Genossen wurden von den anwesenden Erwerbslosen begeistert aufgenommen, und nach einigen Mitteilungen über die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung am Freitag, wegen des 1. Mai, wurde die gut verlaufene Versammlung mit dem Gelöbnis, alles einzusetzen, um die einheitliche Klassenfront zu stärken, geschlossen.

Arbeiterfrauen!

Betätigt Eure Einkäufe bereits am Freitag, dem 30. April, da am Sonnabend wegen der Maifeier die Konsumverkaufsstellen geschlossen sind.

Aus der SPD. fliegt, wer sich nicht fügt!

Die beiden SPD.-Organe in unserem Bezirk, insbesondere der Zeitzer „Volksbote", brachten in den letzten Tagen mehrere Artikel, die sich mit den Auseinandersetzungen in der KPD. beschäftigten. Damit wollte man die SPD.-Arbeiter von dem ungeheuren Skandal und Sumpf ablenken, der in der SPD. herrscht. Die Herrschaften mögen die Auseinandersetzungen in der KPD. nur den kommunistischen Arbeitern überlassen; diese haben schon ganz andere Fragen als die jetzigen gelöst. Für die SPD. gibt es genug Arbeit in den eigenen Reihen, und die halblaue Stellungnahme ihrerseits zum Sachsenkonflikt ist ein Beweis dafür, wie schwer es den SPD.-Größen fällt, gegen die 23 vorzugehen. Sie haben ja auch keine Ursache, denn trotz der revolutionären Mimik sind die SPD.-„Führer" in unserem Bezirk keinen Deut besser als die 23 in Sachsen.

Wenn es sich aber darum handelt, gegen einen aufrechten **Arbeiter,** der den Mut hat, die Wahrheit zu sagen, vorzugehen, dann wird die ganze Strenge angewendet. In der SPD. herrscht der Grundsatz, ja nicht in den eigenen Reihen zu kritisieren; wer es dennoch tut, der fliegt! Ein treffendes Beispiel dafür ist der

Ausschluß eines SPD.-Funktionärs in Zeitz,

dem folgendes Schreiben zugestellt wurde:

Zeitz, den 29. März 1926.

Herrn Walter Lenke.

Der Vorstand des Ortsvereins Zeitz der SPD. hat in seiner Sitzung vom 27. März 1926 einem Ausschlußantrag (der von Paul Müller gestellt war) aus der SPD. stattgegeben. Der Ausschluß gründet sich auf § 28 des Parteistatuts. Seit dem 27. März ist die Mitgliedschaft zur SPD. erloschen. Nach § 29 des Statuts steht Dir das Recht des Einspruches beim Bezirksvorstand zu.

J. A.: R. Dietrich.

Und was ist der Grund des Ausschlusses? Der betreffende Arbeiter ist erwerbslos und wurde in den **Erwerbslosenrat** gewählt. Das paßte den Reformisten absolut nicht in den Kram, denn mit den erwerbslosen Arbeitern oder gar Vertretern derselben wollen sie nichts zu tun haben. Es wurde dem Lenke von SPD.-Führern nahegelegt, nicht in den Erwerbslosenrat einzutreten, da er sonst von der KPD. „mißbraucht" würde. Als Lenke sich nicht abhalten ließ und erklärte, er sei **für die Einheitsfront,** wurde ihm bedeutet, daß die SPD. mit „jenen Leuten" (d. h. den Kommunisten) nichts gemein habe. Der Arbeiter Lenke blieb aber fest, und daraufhin setzte das Kesseltreiben gegen ihn ein. Und da er noch das „Verbrechen" beging, führende Leute der SPD. wie **Hörsing, Grützner, Severing** und auch einige **Zeitzer „Größen"** etwas scharf zu kritisieren, wurde der **Ausschlußantrag** gegen ihn gestellt.

Junge Arbeiter, Lehrlinge, Fortbildungsschüler!

Heraus zur

Mai-Jugendkundgebung

heute, Donnerstag, abend ½8 Uhr im kleinen Saale des „Volkspark"! Erscheint alle!

Kommunistischer Jugend-Verband, Ortsgruppe Halle
Rote Jungfront, Ortsgruppe Halle

Für die sozialdemokratischen Arbeiter ist dieser Fall wieder sehr lehrreich. Geduldet werden in der SPD. nur Leute vom Schlage Noske, Wels, Hörsing usw., die ihre Arbeiterfeindlichkeit bewiesen haben. Auch mit den 23 Verrätern in Sachsen, die man am liebsten gar nicht ausschließen möchte, geht man sehr glimpflich um. **Für aufrechte und klassenbewußte Arbeiter,** die auch den Mut haben, für die **Einheitsfront des Proletariats** einzutreten, **ist in der SPD. kein Platz.** Damit ist klar erwiesen, daß die SPD. **ein Feind jedweder proletarischen Einheitsfront** ist.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen aus solchen Dingen die Lehre ziehen. Sie können unmöglich länger einer Organisation angehören, in der sie nur Mameluken sein dürfen, aus der die ehrlichen und aufrechten Arbeiter ausgeschlossen werden, während die arbeiterfeindlichen Elemente dort auf den hohen Roß sitzen. Wer die Einheitsfront des Proletariats will, wer die Befreiung des Proletariats aus den Klauen des Kapitalismus will, der trete ein in die **rote Front,** in die **KPD.,** die einzige Arbeiterpartei.

Hallische Tageschronik

Heeresrentenzahlung durch die Post

Die Zahlung der Heeresrenten für Monat Mai findet beim Postamt 2, Thielenstraße 2a, wie folgt statt: am 29. April für die R-Rentenempfänger, am 30. April für die H-Rentenempfänger, am 4. Mai für die Nachzügler. Zahlzeit: 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.

*

Die Zahlung der Invaliden- und Unfallrenten für Mai findet beim Postamt 2, Thielenstr. 2a, statt: Am 1. Mai für die Nr. 1 bis 5000, am 3. Mai für die Nr. 5001 bis Schluß. Zahlzeit vom 1. bis einschließlich 6. Mai, von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags; ab 7. Mai von 8 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 6 Uhr nachmittags.

Ammendorf

Auf, am Sonnabend zur Maifeier! Die Arbeiterschaft von Ammendorf sammelt sich morgens 9 Uhr am „Dreierhause". Abmarsch pünktlich ½10 Uhr zur Demonstration durch Ammendorf. Endpunkt Beesen. Dort findet die Festrede statt. Abends findet ein zweiter Demonstrationszug statt, und zwar Sammeln ½7 Uhr vor dem „Deutschen Hause" (Beesen). Punkt 7 Uhr Abmarsch nach dem „Dreierhause". Daselbst Versammlung, anschließend Unterhaltungsabend. Sämtliche Räume des „Dreierhauses" sind dementsprechend eingerichtet, um die Ankommenden unterzubringen. Alle Organisationen und Korporationen werden ersucht, sich streng an die vorgeschriebenen Zeiten zu halten.

Ammendorf

Generalversammlung. Die Genossen von Ammendorf, welche am Sonntag, dem 2. Mai, zur Generalversammlung der Produktiv-Genossenschaft im „Volkspark" fahren, treffen sich früh ½8 Uhr an der Saalkreis-Sparkasse. Abfahrt 7.50 Uhr.

Ammendorf

Eine feine Blüte scheint der Hauswirt Rudolf Schimpf, Ammendorf, Regensburger Straße 98, zu sein. Als treudeutscher Mann hat er am meisten die zwei „Klassenkampf"-Leser in sein Herz geschlossen. Liebenswürdigkeiten kommen aus seinem Munde. „Lump, Stromer, Vagabund, Lügner" usw. bekommt man bald täglich zu hören. „Erbärmliches Frauenzimmer, Schwein" sind Titel für die Frauen. Die Frau eines Mieters ist zweimal wegen Unterleibskrankheit operiert worden und ist froh, diese überstanden zu haben. Dies konnte den Ehrenmann nicht stören, und er beschimpfte sie auf unerhörte Weise. Ferner sind Speisereste in den Abort geworfen worden. Deshalb sind die Mieter Schweine. Treudeutsch sein heißt bei ihm, einen Sohn in der Reichswehr, der andere folgt dem nach. Seine Mieter schikaniert er nicht, sucht aber desto mehr Zank und Streit, um sich auszutoben. Es kann ihm das nicht übel genommen werden, denn er ist von Nietleben nach Ammendorf gezogen. Scheinbar bekommt ihm das Klima in Ammendorf schlecht. Daher Parole: Lieber zurück nach Nietleben.

Böllberg-Wörmlitz

Maifeier. Die gesamte Arbeiterschaft Böllberg-Wörmlitz beteiligt sich am 1. Mai geschlossen an der Demonstration in Halle. Antreten 8 Uhr vormittags bei Rauschenbach. Am Abend findet dann die Feier im Gasthof Wörmlitz statt, an der sich alle dem Ortskartell angeschlossenen Vereine beteiligen. Weitere Mitwirkende sind die Proletarische Kultur-Vereinigung. Um 5 Uhr findet auf dem Platze Kurzhals-Böllberg ein Platz-Konzert der PKV. statt, anschließend daran in Wörmlitz. Arbeiter von Böllberg-Wörmlitz, zeigt durch geschlossenen Aufmarsch, daß die Arbeiterschaft versteht, den 1. Mai zu feiern.

Lettin

Zur Maifeier. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen treffen sich am 1. Mai um 9 Uhr vormittags auf dem Schulberg zwecks Abmarsch nach Dölau zur Maidemonstration.

Wettin

Die Proletarische Tribüne Halle veranstaltet am Sonnabend, dem 8. Mai, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum Stern" einen großen Theater- und Unterhaltungsabend. Das äußerst reichhaltige Programm besteht aus politisch-satirischen Solovorträgen, ernsten und heiteren Aufführungen und „Rotem Rummel". Unter anderem kommt auch „Der Holzwurm", ein politisch-satirisches Spiel aus den Betrieben, von Walter Troppenz zur Aufführung. Die Pausen werden durch die zwanzig Mann starke Musikabteilung der Vereinigung ausgefüllt. Kein Arbeiter darf versäumen, diese proletarische Veranstaltung zu besuchen. Programme sind im Vorverkauf zum Preise von 50 Pf. ab Freitag dieser Woche beim Genossen Emil Pfau, Markt 21, sowie im Konsumverein Wettin zu haben.

Zscherben

Maifeier. Sonntag, den 2. Mai, abends ½8 Uhr, im Lokal Bolze Maifeier. Die gesamte Arbeiterschaft ist dazu eingeladen.

Gröbers-Osmünde

Das Arbeiter-Bildungskartell und die dem Bildungs-Kartell angeschlossenen Organisationen fordern hiermit auf, sich an der von den Organisationen KPD., SPD., Reichsbanner, RFB. usw. veranstalteten Maifeier am 1. und 2. Mai zu beteiligen.

Großkugel

Bange machen gilt nicht. In der Gemeinde Großkugel gibt es einen Wachtmeister Torgau. Dieser hielt es für nötig, sich folgendermaßen zur Mutter eines Jugendgenossen zu äußern: „Das ist wohl Ihr Sohn, der die Artikel für den „Klassenkampf" schreibt? Er hat doch auch die Sache über die Denkmalseinweihung gebracht. Die Bauern haben eine fürchterliche Wut auf ihn. Lassen Sie es sich gesagt sein, und sagen Sie das auch ihrem Sohn, wenn ein Putsch kommt, ist er erledigt. Er soll das seinlassen mit der Schreiberei." Außerdem sagte der Herr Wachtmeister noch: „Wenn Ihr Sohn mir begegnet, wirft er mir einen Blick zu und grüßt mich nicht!" — Diese Aeußerungen des Wachtmeisters sind ja sehr interessant. Man darf nichts behaupten, was man nicht beweisen kann. Es heißt doch immer, die Kommunisten wollen putschen; **scheinbar erwarten sie aber einen Putsch von rechts.** Oder von wo sonst? Außerdem sind doch nur die Kommunisten solche „Verbrecher", die andere Leute „erledigen". Beim Stahlhelm sind wohl nur „anständige" Leute!? Es wäre übrigens die Pflicht und Schuldigkeit für Herrn Torgau, in seiner Eigenschaft als Wachtmeister einzuschreiten. Da er als „Beschützer für alle" da ist, wird auch unser Jugendgenosse ruhig weiter schlafen und sich mit Wilhelm Busch sagen: Erstens kommt's oft, zweitens anders, drittens als man viertens denkt! Uebrigens wirft ihm unser Genosse „keinen Blick zu", da ihm ein solches schon zu viel erscheint, dann, was das Grüßen anbelangt, so behaupten andere Leute, daß die Höflichkeit bei Herrn Torgau zu wünschen übrig läßt. Wenn er sich übrigens so für Kommunisten interessiert, so abonniere er doch einmal den „Klassenkampf", um so mehr, als er gewissen Personen gegenüber so liberal tat und auch von Arbeitergroschen bezahlt wird. Also nichts für ungut, Herr Wachtmeister, besten Dank für die guten Ratschläge.

Aus der Jugendbewegung

Jung-Spartakus-Bund, Ortsgruppe Halle

Spielmannszug: heute abend 6 Uhr Ueben auf dem Sandanger. Alle Spielleute müssen vollzählig und pünktlich erscheinen. Freitag abend 6 Uhr: Spielabend auf der Peißnitz. Bei schlechtem Wetter Gruppenabend in der Produktiv-Genossenschaft.

Arbeiter-Sport

Vereinsmitteilungen

HFC. Minerva 09

Freitag, den 30. April, Mitgliederversammlung. Erscheinen ist Pflicht. Achtung! Sonnabend, den 1. Mai, nachmittags 4 Uhr, treffen sich alle Sportgenossen nebst Angehörigen zum Vergnügen im „Landhaus", Merseburger Straße.

Fichte, Ammendorf (Handball). Donnerstag, den 29. April, Spielersitzung im „Schützenhaus". Der Spielleiter.

Sonntag, den 2. Mai, vormittags 10 Uhr im „Volkspark"

Nationaler Box-Wettstreit

Interessante Boxkämpfe

Ballspielklub Giebichenstein. Freitag, den 30. April, Quartalsversammlung. Alles vollzählig erscheinen.

Sportvereinigung Achilles von 1890. Freitag, 30. April, findet unsere fällige Monatsversammlung im Vereinslokal, Reicherts Restaurant, Mansfelder Straße 43, statt. Da sehr wichtige Tagesordnung, ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder Pflicht. Anfang der Sitzung abends 8½ Uhr. **Der Vorstand.**

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.

In diesen Tagen kassieren unsere Trägerinnen die vierte April-Rate. Wir ersuchen dringend, denselben die Einkassierung zu erleichtern. Der Verlag.

Sparsame Hausfrauen bevorzugen **Ritters Kaffee-Haushaltmischungen**
Dieselben sind stets frisch und ausgiebig 1617
1 Pfd. mit 20 Proz. Bohnenkaffee 90 ₰ 1 Pfd. mit 40 Proz. Bohnenkaffee 1,40
Otto Noak, Inh.: Georg Ritter, Gr. Steinstr. 76

Dauerwäsche, Wringmaschinen, Walzen **Gummi-Bieder,** Große Steinstr.

Rolf Gärtner schwer erkrankt

Berlin. Wie wir aus dem Moabiter Krankenhaus erfahren, ist der Zustand des Schauspielers Rolf Gärtner, der erst kürzlich aus dem Gefängnis entlassen wurde, sehr bedenklich. Gärtner wurde in der Festungshaft Niederschönenfeld vom bayrischen Strafvollzug zu einem kranken Menschen gemacht. Nachdem er 1923/24 in Schutzhaft war, hat ihn der Staatsgerichtshof vor einem Jahre aufs neue ins Gefängnis geschickt, wegen Rezitation revolutionärer Gedichte. Der Reichsjustizminister Marx hat die Gefängnishaft Gärtners bis in den vorigen Monat hinausgeschleppt. Gärtner ist sein Opfer. Die Aerzte glauben Gärtner durch eine Magenoperation noch retten zu können. Er fühlt sich zur Operation zu schwach.

„Das neue Rußland",

die bekannte Monatsschrift für Kultur- und Wirtschaftsfragen, läßt soeben ihr Doppelheft 3/4 erscheinen. Aus dem reichhaltigen Inhalt sind diesmal insbesondere Aufsätze über technische und pädagogische Fragen hervorzuheben. Neben Artikeln von Trotzki („Kulturkampf und Mutterschutz") und Lunatscharski („Erinnerungen") schreibt in sehr bemerkenswerter Weise der Justizkommissar Brandenburgski über Grundprobleme des Ehe- und Familienrechtes in Sowjet-Rußland. Artikel über Kunst und russische Musik beschließen das illustrierte Heft, das für 1 Mk. von dem Herausgeber Erich Baron „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland in Deutschland", Berlin-Pankow, Kavalierstraße 10, zu beziehen ist.

Theater und Konzerte

Bronnens „Ostpolzug" mit Fritz Kortner im Stadttheater. Da Elisabeth Bergner das für Mai geplante Gastspiel als „Heilige Johanna" aus gesundheitlichen Rücksichten abgesagt hat, wurde Fritz Kortner vom Berliner Staatstheater für ein einmaliges Gastspiel verpflichtet. Das Gastspiel findet am 1. Juni in Bronnens „Ostpolzug" statt.

Stadttheater. „Die heimliche Brautfahrt" ist der Titel des neuen Lustspiels von Leo Lenz, das am kommenden Freitag zum ersten Male im Stadttheater in Szene geht. Die Hauptrollen spielen Ortrud Wagner und Fritz Hensel. Regie: Elsa Rochel-Müller. — Als nächste Schauspiel-Premiere im Stadttheater wird die Tragödie „Das Grabmal des unbekannten Soldaten" von Raynal (Regie: Intendant W. Dietrich) vorbereitet. Am heutigen Dienstag, 8 Uhr, „Beatrice und Benedikt", hierauf „Gianni Schicchi", Mittwoch „Lohengrin", Donnerstag „Mascottchen", Freitag „Heimliche Brautfahrt", Sonnabend „Der einsame Weg", Sonntag „Mascottchen".

Stadttheater. Morgen, Freitag, 8 Uhr, zum ersten Male „Heimliche Brautfahrt" mit den Damen: Wagner, Grether, den Herren Günzel, Klebusch, v. Weber, Hensel, Herlt, Brink, Rapach, Genschow, Tiedemann, Scheu.

Im **Thalia-Theater** gelangt „Irrgarten der Liebe" von Hans Sturm zur Aufführung.

Volkshochschule. Am Montag, dem 3. Mai, spricht in der Aula des Reform-Realgymnasiums, Friesenstraße 3/4, der auch in Halle bestens bekannte Direktor der Lautabteilung an der Preußischen Staatsbibliothek in Berlin, Herr Professor Wilhelm Doegen. Sein Thema lautet „Stimmen der Völker in Liedern", mit Laut- und Lichtbildvorführungen. Nach einer Einführung werden z. B. schottische Dudelsackpfeifer, Armenier, Tataren, Russen, Persönlichkeiten aus der politischen und wirtschaftlichen Welt im Lichtbild zu sehen und gleichzeitig durch den vorzüglichen Lautapparat Doegens zu hören sein. Karten 1 Mark in den bekannten Verkaufsstellen der Volkshochschule.

Volksbühne. Spieltage: Da die Oper „Dona nobis pacem" nicht wieder gegeben werden kann, treten für Theatergemeinde C am 10. Mai, 8 Uhr, die beiden kleinen Opern ein „Beatrice und Benedikt" von Berlioz und „Gianni Schicchi" von Puccini. Die Mitglieder der Theatergemeinde C und diejenigen, die auf „Dona nobis pacem" gewartet haben, werden gebeten, ihr 7. Werk bis zum 3. Mai einzulösen. Als 8. Werk folgt für die erste Reihe „Palestrina" von Pfitzner, und zwar für A am 31. Mai, 7½ Uhr. Einlösung: 28. April bis 17. Mai. „Der einsame Weg" (7. Werk): 1. Mai, Beginn 8 Uhr, für Theatergemeinde J. Als 8. Werk der zweiten Reihe wird gegeben: „Boris Godunoff", Oper von Mussorgsky, Beginn 7½ Uhr: 3. Mai (G); 5. Mai (H), Einlösung bis 1. Mai, und 22. Mai (J), Einlösung bis 11. Mai. Als 9. Werk der zweiten Reihe folgt „Das Grabmal unter dem Triumphbogen" von Raynald, und zwar am 17. Mai: G, Einlösung bis 8. Mai; am 29. Mai: H, Einlösung bis 17. Mai und am 2. Juni: J, Einlösung bis 22. Mai. Beginn 8 Uhr.

Zoologischer Garten. Heute, Donnerstag, nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr, Konzerte des Hallischen Sinfonie-Orchesters.

Im Zoo blüht der Flieder

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260429-13/fragment/page=0007

Um Ihr Vertrauen

zu haben, ist es nötig, daß Sie meine riesige

Betten-Ausstellung

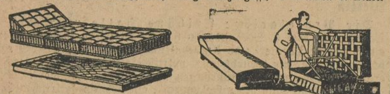
besichtigen, und sich überzeugen, daß ich als Betten-Spezialist allein Ihnen bei gediegenster und schönster Ware die denkbar größten Vorteile, niedrigsten Preise, enorme Auswahl u. fachmännische u. entgegenkommende Bedienung bieten kann für

Metall-, Holz- u. Kinderbettstellen, Federbetten, Bettfedern und Daunen. Inletts, Drelle, Bettwäsche, Stepp- und Daunendecken, Wolldecken, Diwandecken, Patent- u. Auflegematratzen, Roßhaarmatratzen, Chaiselongues und Bettchaiselongues

Auf Wunsch Zahlungserleichterung

Bettenhaus Bruno Paris

Halle a. d. S., Kl. Ulrichstr. 2, Eing. Kanzleigasse, 2 Minuten v. Markt



Eigene Polsterwerkstätten. Bettfedern-Reinigung neuesten Systems gründlichst und preiswert 1629

GABARDINE ANZÜGE

DIE GROSSE MODE

Sie brauchen für einen flotten, eleganten und vorzüglich sitzenden Anzug bei mir nicht mehr anzulegen als:

29– 39– 49– 59– 69– 79–

Gummi-Mäntel	Windjacken
Letzte Neuheiten	Imprägnierte Stoffe
14,50 18,50 26,50 33–	8,50 12,50 14,50 16,50

Beachten Sie gefl. meine Schaufenster

JULIUS **HAMMERSCHLAG**

HALLE a/S 36 GR. ULRICHSTR 36

Ansichtskarten empfiehlt die Volksbuchhandlung

Zu jedem Pfund die „Blauband-Woche" gratis

Allgemeiner Konsumverein

Halle und Umgegend

Unseren werten Mitgliedern zur gefälligen Kenntnis, daß die

Geschäftszeit unser. Verteilungsstellen

vom **Montag, dem 3. Mai 1926** an wie folgt festgesetzt ist:

Montag bis Donnerstag

von 8–12½ Uhr vormittags und 3–6½ Uhr nachm.

Freitag und Sonnabend

von 8–12½ Uhr vormittags u. 3–7 Uhr nachmittags

Wir bitten dies gefälligst zu beachten

Der Vorstand

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27 (**Volkspark**) ca. 5000 Bände stehen allen organisierten Arbeitern und Angestellten zur Verfügung.

Geöffnet Dienstag und Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr
Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhandlung, Harz 42/44

Billiger Verkauf

Der heutigen Geldknappheit Rechnung tragend, habe meine Preise rücksichtslos herabgesetzt

Stoff-Hosen	Neuleder-Hosen	Manschest.-Hosen
in den neuest. schwarz-weiß gestreiften Modefarben mit und ohne Umschlag	nur waschechte Qualitäten, blau-weiß gestreift, braune und schwarze Farben	nur prima Sorten in goldgelben, braunen, grünen und anderen Farben, gr. Auswahl
7,25 5,95 4,75 3,95	8,95 6,95 5,75 4,50	12,50 9,60 7,75
Breeches-Hosen	**Wind-Jacken**	**Wasch-Joppen**
in riesiger Auswahl, wie Stoff, Struck, Manschester, Reitkord usw.	imprägnierte Stoffe mit und ohne Gürtel, wasserdicht	sehr schöne Farben, mit und ohne Falten, enorme Auswahl
11,50 8,95 6,50 3,95	14,50 12,50 10,50 9,25	6,95 5,85 4,35
Schlosser-Jacken	**Knaben-Hosen**	**Leibchen-Hosen**
und Hosen in Leinen u. Drell, nur waschb. Sort. auch mit Umlegekragen, unerreicht an Haltbarkeit	in Stoff, engl. Leder, Manschester und Waschstoffen, Strapazier-Qualitäten	in Stoff, Neuleder, Manschester und blauen Waschstoffen, a. Restern gearb., desh. so preiswert
à Stück 4,95 3,85 2,75	4,50 3,45 2,85 2,45	3,45 2,45 1,70 1,15

Ernst Renner

14 Marktplatz 14

direkt an der Gr. Klausstraße

Täglich verspeisen

tausende Familien

aller Stände **Seefische** aus der

Große Ulrichstraße 58

Ist dieses nicht der beste Beweis für die Güte unserer Ware

Kabeljau ohne Kopf ℔ / **Seelachs** ohne Kopf, Nordsee ℔ **25** ₰
Karbonaden, bratfert. ℔ 40₰
Schellfisch, ohne Kopf .. ℔ 45₰
Echte Makrelen .... ℔ 45₰

Täglich frische Räucherwaren
ff. geräuch. Schellfisch .. ℔ 40₰
ff. geräuch. Seelachs ... ℔ 50₰
ff. geräuch. Goldbarsch ℔ 60₰
Echte Makrelen .... ℔ 80₰

Riesenauswahl allerfeinster **Rauchaale** für Touristen, Wanderung., Ausflüge

Oelsardinen
nur selbst durchprobierte Ware
Dose 33, 45, 50, 60, 75, 85, 95 Pf. 1,00, 1,25, 1,35, 1,75, 2,50 u. 2,75 Mk.

Ferner in erstklassiger Qualität:
Hering i. Gelee, **Bratheringe**, **Bismarckheringe**, **Rollmops**, Saure Sardinen — Dose 2 Pfd. schwer **85** ₰
Saure Sardinen Marke Schlüsselflagge Dose **95** ₰

Alle anderen Fischkonserven in **Riesenauswahl**

Großer Versand nach auswärts

Haustrauen! kauft nur bei unseren Inserenten!

Bekannt - beliebt - bevorzugt!

Bornscheins 1634 **Halloria-Mischung I**

mit 10% Ia. Kaffee u. Ia. Surrogaten fertig gemahlen, 1 ℔ nur **65** Pf.

— Alleiniger Lieferant —

Otto Bornschein

Groß-Rösterei „Halloria"
Halle a. S. Mittelstraße 21

Tausende Zöpfe

Stück von 3 Mk. an
Alle Ersatzteile billigst 37
Damen-Kopfwäsche 1,00 mit Ond. 1,50 Mk.

Zopf-Siebert
33 Leipziger Str. 33

Lützen Schuhreparaturen werden sauber und billigst ausgeführt **Alois Kuster**, Güntherstraße 5

Kleine Anzeigen haben bei uns den besten Erfolg!

Leder zu bekannt billigen Preisen 54
Sommer & Kurzhals
Albrechtstr. 46, Ecke Geiststraße.

Lebensmittel preiswert und gut
E. Sorg
Hermannstraße 7 gegenüber d. Schule

Ledersohlen Gummiabsätze billig bei 60
Wilh. Kranig
Neue Promenade 15

Gut erhaltener bl **Kinderwagen** zu verkaufen Wolfstr. 18, ptr. I.

Neue **Akkord-Zither** 12 Mk. zu verkaufen Schwetschkestraße 41 Hof I

Alle Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandlungen**

Harz 42/44 und Lerchenfeldstr. 14

Sonder-Angebot

Kinderwagen große m. Dopp. u. Riemenfed.	90,–
Kinderwagen m. Riemenfed.	60,–
Promenadenwagen mit Riemenfederung	52,–
Promenadenwagen ohne Riem.	40,–
Klappwagen mit Verdeck	35,–
Klappwagen ohne Verdeck	15,–
Stubenwagen	11,–
Kinderbetten	18,–
Kinderstühle klappbar	8,–
Selbstfahrer	9,50

nur beste Fabrikate

Zahlungs-Erleichterungen

Kinderwagenhaus **Bruno Paris**

Brüderstr. 3, 1 Min. v. Markt

ff. Rübensaft 1 Pfund = **26** Pf.
ff. Pflaumenmus 1 Pfund = **40** Pf.
Johannisbeer-Marmelade 1 Pfund = **65** Pf.
Dreifrucht-Marmelade 1 Pfund = **45** Pf.
getr. Pflaumen 1 Pfund = **55** und **65** Pf.
Bruch-Schokolade garantiert rein, 1 Pfund = **96** Pf.

Louis Eisfeld

Brüderstraße 15, am Markt

Walhalla

Ab Sonnabend, den 1. Mai

Der fröhliche Weinberg

Ein heit. Spiel von Liebe u. Wein
3 Akte von Karl Zuckmayer

Hauptdarsteller:

Willi Schweisguth, Kammersp. Hamburg
Ursula Giele, Landestheater Meiningen
Georg Thomas, do. Braunschweig
Karl Marschall . . Zentraltheater Berlin
Willy Bischoff, Landestheater Stuttgart
Martha Ziegler, Kammersp. Hamburg
Ruth Ravenau, Schauspielh. Düsseldorf
Robert Jungl do. Hamburg
Georg Dertz do. Wilhelmshaven
Dora May . . . Goethe-Bühnen Berlin
Erich Teichert . . . . Stadttheater Bonn
Hans Mengens . . . do. Solingen
Eva Haller . . . . . do. Düsseldorf
Walter Berg . . . . Staatstheater Berlin
Fritz Erpenbeck, Württemb., Volksbühne

Vorverkauf für 6 Tage im voraus!
Jugendlichen unter 17 Jahren ist der Zutritt nicht gestattet

Programme

sowie alle **Vereinsdrucksachen** liefert die: **Produktiv-Genossenschaft, Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14.**

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg

EGmbH., Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14

Sonntag, den 2. Mai 1926, vormittags 9 Uhr, im kleinen Saal des „Volkspark":

Ordentliche Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Bericht: a) des Vorstandes; b) des Aufsichtsrats
2. Genehmigung der Jahresrechnung
3. Ergänzungswahlen des Vorstandes und des Aufsichtsrats

Zutritt haben nur Mitglieder gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuchs

Die Jahresrechnung für 1925 liegt in der Geschäftsstelle, Lerchenfeldstraße 14, zur Einsicht aus

Der Aufsichtsrat. J. A.: Richard Schnetter

Familien-Nachrichten

Am 27 April, abends 8 Uhr, verschied nach längerer, mit großer Geduld getragener Krankheit, meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger-, Groß-, Urgroßmutter und Schwester

Frau Charlotte Müller

im 78. Lebensjahr

Halle, 27. April 1926
Glaucher Str. 63

Im Namen d. trauernd. Hinterbliebenen:
K. Müller

Einäscherung Freitag nachm. 1½ Uhr auf dem Gertraudenfriedhof.
Von Beileidsbesuchen u. Kranzspenden bitte abzusehen 1625

Am Dienstag, morgens 6 Uhr, verschied nach kurzer, schwerer Krankheit, meine innigstgeliebte Frau und Mutter meiner beiden Kinder, unsere liebe Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Berta Markgraf

im Alter von 28 Jahren 500

Im Namen aller Hinterbliebenen:
Willi Markgraf

Merseburg, Lauchstädter Str. 22

Die Beerdigung findet am Freitag dem 30. April, nachm. 4 Uhr von der Kapelle des Stadtfriedhofs aus statt

H. Mannhardt
Lessingstraße 11
Fernruf 4402
empfiehlt sich zur
Fassaden-, Glas-, Gebäude-, Lokal-, Parkett-, Teppich-Reinigung

Sonntag, den 2. Mai, vormittags 9 Uhr, im kleinen Saal des „Volkspark": Generalversammlung der Produktiv-Genossenschaft. Alle Mitglieder sind hierdurch eingeladen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260429-13/fragment/page=0008

Fememorde und Minister

Von Fritz Müller

I.

Es sind sicher einhundert an der Zahl, die ihr Leben unter der mordenden Hand der Feme ausgehaucht haben. Nicht in einem offenen Kampf, indem mehr oder minder Zufall mitspielt, sondern nach genauer Ueberlegung und Vorbereitung, zu der staatliche Polizeiorgane vielfach Hilfe geleistet haben, sind hundert Menschen abgeschlachtet worden.

In den letzten Monaten haben wir eine Fülle von Aeußerungen amtlicher und privater Stellen, die sämtlich das allgemeine Interesse an der Aufklärung der Fememorde betonen. Im Innenministerium sitzt ein Femedezernent. Die Landkriminalpolizei hat eine Femeabteilung, die eine Menge sachliche Feststellungen gemacht und eine Reihe Leute verhaftet hat. Es ist dies nicht auf eigenen Antrieb der Behörden, sondern auf unsere jahrelangen andauernden Veröffentlichungen zurückzuführen. Die Polizei konnte nicht mehr dem Druck widerstehen. Doch mußte in der Abteilung Ia ein leitender Beamter, Regierungsdirektor Dr. Wein, seinen Posten verlassen, bevor die Untersuchung ihren Fortgang nehmen konnte. War das ein Vertrauter der Femeleute?

Trotz der Zusicherung amtlicher Stellen, daß alles restlos aufgeklärt werden soll, werden die Auskunftspersonen, soweit sie im Beamtenverhältnis stehen, stets nur mit begrenzten Befugnissen zur Aussage versehen. Wie reimt sich das zusammen? **Diese Tatsache beweist, daß die Regierungsstellen kein Interesse an der Aufklärung der Zusammenhänge haben.** Das ist kein Wunder, sie tragen die Verantwortung für die Herausbildung der Femejustiz und der hundert Morde.

Drei Denkschriften über die schwarze Reichswehr und der Feme sind vor einiger Zeit auf Verlangen des Femeausschusses im Reichstag veröffentlicht worden. Sie stammen von Künzer, dem „Reichskommissar für Ueberwachung der öffentlichen Ordnung", vom preußischen Innenminister Severing und vom Reichswehrminister Dr. Geßler.

Die Denkschrift des Reichskommissars Künzer ist vom demokratischen Innenminister Dr. Külz, dem „derzeitigen Republikaner" — wie er sich selbst in einer Rede bezeichnete —, dem Künzer unterstellt ist, überreicht. Külz schreibt auch einen niedlichen Brief dazu, in dem er mitteilt, „daß im Reichsministerium des Innern Material über Femeorganisationen und Fememorde nicht vorliegt". Das ist eine glatte Lüge. Regierungsrat Dillinger ist ein Beamter, der dem Reichsinnenministerium unterstellt ist, und er hat auf Befragen im Femeausschuß des Landtags zugegeben, daß, „soweit die Fememorde in Betracht kommen, wurde uns von seiten der preußischen Stellen in einigen Fällen berichtet". Die Lüge paßt in die Linie, die von Regierungsstellen und Gerichten eingeschlagen worden ist, um die Fememorde als mit Politik in keiner Beziehung stehenden gemeinen Morden erklären zu können. Morde gehen Gerichte und das Justizministerium an. **Die Fememorde waren aber nichts anderes, als die Beseitigung von wirklichen oder vermeintlichen Verrätern an den drei großangelegten monarchistischen Umsturzversuchen im Jahre 1923,** wenn von den oberschlesischen und den Morden während der Ruhrbesetzung abgesehen wird. Daher wäre es Aufgabe des Reichsministers seit 1923 gewesen, in die Dunkelheit Licht zu schaffen. Aber **sie stecken zum Teil mit unter der Decke, sehr weitgehend bis in die Reihen der Sozialdemokratie,** durch Schaffung der schwarzen Reichswehr, Duldung der Feme und Vertuschung des Hochverrats der Rechten! Die beteiligten Minister haben dieser Tage im Kabinett die Vertagung der Femeprozesse verlangt! Ist es ein Zufall, wenn Minister Severing in seiner Osterbotschaft in den militärischen Uebungen der legalen und illegalen Rechtsverbände nur „feststellt":

„Die rechtsgerichteten Verbände leiden zunächst in dieser Zeit ganz besonders unter der Fürstreitelkeit jener Herren, die im Kriege vielleicht ein Regiment oder eine militärische Formation befehligt haben und jetzt ihre eigenen Verbände als Regiments- oder Bataillonsersatz gebrauchen, um den alten Beruf des Kommandierens zu üben. **Was soll die Polizei besseres tun, als, die Hände auf dem Rücken, zuzusehen?"**

Warum ist **Severing** so milde, so nachsichtig? Seine Polizei hat doch immer gleich den Schießprügel bei der Hand, wenn es gegen friedliche Arbeiterdemonstrationen geht. Es ist aber kein Rätsel, sondern die Sache liegt einfach so, daß Severing den Herren der Rechten, die „sich des Kommandierens üben", sehr verbunden ist, wegen der Aufziehung der Selbstschutzverbände, insbesondere der oberschlesischen, die zum Teil unter seiner Leitung im Jahre 1921 aufgezogen wurden und deren erheblicher Bestandteil in die schwarze Reichswehr übergegangen ist. Er geht sogar so weit in seiner Rede im Landtag am 5. März, daß er sich zur Aufziehung eines neuen Selbstschutzes förmlich anbietet:

„Sollte ich den ehrenvollen Auftrag bekommen, noch einmal einen deutschen **Selbstschutz** aufziehen zu müssen, dann wird er **auf der Grundlage der Parität aufgezogen."**

Selbstschutz? Gegen wen? Gegen die Arbeiterschaft! **Parität? Monarchisten und Republikaner, Deutschnationale und Sozialdemokraten paritätisch zur Niederknüppelung der Arbeiterschaft!** Aber es kommt ja anders und zweitens als man denkt!

Künzer besitzt die Dreistigkeit in seiner Denkschrift, die Feme als sozusagen eine legale Gerichtsbarkeit der Freikorps, der oberschlesischen Selbstschutzverbände und später der schwarzen Reichswehr darzustellen:

„Da die Freikorps, wenn sie zur Aufrechterhaltung der Ruhe fest den Staat eintraten, dieses gleichsam als freie Vertragschließende taten, stützten sie sich zur Aufrechterhaltung der Disziplin in ihren Reihen nicht auf die Autorität und Machtmittel des Staates, sondern **schufen sich ihr eigenes Recht."**

Nach dieser Philosophie des Herrn Künzer sind die Freikorps außerhalb des Rechts der deutschen Republik gestanden, sie waren nicht verantwortlich, sie waren „frei" von jeder Bindung, und ihre Schandtaten an der Arbeiterschaft sind gerechtfertigt, denn sie haben ja „ihr eigenes Recht" gehabt! Ist diese Philosophie etwa der Schlüssel zu der Tatsache, daß die Freikorpsleute für ihre Gewalttätigkeiten nicht bestraft wurden?

„Die Freikorpsführer waren in gerichtlicher Beziehung die höchste Instanz, der man innerhalb des Freikorps das Recht über Tod und Leben zu entscheiden zuerkannte."

Diese Tatsache ist nicht erst jetzt uns bekannt geworden. Aber wenn sie von amtlicher Stelle bestätigt wird und dazu schlicht bemerkt, daß „man" das Recht über Tod zu entscheiden zuerkannte, so haben wir doch die Frage, **wer,** welche Stelle hat dieses Recht dem Freikorpsführer zuerkannt. Welche Minister seit 1920 haben diese Tatsache gebilligt, und wenn sie das nicht taten, **warum ist „man" nicht dagegen eingeschritten?** Sie haben lange schon kein moralisches Recht, sich auf Gesetze zu berufen, aber hier liegt eine **strafbare Handlung der Begünstigung** vor! Aber in der freiesten Republik der Welt klagt man nur sozialdemokratische Staatsanwälte wie Asmus an, die zu einer stetigen Rechtsbeugung nicht gewillt sind.

Ganz willkürlich schreibt Künzer, „die Fememorde, die hier zur Aufklärung gebracht werden sollen, haben sich in der Zeit von März bis Dezember 1923 ereignet". Warum nur die? Warum nicht die etwa 50 Morde, die vor und nach Dezember/März 1923 in Oberschlesien und anderswo verübt wurden, auch mit aufklären? Warum die Untersuchung nur auf die innerhalb der schwarzen Reichswehr vorgekommenen Morde beschränken? Warum will man den Hintergrund der vorher und nachher erfolgten Morde nicht lüften?

Insbesondere muß gefragt werden, warum wird die Untersuchung nicht auch auf die **politischen Morde** ausgedehnt? Hier kommen neben **Erzberger, Rathenau,** Mordversuch auf **Scheidemann,** der Mord an **Schottländer** und **Gareis** in Betracht. Bei den bisher geführten Untersuchungen sind zum Teil nicht einmal die Täter, geschweige die Anstifter und die Hinterleute bekannt geworden. Die Taten der **Organisation Consul** sind ein Komplex, deren Untersuchung erst den Hintergrund der neudeutschen Restaurationsversuche beleuchten wird. Freilich sind hier **„hohe" und „höchste" Persönlichkeiten,** an die man sich nicht herantraut, hineinverwickelt. Es sind darunter **Abgeordnete,** die durch ihre Immunität geschützt sind. Es sind aber auch eine ganze Reihe Leute, die dadurch geschützt sind, daß sie viel, sehr viel von der Beteiligung, Duldung und Förderung der nationalen Reaktion, der schwarzen Reichswehr und der Fememörder durch Minister und Regierungsstellen wissen. (Fortsetzung folgt.)

Das Mai-Abzeichen der Roten Hilfe

Der internationale Kampftag der Arbeiterklasse, der 1. Mai, muß vor allem auch den Opfern der Klassenjustiz gewidmet sein. Die kämpfenden Arbeiter müssen an diesem Tage alles tun, um den Kampf für die Befreiung der politischen Gefangenen und die Hilfe für die Opfer des Klassenkampfes und ihre Angehörigen mit allen Kräften zu unterstützen.

Darum soll dieser Tag vor allem auch der Roten Hilfe gewidmet sein. Zur Unterstützung dieser Propaganda und zur Hilfe für die Opfer des Klassenkampfes gibt der Zentralvorstand der Roten Hilfe neben anderem auch ein Maiabzeichen der Roten Hilfe heraus. Das Abzeichen ist in rot hergestellt und entspricht im übrigen dem sonst bekannten Wahrzeichen der Roten Hilfe und wird zum Preise von 10 Pfennig abgegeben.

Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die sonst die bekannten Maiabzeichen, rote Knöpfe oder rote Nelken trugen, müssen diesmal ihre Solidarität mit den Opfern des Klassenkampfes dadurch bekunden, daß sie das Maiabzeichen der Roten Hilfe tragen.

Manifest des EKKJ. zum Kohlenkrieg

In Großbritannien bereiten sich gigantische Ereignisse vor

Moskau, den 25. April 1926.

Die **Kapitalisten** versuchen, durch entschlossene Schläge die britische Arbeiterbewegung zu zertrümmern und die Lebenshaltung der britischen Arbeiterklasse herabzudrücken. Die britischen **Bergarbeiter** sind kampfbereit, die organisierte **Arbeiterschaft** will ihnen zu Hilfe eilen. Nicht nur die Arbeitslöhne, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen der **britischen** Arbeiter, sondern auch die Lebenshaltung der Arbeiter **aller Länder** stehen auf dem Spiel. Die **britische Arbeiterbewegung** muß geschlossen den Verteidigungskampf führen, die **internationale** Arbeiterbewegung muß geschlossen wie **ein Mann** in undurchbrechbarer Einheitsfront dem gemeinsamen Feinde die Stirne bieten. Es handelt sich um die Lebensinteressen der Arbeiter **aller** Länder.

Die Kohlenkrise in Großbritannien ist nur ein Teil der großen Weltkrise in der Kohlenproduktion. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt tobt immer wütender, und der technisch rückständige Kohlenbergbau Großbritanniens wird durch die moderne Technik der **amerikanischen** und **deutschen Minalen** niedergestreckt.

Die Bedeutung des Mai-Konfliktes für **Großbritannien** ist ungeheuer. Die Bergwerksmagnaten drohen mit der **Aussperrung von über einer Million Bergarbeitern,** es besteht die Möglichkeit, daß die Bergarbeiter zur **Streikwaffe** greifen müssen, was die Lahmlegung der britischen Industrie, teilweise sogar der Weltwirtschaft bedeutet.

Sieg oder Niederlage der **Bergarbeiter** bedeutet Sieg oder Niederlage für die **gesamte** britische Arbeiterklasse. Der Bergarbeiterstreik würde den **Generalstreik** bedeuten, und der Generalstreik kann kein **ökonomischer Kampf bleiben,** er wird ins **Politische** umschlagen, das Proletariat wird also gegen die Kapitalisten, also wird Klasse gegen Klasse kämpfen. Die britische Bourgeoisie, die britische Regierung werden die gesamte Staatsgewalt mobilisieren, da die Grundfragen der kapitalistischen Gesellschaft berührt werden, da die Frage des Privateigentums aufgeworfen, da der ganze kapitalistische Staatsapparat zur Verteidigung des Privateigentums auf den Plan treten wird. Die Arbeiter sehen mit wachsender Wut, wie sich die Regierung immer brutaler auf die Seite der Kapitalisten stellt, wie sie spezielle Truppen gegen die Arbeiter organisiert, wie die Regierung bei der Organisierung faschistischer Gruppen Hilfe leistet. Der Kampf um die Löhne und die Arbeitsbedingungen wird im Bewußtsein der Arbeiterklasse die **Machtfrage** aufwerfen.

Die Weltkohlenkrise stellte die britischen Kapitalisten vor ein Dilemma. Um die Konkurrenzfähigkeit wiederherzustellen, müssen sie in Lohnherabsetzung, in Arbeitszeitverlängerung, in Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, in der Zertrümmerung der Macht der Gewerkschaften einen Ausweg suchen. Eine derartige Verbilligung der **britischen** Kohle würde den Konkurrenzkampf in **internationalem Maßstabe** ungeheuer verschärfen, würde die **deutschen, belgischen, tschechischen** und **amerikanischen** Kapitalisten zur ähnlichen Offensive gegen die eigenen Bergarbeiter treiben, würde den Weltkonkurrenzkampf noch mörderischer entfesseln. Der zweite Weg besteht in der Rationalisierung der Betriebe, in der Stillegung der technisch rückständigen Gruben, das heißt in der Entlassung von Zehntausenden von Arbeitern, in der Steigerung der chronischen Massenarbeitslosigkeit.

Die zwei Auswege bedeuten für die britischen Kohlenarbeiter eine Wahl zwischen dem **Verhungern durch Lohndruck** oder dem **Verhungern durch gesteigerte Erwerbslosigkeit.** Das britische Imperium befindet sich im Niedergange, die britische Arbeiterbewegung auf aufsteigender Linie, der Niedergang des britischen Imperialismus wird mit dem weltgeschichtlichen Siege des britischen Proletariats zusammenfallen.

Um soziale Erschütterungen zu verhindern, versucht die britische Regierung eine **Kompromißlösung.** Die britische Arbeiterklasse muß verstehen, daß ein Kompromiß keine wirkliche Lösung der Bergbaukrise bringen kann, nur die Verwirklichung des Sozialismus kann den sozialen Niedergang des britischen Proletariats aufhalten, nur der entschiedene Kampf für die Aufrichtung der Arbeiterherrschaft kann den Sozialismus verwirklichen. Nur die Ausschaltung der mörderischen Weltkonkurrenz, nur die Ueberwindung der Anarchie der Weltproduktion, nur die Aufrichtung der **Vereinigten Staaten des sozialistischen Europa** kann die Krise endgültig lösen.

Die britische Bourgeoisie greift zuerst die **Bauarbeiter,** dann die **Eisenbahner,** dann die **Metallarbeiter** an, und jetzt greift sie die **Bergarbeiter** an. Die britische Bourgeoisie wendet in der Bekämpfung der Bergarbeiter die Taktik des „Teile und herrsche!" an, indem sie nicht mehr mit dem Bergarbeiterverband als Ganzes, sondern distriktweise Tarifverträge abschließen will, indem sie die Löhne der unqualifizierten Arbeiter unverändert läßt, aber die Löhne der qualifizierten Arbeiter in Hungerlöhne umwandeln will. Die britische Arbeiterklasse muß verstehen, daß der **Bericht der Kohlenkommission** Keile in die Einheitsfront der Bergarbeiter treiben will, daß nur die vollkommene Geschlossenheit der Arbeiterphalanx vor der Niederlage retten kann.

Die britische Arbeiterklasse muß den Kampf aufnehmen, und das britische Proletariat ist nach allen Zeichen bereit, sich zu verteidigen. Die Bezirksorganisationen der Bergarbeiterföderation erklärten sich kampfbereit, die Minderheitskonferenz war eine Kundgebung des eisernen Kampfwillens der britischen Arbeiterklasse. Der Massendruck zwang die Gewerkschaftsführer zur Bildung eines **Bundes von sieben Gewerkschaften,** die **Konferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei** zeigte die wachsende Unzufriedenheit der Arbeitermassen auf.

Die Arbeitermassen sind kampfbereit, aber ihre **Führer** sind teilweise schwankend, teilweise verraten sie den Kampf noch vor der Schlacht. Der **Rechtsflügel der Labour Party und des Generalrates** arbeitet schamlos auf einen neuen **„Schwarzen Freitag"** hin. **Mac Donald** und **Hodges** gingen offen auf die Seite der Bourgeoisie über, indem Mac Donald gegen jeden Streik und Hodges für die Arbeitszeitverlängerung auftraten. Selbst der **Generalrat,** dem die Rolle des Generalstabs zufällt, erklärt am Vorabend der Schlacht, daß er trotz der Beschlüsse von **Scarborough** keine Vergrößerung seiner Machtbefugnisse verlange. Die Exekutive **Amsterdams** weist in abgelauschter Diplomatensprache den Einheitsfrontvorschlag der **Roten Gewerkschaftsinternationale** zurück. Die **Exekutive der Bergarbeiterinternationale** nahm Resolutionen mit pompösen Worten über Solidaritätsstreik an. Werden den großen Worten auch Taten folgen?

Die **Kommunistische Internationale** erklärt ihre Bereitschaft, mit allen Arbeiterorganisationen, mit der 2. Internationale, mit Amsterdam, mit der Bergarbeiterinternationale, den Kampf für die gerechte Sache der britischen Bergarbeiter gemeinsam zu führen, alle Meinungsverschiedenheiten zurückzustellen und mit ihnen eine gemeinsame internationale Solidaritätsaktion für die britischen Bergarbeiter tatkräftigst zu organisieren. Wie können wir aber den Worten der Bergarbeiterinternationale glauben, wenn deren Sekretär **Hodges** ist, der den Kampf des Bergarbeiterproletariats Englands schon einmal verriet. Die **britischen** und **deutschen Reformisten** bezeichnen als Ausweg aus der Krise die internationale Trustifizierung des Kohlenbergbaus, diese jammerlichen „Arbeiterführer" predigen also die Vereinigung der Unternehmer, anstatt die Vereinigung der Arbeiter, sie fordern eine internationale Aktion der **Kapitalisten,** anstatt die des Bergwerks**proletariats.**

Auch die **linken Führer der Labour Party und der Gewerkschaften** zeigen sich der Lage nicht gewachsen, sind nicht entschlossen, die Führung des großen Kampfes zu übernehmen; auf den herausfordernden Bericht der Kohlenkommission antworteten die linken Führer nicht mit der Massenmobilisierung. **Die Exekutive der Bergarbeiterföderation** und der **Generalrat der Gewerkschaften** sprachen sich weder für noch gegen den Bericht aus, sie haben den Kampf gegen die Regierung nicht aufgenommen, haben die Kohlenkommission nicht als eine Agentur der Bourgeoisie entlarvt.

Nur die **Minderheitsbewegung** und die **Kommunistische Partei Großbritanniens** riefen die Arbeiter zum Widerstand auf, versuchten den Kampf zu organisieren, gaben die Parole der Kampfeinheit der Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien und im Weltmaßstabe aus. Die Minderheitsbewegung und die Kommunistische Partei werden ihre Pflicht weiter erfüllen, können aber den Kampf allein nicht führen. Die **Kommunistische Internationale** ist überzeugt, daß die internationale Arbeiterbewegung ihre Solidarität durch Taten beweisen wird, wenn sich der Generalrat an die Spitze der Bewegung stellt. Es ist die historische Pflicht des Generalrates, die Führung des Kampfes zu übernehmen. Wenn der Generalrat den Kampf unterläßt und den Weg des faulen Kompromisses beschreitet, ladet er eine große historische Verantwortung auf sich. In dem großen Kampfe werden alle Richtungen und Faktoren der britischen Arbeiterbewegung ihr wahres Gesicht zeigen.

Die **Kommunistische Internationale** fordert die Arbeiterklasse der Welt auf, geschlossen in internationaler Solidarität den britischen Bergarbeitern zu Hilfe zu eilen. Die Arbeiter aller Länder müssen verstehen, daß der Angriff der britischen Bergmagnaten nicht nur gegen die Lebenshaltung der **britischen** Bergarbeiter, sondern gegen die der Arbeiterklasse **der ganzen Welt** gerichtet ist. **Die Bergarbeiter Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und der Tschechoslowakei müssen in der ersten Reihe stehen.** Der Maikonflikt stellt die Einheitsfront und die Vereinigung **Amsterdams** mit der **RGI.** und der **Bergarbeiterverbände Frankreichs** und der **Tschechoslowakei** mit erhöhter Kraft auf die Tagesordnung. Die Kommunistische Internationale erklärt im vollsten Bewußtsein ihrer Verantwortung nochmals, daß sie bereit ist, alle Meinungsverschiedenheiten, die die Kommunistische Internationale grundsätzlich von den reformistischen Elementen trennen, zurückzustellen, um die internationale Solidaritätsaktion des Weltproletariats um jeden Preis, unter allen Umständen zustandezubringen.

Die Weltkohlenkrise zeigt, daß die Lösung der Widersprüche des Kapitalismus auf kapitalistischer Grundlage unmöglich ist, daß die Vereinigung der internationalen Arbeiterschaft, die Aufrichtung der Vereinigten Staaten des sozialistischen Europa eine wirkliche Lösung für das Proletariat schaffen kann.

Die **Kommunistische Internationale** ruft die Arbeiter zur **internationalen Solidaritätsaktion** auf. Die Arbeiter Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, der Tschechoslowakei müssen mit vereinten Kräften das Eindringen von Streikbrecherkohle nach Großbritannien verhindern, das Beliefern des britischen Marktes durch wachsende Kontrolle vereiteln. Die **Transportarbeiter, Eisenbahner, Hafenarbeiter und Seeleute** müssen den Transport von Streikbrecherkohle verhindern. Wenn der Kampf kommt, müssen überall großzügige **Unterstützungsaktionen** organisiert, Geldsammlungen veranstaltet, zur Versorgung der Kinder der kämpfenden Bergarbeiter Anstalten getroffen werden, die **Genossenschaften** müssen zur Lebensmittelversorgung der britischen Bergarbeiter und ihrer Familien beitragen.

Auf zum Kampf! Verkündet Eure Kampfbereitschaft in Massenversammlungen, organisiert Unterstützungsmaßnahmen! Den letzten Pfennig für den britischen Bergarbeiter! Hoch die Internationalität des Weltproletariats, hoch die britische Arbeiterklasse, der Sieg der britischen Bergarbeiter, die Einheitsfront der Arbeiterklasse der ganzen Welt!

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Das Roggenbrot

Immer wieder wird das Thema Roggenbrot erörtert, und zwar von allen interessierten Kreisen. Nur der Hersteller von Brot ist noch nicht zu Wort gekommen. Aber gerade er ist über die Möglichkeiten für die Verbreitung des Roggenbrotes durch seine Erfahrungen gut unterrichtet.

Der Fachmann muß zugeben: Der Verbrauch von reinem Roggenbrot ist für die Volkswirtschaft und für die Gesundheit des Einzelnen wichtig. Leider wird aber viel zu viel Weiß-, Fein- und Süßgebäck gegessen. Verständlich ist das einesteils, denn nach dem langjährigen Genuß der sogenannten „Kriegsbrote" entstand beim Einzelnen das Bedürfnis nach Feingebäck. Nun aber ist es an der Zeit, daß man im Interesse seiner Gesundheit mehr Roggenbrot ißt.

Ein solches Brot, das alle Teile des Roggenkorns und damit die wichtigsten Nährstoffe enthält, stellen die Scheffelwerke her und zwar mit dem Zusatz radioaktiver (Radium) Nährsalze. Durch diesen Zusatz ist dieses Vollkornbrot gut aufgeschlossen und für jeden gut bekömmlich. Man erkennt dieses Brot an einer blauen, gesetzlich geschützten Marke, die es trägt. Es heißt Trum-Vollkorn-Brot und ist in Lebensmittelgeschäften erhältlich. Wenn nicht, senden es die Scheffelwerke (Telephon 6584) auf Wunsch frei ins Haus. Ein großer Teil der Bevölkerung hat die Richtigkeit des oben Gesagten schon erkannt, denn dieses Trum-Vollkorn-Brot erfreut sich einer immer größeren Aufnahme. 1621

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260429-13/fragment/page=0009

Eßt Truw-Vollkorn-Brot!

Achtet auf die blaue Marke, die jedes Truw-Feinbrot und jedes Truw-Vollkorn-Brot trägt!

Kasino-Lichtspiele Wittenberg
Ab Donnerstag, den 29. April
das gewaltigste, schönste u. berühmteste Filmwerk, welches je geschaffen wurde.
Der Dieb von Bagdad
Das Märchen von der Liebe aus 1001 Nacht.
In der Hauptrolle: Douglas Fairbanks Amerikas größter Filmdarsteller u. bestbezahltester Künstler der Erde.
Stellen Sie die höchsten Ansprüche u. der Film wird alle Erwartungen übertreffen.
Anfangszeiten: 6 Uhr und 8.20 Uhr
Sonntags: 1/2 4 Uhr Kassenöffnung Anfang 4 Uhr
Großes Orchester
Jugendliche haben Zutritt

Lichtspieltheater Wittenberg
Ab heute Donnerstag die neueste deutsche Filmschöpfung
Familie Schimek (Wiener Herzen)
der größte Bühnenerfolg eines Max Ballenberg in 7 Akten mit Xenia Deini, seit dem Walzertraum der Liebling des Publikums, Picha in seiner größten Rolle, Tschechowa, Malzgan usw. usw.
Familie Schimek ist eine gelungene Mischung, berückender Wiener Fröhlichkeit „a bisserl Schampus u. a bisserl Liebe"
Monty Banks als Meisterdetektiv
Ia Kritiken Jugendliche haben Zutritt
Keine erhöhten Preise 70 1,— 1,30 1,60
Sonntag 1/2 3 Uhr: **Jugend-Vorstellung**

Todesurteil bringt **Riesolda**
Kopf- Filz- Tier- **Läusen** Wanzen Flöhen Brut
Verk.: Halle, Schurig, Steinweg 10
Merseburg, Wenzel, Obere Burgstr. 6

Morgen Freitag **Schlachtefest**
Von 9 Uhr an: 65 Wellfleisch m. Sauerkraut
P. Kühlewind, Schweitschestr. 28

Spendet f. d. „Rote Hilfe"

Promenaden- und Klapp-Wagen
empfiehlt in nur bestbewährt. Qualitätsmarken wie Brennabor, Naether Phönix.
Große Auswahl, billigste Preise
Franz Reinhardt, Kl. Brauhausstraße 21
Aeltestes Korb- u. Kinderwagen-Haus

Geschäfts-Eröffnung!
Den geehrten Einwohnern v. Teuchern und Umgegend zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich am heutigen Tage ein
Drogen-, Farben- und Kolonialwarengeschäft
(früher Drogerie Eitze) Oberstraße 5 eröffnet habe
Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, die mich beehrenden Kunden zur Zufriedenheit zu bedienen
Ich bitte mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen und zeichne
hochachtungsvoll
Otto Zimmermann
Adler-Drogerie

Den Wünschen unserer Kundschaft Rechnung tragend, werden wir am 1. Mai 1926 in Niemberg/Saalkr. **eine weitere Zweigstelle** eröffnen. Die Zweigstelle wird sich neben der Pflege des Spa verkehrs mit der Erledigung sämtlichen bankmäßiger Geschäfte befassen.
Wir bitten unsere geehrte Kundschaft, sich dieser neuen Einrichtung recht rege zu bedienen.
Sparkasse und Kreisbank des Saalkreises

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Achtung!
Freitag, Sonnabend ganz feiten fettes Mast-Fleisch Rouladen, schmer, Fell, hochfeine Bad-würstchen, Zungen, Donnerstag u. Sonnab. fl. warme Würstchen
Dix Nachf., Zeitz, Scharrenstr.

Prima Mast-Rossfleisch und alles andere Tägl.: Warme Wurst
Max Frommelt 501 Zeitz Parzellenstr. 15

Hundefutter gibt ab **Max Zaubitzer** Steinweg 52

Neu! Neu!
Offeriere
Pa. Rindfleisch zum Braten 1,10
Rouladen 1,10
Rindfleisch z. Kochen 80-90
Ferner:
Schweine-, Hammel- u. Kalbfleisch
Ia. Wurstwaren
zu billigsten Tagespreisen
A. Schollbach, Dryanderstr. 16

Burg-Theater
Gr. Gosenstraße Ab Freitag
Die Zirkusprinzessin
— 7 Akte —
Großangelegtes Zirkusdrama
Persönliches Auftreten des Hauptdarstellers 1633
Otto Reinwald

Bekanntmachung
Pferdeversteigerung
Am Montag, dem 3. Mai, vormittags 10 Uhr werden auf dem Hofe des städtischen Fuhrparks, Barbarastraße 1
6 bis 8 dienstunbrauchbare Pferde
gegen Bezahlung versteigert. Bedingungen usw. werden bei der Versteigerung bekanntgegeben werden 159
Halle a. d. S., den 23. April 1926 **Der Magistrat**

Klassenkampf Leser kaufen nur bei Klassenkampf Inserenten

Carl Saatz, Halle a. d. S.
Drogerie Rannischestr. 6 Parfümerie
empfiehlt
Toilette-Artikel, Kölnische Wasser, Parfüms
Seifen, Besen und Bürstenwaren

Herren- und Knaben-Kleidung, Arbeits-Kleidung
für alle Berufe, kauft man billig und doch gut im
Bekleidungshaus
66 Johann Heun 66
Leipziger Straße
1 Minute vom Riebeckplatz

Wilhelm Janßen, Liebenauer Straße 162
Kurz-, Weiß-, Woll- u. Baumwoll-Waren
Strumpfwaren, Trikotagen, Korsetts
Strumpfwolle von 75 Pf. an
Sternwolle und Schmidtwolle
Sportwolle 0,95 und 1,50
Leib-, Tisch- und Bettwäsche äußerst billig!

Truw-Brot
soll jeder täglich essen, weil es so gesund ist
Achten Sie beim Einkauf auf die blaue Marke!

Fahrräder
Eigene Zusammensetzung
Verkaufspreis sehr niedrig
Weitgehendste Teilzahlung
Reparaturen schnell und billig
E. Kilian, Halle a. S.
Große Brunnenstraße 15

Farben, Lacke, Pinsel, Rüg. Kreide Sichelleim
Maler Sonder-Rabatt
Halloren-Drogerie
Hallorenstraße 4

Vogels Gastwirtschaft
Halle-Trotha
empfiehlt seinen kräftigen
Mittagstisch

Hallesche Beerdigungsanstalt
„Pietät"
Inhaber: M. Burkel
Kl. Steinstr. 4, Telephon 6393

Max Altermann Halle a. d. Saale Bernburger Straße 31
Billigste Bezugsquelle für Schuhwaren
Herren-, Damen- u. Kinderstiefel vom einfachsten bis zum elegantesten
Gewissenhafte Bedienung

Werksche
Adler-Kaffee-Mischung (Ges. geschützt)
wohlschmeckend und bekömmlich
1/2 Pfund 60 Pf.
Aug. Worsich, Kellnerstr. 10a

Nähmaschinen Fahrräder
Reparaturen aller Art billigst
Herm. Oettler, Fahrradhdlg.
Reideburg, Zwebendorfer Str.

Fahrräder
neue und gebrauchte, in großer Auswahl,
Ersatzteile, Reparaturen
Emaillieren u. Vernickeln
Th. Baumann
Mechanikermeister
Halle a. d. S., Krausenstr. 12

Waschmaschinen und Waschgefäße
repariert sauber und billig
Böttcherei K. Hoske
Geiststraße 39, 2. Hof l.
Freies Abholen und Zustellen nach allen Stadtteilen
Postkarte genügt bei Bestellung

Farben, Lacke Firnisse, Pinsel Sämereien, Seifen
sowie sämtl. Wasch-Artikel
Barbara-Drogerie
Alfred Knöfler
Halle a. d. S., Merseburger Str. 104

Bettfedern
Pfund von Mk. 1,40 an
Inlett-Stoffe
federdicht und farbecht
kauft man billig und gut bei
Kress & Co., Pfännerhöhe 4
Bettfedern-Reinigungs-Maschine mit elektr. Antrieb u. Dampf

Fahrräder Mercedes, Schladitz Opel und andere erstklassige Marken
sowie sämtliche Ersatzteile
Reparaturen prompt und preiswert
Kurt Bley Landsberger Str. 60 Lud.-Wucherer Str. 43

Jeden Dienstag und Freitag:
Groß. Schlachtefest
Diverse Wurstwaren
in bekannt. Güte zu billig. Tagespreisen
Täglich frisches Gehacktes
Richard Becker, Jakobstr. 46

Erstklassige
Marken-Fahrräder
sowie Reparaturen an
Fahr- und Motorrädern
Paul Probst, Halle-Trotha

Stempel-Pfautsch
Halle S.
Nikolaistr. 6
Fernruf: 3668

Farben, Lacke, Firnisse, Pinsel
Haushalt- u. Wäscheartikel
Bruno Pretzsch
Halle-S., Moritzzwinger 1
Fernsprecher 5350

Groß-Roßschlächterei Karl Böhlert
Nauendorf Halle a. d. S.
Hauptstr. 28 Telephon 29 Oleartusstr. 3 Telephon 3983
empfiehlt:
Prima Fleisch- und Wurstwaren
in bekannter Güte zu billigen Preisen
Warme Würstchen zu jed. Tageszeit

Tapeten anerkannt billig **Linoleum**
Albert Gerstemann
Alter Markt 3 Telephon 5008
Musterkarten stehen zur Verfügung

Auf Kredit
Alle Arten Einzelmöbel, Federbetten, Gardinen, Korbmöbel, Anzüge, Mäntel
Kleine Teilzahlungen
N. Fuchs, Halle a. S.
Große Ulrichstraße 58, I., II. III. Etage

Roßschlächterei M. Zaubitzer
Steinweg 52
empfiehlt ständig:
Prima fettes Rossfleisch u. bekannte gute Wurstwaren
Täglich warme Brühwurst u. frisches Gehacktes
Im Restaurant:
Gute Biere u. täglich warme Speisen

Kaufhaus Steinweg 36
Inhaber: M. Kratzer
Dort kaufen Sie gut und billig
Weiß- und Wollwaren

Ihr sollt bei **SOBEL** kaufen, weil er billig ist

Fahrräder Triumph Panther Presto Victoria
Reparaturwerkstatt für alle Fabrikate
Zahlungserleichterungen
Paul Krause, Kl. Ulrichstr. 18

Beerdigungs-Anstalt
Willy Lutze
Halle a. d. S., Krutenbergstraße 7
Telephon 5920
Geschäftsstelle des Deutschen Begräbnis-Versicherungs-Vereins

Inserate
haben im
Geschäftsanzeiger
besten Erfolg

Decken Sie Ihren Bedarf
in Leinen- und Baumwollwaren, fertiger Tisch-, Bett- und Leibwäsche, Woll- und Waschkleiderstoffen nur im
Schlesischen Leinenlager
Inhaber: Wilhelm Heun
Ludwig-Wucherer-Straße 87 (Nähe Walhalla)
Für Wiederverkäufer günstige Bezugsquelle

O. Kohla
Orthopädische Schuhmacherei
Friedrichstraße 68
gegenüber Stadttheater

Zigaretten Zigarren, Tabake
Otto Mucha
Großhandlung
Lerchenfeldstr. 12 Tel. 1730

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260429-13/fragment/page=0010

Die Kommunistin

Nr. 4 | April 1926 | Jahrg. 8

Was wird am 1. Mai?

Nun wird allenthalben für den Frühling gerüstet. Die Proletenfrauen seifen und scheuern ihren dürftigen Hausstand. Wer noch ein paar Groschen verdient, kauft „billigen Voile" für das Pfingstkleid. An den großen Plätzen werden Blumen in Massen feilgehalten. Wirklich, es sieht freundlicher aus.

Die Regierung hat die Reichsgesundheitswoche eröffnet. Plakate, Kino, Rundfunk predigen, wie man kräftige Kinder erzieht und sich selber gesund erhält. Fast will es scheinen, als wären wir nur durch unsere eigene Schuld so ausgehungert und anfällig für Krankheiten und Seuchen.

Verzweifelte Anstrengungen. Die wirkliche Not läßt sich nicht mit guten Lehren, nicht mit Sonnenschein und Frühling fortzaubern. Allzuberedt sprechen die Zahlen des Arbeitsamtes. In den Großbetrieben werden weiter Entlassungen vorbereitet. Dazu ist das Wohnungselend unverändert; ja, es droht infolge der kommenden Mieterhöhungen zuzunehmen. Wer kann in einer solchen Zeit glauben, daß sich die Gesundheit der Bevölkerung verbessern wird?

Die Gesundheit der Arbeiterschaft ist abhängig von seiner sozialen Lage, und die war zu keiner Zeit schlimmer als augenblicklich. Noch immer zwingt man die Frauen mit dem Paragraphen 218 ihren eigenen Körper zu verpfuschen. Die Kranken wohnen bei den Gesunden. Nicht für Geld und gute Worte ist es möglich, Tuberkulose in Heilstätten unterzubringen, weil sie überfüllt sind. Wie soll es mit der Volksgesundheit besser werden, wenn der Staat nicht einmal die „Isolierung der Kranken" durchführt?

Tatsächlich will die Luther-Regierung der Arbeiterschaft auch gar nicht helfen, sie will wohl einen Teil Proleten als Ausbeutungsobjekte erhalten — sie will ebenfalls die wachsende Unzufriedenheit eindämmen. Ihr Grundziel also ist, den deutschen Kapitalismus zu stärken und dabei sollen ihr die Proleten behilflich sein.

Die Arbeiterschaft sollte sich wie ein Wall geschlossen gegen die fortschreitende Ausbeutung stemmen und für ihre Interessen kämpfen.

Vor uns liegt der 1. Mai. Jahrzehntelang demonstrierten an diesem Tage die Arbeiter für ihre Forderungen. Waren es doch die Gewerkschaften, die 1878 diesem Tag seine historische Bedeutung gaben.

1926 aber lehnen die Gewerkschaften und die SPD. ab, geschlossen aufzumarschieren. Und doch haben wir gerade in diesem Jahre alle Veranlassung, durch eine machtvolle, einheitliche Kundgebung den Willen der Arbeiter auszudrücken.

Die Durchführung des Volksentscheids stockt. — Die Regierung versucht ihn zu verschleppen. Auf diese freche Provokation kann es in einem „demokratischen" Staat, dessen Wille vom Volke „ausgehen sollte", nichts anderes geben, als die Massen aufzurufen zur Abwehr gegen dieses Vorgehen.

Die Nationalisierungskrise wird auf dem Rücken der Proleten ausgetragen. Millionen sind erwerbslos —, sollen sich die Arbeiter nicht wehren? Die neuen Wohrungsgesetze werden die Lage der Arbeiter und des Mittelstandes noch mehr verschlechtern. Es ist ein Verbrechen, in dieser Zeit die Kampfenergien des Volkes zu untergraben. Die Arbeiterschaft hat keine anderen Mittel und Wege, seine Lage zu verbessern, als den Kampf gegen die Ausbeuter.

Und daß der Wille zum Kampf in der Arbeiterschaft lebt, das beweisen die Konflikte in der Sozialdemokratie. Die sächsischen Linken haben einen Vorstoß unternommen. Er spiegelt die Unzufriedenheit der sozialdemokratischen Arbeiter wider. Nicht wenig hat das Vorgehen gegen die Rußlanddelegierten zu der starken Empörung unter den sozialdemokratischen Arbeitern beigetragen.

Die SPD. wütet gegen Rußland, das inmitten der kapitalistischen Welt langsam und mühsam den Sozialismus auf-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260429-13/fragment/page=0011

baut, das die Bedarfswirtschaft vorbereitet, und das im Gegensatz zu allen kapitalistischen Ländern nur wenig von den Krisen des Kapitalismus betroffen wird. Sowjetrußland ist der lebende Beweis, welche Macht die geschlossene Arbeiterschaft haben kann. Bereits beginnt es den alten Mächten gefährlich zu werden. Die Imperialisten schließen sich zusammen, um den stärker werdenden Feind zu vernichten. Getreulich hilft ihnen dabei die Sozialdemokratie, sie verbündet sich zu einem Pakt gegen den ersten und einzigen Arbeiterstaat, und versucht ihren Mitgliedern weis zu machen, daß dieses Bündnis die Vorbereitung zum großen Weltfrieden ist. Das Wettrüsten aller kapitalistischen Staaten, das Auseinanderkrachen des „friedenbringenden" Völkerbundes in Genf, beweist der Arbeiterschaft das Gegenteil. Aus diesem Grunde lehnt auch Sowjetrußland den Eintritt in den Völkerbund ab. Es will kein Bündnis mit den Kapitalisten, sondern

es will einzig und allein ein Bündnis mit den Arbeitern aller Länder.

Bisher sind die Arbeiterdelegierten aus Rußland zuversichtlich wiedergekommen, herausgerissen aus dem niederdrückenden Pessimismus des Kapitals. Rußland und seine Erfolge ermutigen die Arbeiterschaft. Ist es doch auch das einzige Land, **in dem die Frauen nicht nur formal, sondern wirklich gleichberechtigt sind.** Sie erhalten gleichen Lohn für gleiche Leistung, sie können die höchsten Stellen des Staates einnehmen. Sie leben nicht unter dem furchtbaren Druck des Paragraphen 218.

Bisher haben die deutschen Arbeiterfrauen keine Delegation nach Rußland geschickt, die die Verhältnisse dort prüft. Allein die englischen Gewerkschaften haben eine Frauendelegation entsandt. Es ist Zeit, daß auch die deutschen Arbeiterfrauen das Versäumte nachholen. In den Betrieben, in den Gewerkschaften müssen die Frauen hierzu Stellung nehmen. Der Wunsch, Sowjetrußland kennen zu lernen, lebt schon lange in den Arbeiterinnen. Sie müssen ihn in die Tat umsetzen. Die klassenbewußte Arbeiterin muß lernen, sich nirgends zurückdrängen zu lassen.

Die Kapitalisten halten die Frauen von der Politik fern, weil sie die geschlossene Arbeiterschaft fürchten. **Siegen kann aber die Arbeiterschaft in jedem Kampf nur, wenn sie einig ist.** Sie kann nirgends die weiblichen Arbeiter missen..

Auch für die Arbeitsruhe am 1. Mai müssen sich die Frauen mit aller Energie einsetzen. Der 1. Mai muß wieder der alte Kampftag des Proletariats werden, an dem es geschlossen auf die Straße zieht. Noch sind die alten Forderungen nicht erfüllt. Und sie werden unerfüllt bleiben, wenn Arbeiter und Arbeiterfrauen hinter den Oefen hocken.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft demonstriert geschlossen am 1. Mai!

Die Frauen und das Gemeindebestimmungsrecht

Der Kampf um das Gemeindebestimmungsrecht hat jetzt schärfere Formen angenommen. Von den alkoholgegnerischen Verbänden ist eine Unterschriftensammlung eingeleitet, die in der Reichsgesundheitswoche vom 18. bis 25. April ihren Abschluß finden soll. Diese Kampagne hat das Alkoholkapital auf den Plan gerufen.

Um was handelt es sich nun bei dem Gemeindebestimmungsrecht? Im Jahre 1923 wurde von der Regierung ein Gesetzentwurf vorgelegt, der die Länder ermächtigte, ein Gesetz zu erlassen, wonach in Gemeinden auf Antrag eines Fünftels der Gemeindebevölkerung eine Urabstimmung in folgenden Fragen vorzunehmen ist:

1. Ob weitere Schankkonzessionen über die vorhandenen hinaus in der Gemeinde erteilt und durch Tod oder sonstwie erledigte Konzessionen neu erteilt werden sollen,
2. wie die Zeit des Alkoholausschanks und -verkaufs festzusetzen ist,
3. ob der Ausschank oder Verkauf geistiger Getränke in der Gemeinde ganz oder teilweise untersagt ist.

Wenn drei Viertel aller Wahlberechtigten sich an der Abstimmung beteiligen und zwei Drittel der abgegebenen Stimmen sich dafür aussprechen, soll eine entsprechende Regelung innerhalb der Gemeinde getroffen werden können..

Um die Wiedereinbringung dieses Gesetzes geht der Kampf. Das Alkoholkapital läßt es sich etwas kosten; es bearbeitet mit allen Mitteln die Reichstagsabgeordneten.

Man muß sich klar sein, daß ein solches Gesetz nicht viel mehr als eine Farce ist. Den Alkoholismus kann man nur wirksam durch eine tatkräftige Sozialpolitik bekämpfen: durch Schaffung von sozialen Lebensbedingungen für die werktätigen Massen, die den Arbeiter nicht mehr veranlassen, zu Betäubungsmitteln zu greifen, um über Not und Elend sich für kurze Zeit hinwegzutäuschen.

Dennoch: wir beteiligen uns an dem Kampf um das Gemeindebestimmungsrecht. Worauf es aber ankommt, ist, daß **der Kampf gegen den Alkohol** bei einer solchen Abstimmung ins Gelegenheit gibt, über die wirklichen Ursachen des Alkoholismus, über die Schäden des Alkohols Aufklärung in weiteste Kreise zu tragen. Es kann deshalb für die Frauen gar keinen Zweifel geben, sie müssen dabei in den vordersten Reihen stehen, weil sie es ja sind, die am meisten unter den heutigen Zuständen zu leiden haben.

Der Unternehmer weiß, warum er bei der Arbeit den Alkoholgenuß verbietet, weil er die Leistungsfähigkeit des Arbeiters herabsetzt. Die klassenbewußte Arbeiterschaft weiß aber auch, warum der Unternehmer nach der Arbeitszeit den Arbeiter gern bei Schnaps und Bier sieht, warum er Bier und Schnaps anfahren läßt, wenn er ihn bei Wahlen oder auch zu anderen Zwecken ködern will: weil der Alkohol den Geist umnebelt, den Arbeiter zum Klassenkampf unfähig macht.

Für die Befreiung des Proletariats vom kapitalistischen Joch ist aber der letzte Arbeiter, die letzte Arbeiterin nötig. In diesem Kampf müssen Opfer an Lebenskraft und auch in materieller Hinsicht gebracht werden. Der Arbeiter aber, der sich dem Alkoholgenuß hingibt, untergräbt nicht nur seine Gesundheit, er wird auch keine Mittel für Partei, Gewerkschaft, für Literatur übrig haben.

Es ist bezeichnend, daß Bayern einen durchschnittlichen Bierverbrauch von 140 Liter pro Kopf der Bevölkerung im Jahre hat, während der Reichsverbrauch 61 Liter beträgt.

Aber auch innerhalb der Familie wird der Arbeiter, der seine Kräfte in den Dienst des Klassenkampfes stellt, Mut und Hoffnung in das Leben der Frau bringen, während der Mann, der infolge des wirtschaftlichen Druckes, des Wohnungselends seine Zuflucht zum Alkohol nimmt, die Not der Proletarierfamilie noch vermehrt.

Von den bürgerlichen Frauenorganisationen wird allgemein das Gemeindebestimmungsrecht gefordert. Diese moralischen Damen wettern furchtbar über den Alkoholteufel, den sie durch ihre Mitwirkung, Unterstützung und Duldung der bürgerlich-kapitalistischen Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik, die dem Arbeiter das Dasein in der Hölle beschert und den Junkern und Kapitalisten ein Leben in Ueberfluß, immer wacker züchten und fördern. In ihren Kundgebungen versuchen sie den Alkohol allein als die Ursache des Elends der Arbeiterfrauen hinzustellen und damit die Frauen vom Kampf gegen die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse abzuhalten. Diesen Bestrebungen müssen die proletarischen Frauen scharf entgegentreten. Die Alkoholfrage ist ein Teil der sozialen Frage überhaupt. Sie wird erst wirklich gelöst werden, wenn das werktätige Volk nach Eroberung der politischen Macht die Bahn frei hat zu kulturellem Aufstieg. Mobilisierung und Aufklärung gegen die wirklichen Ursachen des Alkoholismus bedeuten aber heute Stärkung des Klassenkampfes des Proletariats: deshalb muß die proletarische Frau mit allen Kräften eine solche Arbeit leisten und die Unterschriftensammlung für das Gemeindebestimmungsrecht unterstützen.

20 000 Frauen demonstrieren

20 000 Frauen der englischen Bourgeoisie demonstrieren in diesen Tagen gegen die Arbeiterklasse, für den „Frieden in der Industrie" — das heißt für Lohnsenkung, für Arbeitszeitverlängerung, für weitere Knechtung der Arbeiterschaft.

Die englischen Arbeiterfrauen sind ihnen die Antwort nicht schuldig geblieben: in allen Distrikten sind die Bergarbeiterfrauen gegen die Damen aufmarschiert.

Demonstrieren die Damen für den Profit, für ihr sorgenfreies Parasitendasein —, Millionen von Arbeiterfrauen, nicht nur in England, sondern auch in allen anderen kapitalistischen Ländern müssen für ihr und ihrer Kinder Leben und Gesundheit kämpfen. Sie müssen sich fester zusammenschließen in den Gewerkschaften, enger anschließen an die Kommunistische Partei, sie müssen den Kampf der ehrlichen linken Sozialdemokraten gegen die rechten Verräter unterstützen.

Die arbeitenden Frauen müssen angesichts der ungeheuerlichen Provokation der Bourgeoisdamen in England wie in Deutschland den Arbeiterblock aufbauen und festigen helfen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260429-13/fragment/page=0012

Frauenarbeit und Volksgesundheit

Die Bourgeoisie veranstaltet eine Reichsgesundheitswoche für das „Volk". Sie hat alle Ursache dazu. Denn die Volksgesundheit ist ernstlich gefährdet. Erst ganz kürzlich stellte der Kreisarzt von Sagan, Dr. Jüngling fest, daß die Tuberkulose, daß die Rachitis seit der Massenarbeitslosigkeit der Textilarbeiter seines Kreises ständig wächst. —

Ganz besonders aber sind, außer den Kindern die Frauen gefährdet:

Der Gewerberat Dr. Thiele teilte kürzlich in einer ärztlichen Zeitschrift mit, daß die Tuberkulosesterblichkeit der erwerbstätigen Frauen in Sachsen bedeutend höher sei, als die der Männer, dasselbe berichtet Dr. Hausse aus Chemnitz.

In den Jahren 1916—20 verteilt sich die Tuberkulosesterblichkeit der Männer und Frauen folgendermaßen:

Frauen	202	307	412	351	200
Männer	175	275	347	342	164

In anderen Bezirken dagegen, in denen die Frauenarbeit nicht eine so große Rolle spielt, ist die Tuberkulosesterblichkeit der Männer eine größere.

Diese Tatsachen sind nicht erstaunlich: mehr noch als die Männer leiden die Frauen unter der Fabrikarbeit. Ein ganz geringer Prozentsatz der Frauen gehört zu den qualifizierten Arbeitskräften, die große Masse der Arbeiterinnen gehört zu den Ungelernten, bestenfalls Angelernten. Ihre Arbeit ist deshalb stumpfsinniger, niedriger, aufreibender. Ihre Löhne sind niedriger, erreichen oft nur die Hälfte der Männerlöhne und betragen in vielen Fällen kaum mehr, als die Erwerbslosenunterstützung. Zu alledem kommt noch die doppelte, ja dreifache Belastung durch Haushalt und Kinder — eine Fülle von Arbeit, die ganz umsonst — gewissermaßen außerhalb ihres Lohnarbeiterdaseins — von den Frauen geleistet werden muß.

Mit den Frauen aber wird auch die kommende Generation, mit ihnen wird auch der proletarische Nachwuchs schwer gefährdet. In seiner Arbeit über die Gefahren der Frauenerwerbsarbeit zeigt Dr. Max Hirsch an vielen Zahlenbeispielen, wie mit der Zunahme der Frauenerwerbsarbeit auch die Säuglingssterblichkeit steigt und das Gewicht des neugeborenen Kindes zurückgeht.

„Die Reichsgesundheitswoche will eine öffentliche Meinung erzeugen, für die eine hohe Krankheitsziffer oder eine hohe Sterblichkeitsziffer, besonders auch der Säuglinge und Kleinkinder einfach nicht tragbar ist und für die ein falschgenährtes und schlecht gehaltenes Kind **wie ein persönlicher Vorwurf wirkt.**"

Der welke, früh verbrauchte Körper der Arbeiterin-Mutter und -Hausfrau, das blasse krummbeinige Kind — ein persönlicher Vorwurf für die Arbeiterfrau?

Nein, und tausendmal nein! Es ist ein harter Vorwurf, eine bittere Anklage gegen die herrschende Klasse, die Männer und Frauen bei Hungerlöhnen an die Maschinen fesselt, während ihre Kinder verkommen!

Ein Vorwurf für die arbeitenden Frauen, nur soweit sie ihr und ihrer Kinder Leben und Gesundheit dem Moloch Kapital opfern, **ohne sich zu wehren.**

Dieser Vorwurf freilich trifft heute noch viele Arbeiterfrauen. Möge die Gesundheitswoche sie mahnen, sie aufrufen zum Kampf gegen die Verelendung.

Zum Kampf um höheren Lohn!
Um Verkürzung der Arbeitszeit!
Um wirklichen Schutz für Mutter und Kind!
Zum Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse!

Kleister statt Hemden

„Zur Erhaltung der Gesundheit gehört auch eine zweckmäßige und ausreichende Kleidung."

Die sinkenden Löhne, die ungeheure Arbeitslosigkeit, die zunehmende Kurzarbeit aber erlauben es der Arbeiterschaft nicht, auch nur das notwendigste an Kleidung zu ergänzen. Wo es doch geschehen m u ß, kann nur das billigste, minderwertigste, schlechteste gekauft werden.

Zuvorkommend „koulant", wie es sich für den Geschäftsmann seiner Kundschaft gegenüber gehört, paßt sich die Textilindustrie den „besonderen Bedürfnissen" ihrer Arbeiterkundschaft an: kann das Baumwollhemd nicht mehr bezahlt werden — nun, so kann die Textilindustrie auch Kleisterhemden herstellen.

Hören wir die bürgerliche Presse selbst:

„Ein besonders deutliches Beispiel bietet die Fabrikation von Hemdentuch, das heute größtenteils in den billigen und billigsten Qualitäten verlangt und daher in loser Fadeneinstellung mit möglichst geringem Materialverbrauch gewebt werden muß. Um der Ware jedoch für den Verkauf ein besseres Aussehen zu verleihen, muß das Rohgewebe während des Veredlungsprozesses gehörig mit Appreturmasse beschwert werden, wodurch das an sich undichte Gewebe „vollgekleistert" wird, das Aussehen eines festen, soliden Stoffes erhält und das nötige Verkaufsgewicht bekommt. Nach der ersten Wäsche verschwindet die Füllappretur (meist Kartoffelmehl), die dem losen Gewebe beigebracht wurde, um ihm ein solides Aussehen zu geben, das Wäschestück wird lappig und unansehnlich und verliert nach verhältnismäßig kurzer Zeit seinen Gebrauchswert, abgesehen davon, daß ständig Wagenladungen von Kartoffelmehl und anderer Appreturmittel nutzlos mit den Abwässern verloren gehen." (Berl. Tagebl., 18. 4.)

Die Wirtschaft wird „rationalisiert", d. h. die Herstellungsmethoden werden ständig verbessert und verbilligt — statt daß nun aber die Arbeiterschaft immer reichlicher, immer besser mit den nötigen Bedarfsgegenständen versorgt wird, wird sie mit — Hemden-Ersatz abgefunden.

Und die Arbeiterfrauen schweigen dazu?

Gaskrieg gegen Streikende

In den nordamerikanischen Textilindustrieorten Passaic, Paterson, Garfield, Climton tobt seit Anfang Januar ein heftiger Kampf. Den Arbeitern und Arbeiterinnen, die bei 60 bis 70stündiger Arbeitszeit mit ihrem Lohn weit unter dem Existenzminimum blieben, wagte man, den Lohn um weitere 10 Prozent zu kürzen. Das führte dazu, daß die Arbeitermassen den Wert und Nutzen einer Gewerkschaft nun endlich einsahen und über Tausend in einem Einheitsfrontkommitee der Tetilarbeiter sich zur Abwehr gegen die Unternehmer zusammenschlossen. Eine Delegation des Komitees überreichte die Forderung der Rückgängigmachung des Abzuges und die Unternehmer beantworteten das mit der Entlassung aller, die dem Einheitsfrontkomitee angehörten. Tags darauf standen 5000 bis 6000 Arbeiter im Solidaritätsstreik und nach kurzer Zeit waren es 15 000. Das Einheitsfrontkomitee verdreifachte seine Anhänger und die Forderungen sind:

10 Prozent Lohnerhöhung und Anerkennung der Gewerkschaft, um die der Kampf geht.

Der Kampf, der von seiten der Kapitalisten mit Tränengasbomben geführt wird! Als nämlich die Polizeiknüppel nicht imstande waren, die täglich zu Hunderten aufmarschierenden Streikposten zu zerstreuen, da wurde eines Tages auf friedliche Streikende, Männer, Frauen und Kinder, **Tränengasbomben** geworfen. Der Angriff, von einem im Bürgerkrieg offenbar noch nicht ganz ausgebildeten Offizier ausgeführt, ging aber fehl, die Gaswolken zogen in die Stadt und die ganze Bevölkerung ward heimgesucht. Das hatte eine ungeheure Erregung der ganzen Bewohner zur Folge; Polizeiknüppel und Feuerlöschzüge suchten vergeblich die Massen zurückzuhalten. Zahllose, die gar nichts mit dem Streik zu tun hatten, wurden verprügelt. Am anderen Tag marschierten die Streikenden auf; voran ein Zug ehemaliger Frontsoldaten mit Gasmasken. Die vielgepriesene amerikanische Demokratie zeigt so den Arbeitern der ganzen Welt, wie in kommenden großen Lohnkämpfen die Kapitalisten die Arbeiter bekämpfen werden.

Es waren übrigens von deutschen Kapitalisten gegründete Unternehmungen, von deutschen Betriebsleitern geführte Werke, die das Verbrechen, Gasbomben gegen streikende Arbeiter zu werfen, riskierten. Aus den hohen Profiten, die ihnen die unterbezahlten Arbeiter herbeischanzten, konnten sie auch besondere Anleihen an deutsche Werke geben (wie Stoehr, Leipzig) und den beherrschenden Einfluß in den beliehenen Werken sich dafür geben lassen.

Die Frauen und Mädchen spielen in dem Kampfe drüben eine gar große Rolle. In den Fabriken bestand das Tag- und Nachtschichtsystem. Die Männer und Mädchen arbeiten am Tage und, da die Löhne durchaus nicht reichen, haben die gütigen Unternehmer für die Frauen noch die Nachtschicht zum Verdienen eingerichtet. Erreichten die Löhne der Männer schon nur die Hälfte des Existenzminimums, so sind die Frauenlöhne vielfach knapp die Hälfte der Männerlöhne.

Die große Aktivität und Entschlossenheit der Frauenmassen hält die Kampffront aufrecht. Täglich werden auch Frauen verhaftet, die Hochrufe auf den Kampf ausbringen.

Gebt den Klassenschwestern drüben ein sichtbares Zeichen eurer Sympathie und Solidarität. Leserinnen der „Kommunistin"! Nehmt Stellung in den Betrieben und Gewerkschaften und gebt der Redaktion unseres Blattes sofort davon Bericht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260429-13/fragment/page=0013

Friedensmiete und Wohnungsnot

In den Wohnhöhlen leben die Menschen wie das Vieh beieinander. Tuberkulose blüht und gedeiht, Haß und Zwietracht desgleichen. Die besten Veranlagungen werden erstickt, die gemeinsten Triebe begünstigt. Die Spießer faseln von trautem Familienkreis, der Kapitalismus aber vernichtete die Grundlagen für ein einigermaßen erträgliches Zusammenleben. Mit dem Messer gehen oft die gequälten Menschen aufeinander los — die Qual, sich nicht vom Beieinanderleben befreien zu können, macht sie zu Bestien.

Draußen an der Peripherie werden freundliche Häuschen gebaut, die aber der Prolet nicht bezahlen kann, denn sie kosten 1000 Mark Abstand und 100 Mark Miete.

Gibt es einen Ausweg?

Zur Reichsgesundheitswoche werden allerlei gute Rezepte an die leidende Arbeiterschaft gegeben. . . .

Fort mit dem Ungeziefer!

Aber in den verwanzten Wohnungen Berlins sind Ratten und Mäuse zu Gast. Die unterhöhlten Dielen und durchlöcherten Wände sind wahre Brutstätten für alle Arten Ungeziefer.

Frische Luft dem Kinde!

An den Wänden wachsen Pilze. In einem Zimmer schlafen acht oder zehn Menschen. Die Ausdünstungen der schweißigen Körper bedeuten oft die einzige Heizung.

Alle Schichten in Deutschland sehen in der Wohnungsnot einen haltlosen Zustand. Die Kapitalisten bauen nicht, weil der Häuserbau keinen Profit bringt. Staat und Gemeinden bauen ebenfalls nicht. Sie sind ja kapitalistische Organe, und öffnen den Staatssäckel nur, wenn sie von der Arbeiterschaft gezwungen werden. Die Arbeiterfrauen seufzen unter der Last der steigenden Mieten, aber sie haben es trotzdem versäumt, einen Kampf gegen die Mieterhöhung zu organisieren.

Die Luther-Regierung steigert die Mieten, um ein Lockmittel für die Baulustigen auszuwerfen. Was sagen die Arbeiterfrauen dazu?

Sie finden die Mieten nicht zu billig. Verschlingen sie doch heute schon den vierten Teil des Wochenlohnes. Und doch sind wir erst auf halbem Wege. Die vorgeschlagenen Gesetze sehen noch weitere Verschlechterungen für die Mieter vor.

Muß auch die Friedensmiete im Augenblick noch nicht erreicht werden, so steigern doch die Hauswirte schon kräftig die Mieten, so daß in vielen Fällen der Friedenspreis für eine Wohnung schon erreicht oder überschritten ist.

Ferner kann der Vermieter in Zukunft den Mieter exmittieren, wenn er einen Monat Miete rückständig bleibt — und das Wohnungsamt braucht in solchen Fällen nicht mehr einen „angemessenen", sondern nur einen „ausreichenden" Ersatzraum zur Verfügung stellen.

„Ausreichend" kann auch unter Umständen ein Karnickelstall sein, wir sind hierin schon allerlei gewohnt.

Die geplanten Verschlechterungen werden sich in erster Linie auf die erwerbslose Arbeiterschaft auswirken, sie werden zuerst obdachlos werden. Ein nettes Beispiel aber, wie schon jetzt mit den Obdachlosen umgegangen wird, gibt uns die

Stadt Aachen.

Die Stadt Aachen sorgt nach Ansicht der dortigen Stadtväter ganz ausgezeichnet für die Obdachlosen, die infolge von Erwerbslosigkeit die Behausung verloren haben.

Die „heiligen Familienbande", überall besungen und gepriesen, werden brutal auseinandergerissen. — Die Kinder steckt man ins Waisenhaus. Die Eltern werden in einer für diesen Zweck eigens hergerichteten Gemeindeschule untergebracht, und zwar in getrennten Schlafsälen. Es besteht wenig Hoffnung für die Bedauernswerten, wieder eine Wohnung zu erlangen.

Als unsere Stadtverordnete anregte, wenigstens eine Küche zum Kochen zur Verfügung zu stellen, wurde sie als Krakehler, der nicht ernst zu nehmen sei, abgewiesen.

Schließlich bequemte man sich dazu, eine Gasflamme zum Kaffeekochen zu bewilligen,

denn die Stadt Aachen meint es ja so gut mit seinen Obdachlosen!

Dieselben Menschenschinder brachten es fertig, in einer folgenden Sitzung lang und breit über die Errichtung eines Hundepensionats in Aachen zu diskutieren!

Wann wird die Arbeiterschaft auf diesen Hohn die richtige Antwort finden? Wann wird sie das Unwürdige ihrer Lage begreifen und den Fluch der Gewöhnung abschütteln?

Sie muß die Regierung zum Bauen zwingen — sie muß billige Mieten erkämpfen. — Noch immer stehen die Fürstenschlösser leer — die bürgerlichen Parteien suchen den Volksentscheid totzuschweigen. — An Stelle dessen wollen sie in der Reichsgesundheitswoche die Arbeiterfrauen über das Elend hinwegtäuschen.

Fort mit der Friedensmiete! Her mit menschenwürdigen Wohnungen! Wir fordern Volksentscheid für die Enteignung der Fürsten!

Einmütig muß die Arbeiterschaft in diesen Kämpfen beieinanderstehen, denn sie werden ja gemeinsam heimgesucht vom Elend. Auch die Arbeiterfrau muß sich den Kämpfen anschließen.

Auf die neuen Gesetzentwürfe muß ein Riesenprotest der Arbeiter — vor allen Dingen der Arbeiterfrauen — antworten.

Wie die Arbeiterkonsumgenossenschaft arbeitet

(Orechowo-Sujewo)

Die Wurstproduktion der zentralen Arbeitergenossenschaft in Orechowo-Sujewo, Moskauer Gouvernement, hat während ihrer einjährigen Tätigkeit große Erfolge zu verzeichnen gehabt. Es ist noch nicht lange her, da waren im Wurstbetrieb 20 Leute beschäftigt, jetzt arbeiten darin 43 Personen, eine Erhöhung um mehr als 100 Prozent.

Im Laufe des Jahres wurden verschiedene Wurstsorten, insgesamt in einer Menge von 16 500 Pud erzeugt, was die Nachfrage des lokalen Marktes bis 75 Prozent deckt. Während dieser Zeit wurde eine ziemlich bedeutende Mechanisierung des Betriebes vorgenommen: es wurde ein Elektromotor aufgestellt. Insgesamt wurden auf die Remonte über 8000 Rubel verausgabt. Im Laufe des Jahres warf der Wurstbetrieb 17 000 Rubel Gewinn ab.

Bedeutende Erfolge hatte der Wurstbetrieb auch auf dem Gebiete der Gewerkschaftsarbeit zu verzeichnen. Die Versammlungen werden regelmäßig einberufen und bis zu 100 Prozent besucht. Sehr gut arbeiten die Produktionskonferenzen, deren Beschlüsse ausnahmslos durchgeführt werden. Der monatliche Durchschnittslohn betrug im Jahre 1924 60 Rubel und im Jahre 1925 70 Rubel. Es gab im Laufe des Jahres keinen einzigen Fall, wo auch nur ein Arbeiter oder eine Arbeiterin ihren Mitgliedsbeitrag nicht rechtzeitig eingezahlt hätte. Auch an den sozialen Organisationen beteiligen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen sehr stark. So sind 100 Prozent Mitglieder der Kasse der gegenseitigen Hilfe, 90 Prozent Mitglieder der Internationalen Roten Hilfe, 100 Prozent Mitglieder der Gesellschaft der Freunde der Luftflotte und der chemischen Verteidigung, 60 Prozent Mitglieder der Konsumgenossenschaft.

Aber mit der kulturellen Arbeit ist es nicht gut bestellt. Das ist durch das Fehlen eines entsprechenden Raumes zu erklären; immerhin abonnieren alle Arbeiter Zeitungen. Bei der Erweiterung des Betriebes hoffen wir auch einen Raum bekommen zu können.

Solcherart ist unsere Arbeit im Kleinbetrieb.

Gewerkschaft der Lebensmittelarbeiter, Gen. Feluschin, Orechowo-Sojewo (Gouv. Moskau.)

Unsere Lesehalle

Die Lesehalle unseres Dorfes (Adschair) wurde 1923 gegründet. In der ersten Zeit funktionierte sie schlecht, jetzt aber geht die Arbeit gut vonstatten. Die Räume sind groß und schön. In unserem Dorf gibt es unter den Bauern und Bäuerinnen viele Analphabeten, da unter der Herrschaft des Zarismus für die Bildung der Bauern nicht gesorgt wurde. Die Lesehalle hat jetzt mehrere Zirkel gegründet, wo die Bauern und Bäuerinnen das Lesen und Schreiben lernen. Jeden zweiten Tag wird für die Bauern ein Vorlesen der Zeitungen abgehalten. Die Lesehalle ist jeden Tag von Bauern besucht, die dort lernen, die Ereignisse und das sie umgebende Leben zu begreifen. Auch werden „Frage- und Antwortabende" veranstaltet, wo die Bauern und Bäuerinnen dem Agronom, dem Arzte u. a. Kulturträgern verschiedene Fragen stellen, die an Ort und Stelle beantwortet werden. An einem solchen Abend, der am 29. Dezember 1925 stattfand, wurden über 100 Fragen gestellt und beantwortet.

Gibt es bei Euch eine Lesehalle, was wird für die Bildung der Bauern und Bäuerinnen getan?

A. Kirdoda, Dorfkorrespondent.

Verantwortlich für Verlag und Inhalt: Martha Arendsee, M. d. R., Berlin. Verlag: „Rote Fahne", G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 225. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260429-13/fragment/page=0014

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Donnerstag, den 29. April 1926 | 6. Jahrgang ⋆ Nr. 100

Regierungskrise – Staatskrise

Die Regierungsfront des Fürstenkompromisses endgültig zerschlagen – Nur noch Volksentscheid möglich – Deutschnational-monarchistische Staatsstreichpläne zur Rettung der Fürstenmillionen

Sie sind am Ende ihres Lateins ...

Die Massen haben außerparlamentarisch das Wort — Der 1. Mai als Auftakt

Halle, 29. April.

Die parlamentarischen Puppen müssen tanzen, wenn die Massen aufstehen. Das ist der Sinn der **parlamentarischen Krise,** die in äußerst scharfer Form an Hand der ganzen Fürstenenteignungsfrage entstanden ist. Die Angst vor der Massenbewegung für die Enteignung der Fürsten hat die kapitalistischen Parteien dazu getrieben, den Versuch eines Kompromisses zu unternehmen. Die 12½ Millionen Stimmen für das Enteignungsgesetz der Fürsten, diese gewaltige **Massenkundgebung,** hat dann erreicht, daß auch dieses Kompromiß nach monatelangem Kuhhandel jetzt zu Grabe getragen werden mußte. Im letzten Augenblick noch ist **die Front der Regierungsparteien auseinandergeplatzt.** Auf der einen Seite steuern die Deutschnationalen auf ihre Diktatur los, auf der anderen Seite saß den SPD.-Führern der Massendruck ihrer Arbeiterwähler im Genick, so daß sie das Kompromiß nicht zu unterstützen wagten.

Die parlamentarische Lage ist jetzt die, daß **die Beratung des Kompromisses im Rechtsausschuß endgültig abgebrochen** werden mußte, und **der Rechtsausschuß selbst auf unbestimmte Zeit vertagt** wurde. Das bedeutet, daß gleichzeitig auch **der Kuhhandel, der zwischen der Reichsregierung und der preußischen Regierung im Begriff war, abgeschlossen zu werden, gescheitert** ist.

Wenn es jetzt **keinen anderen Ausweg mehr gibt als den des Volksentscheids,** so ist das der Ausdruck der Tatsache, daß **die Massen ihn durch ihren Druck erzwungen** haben. Da für diesen Volksentscheid nur ein Sonntag in Frage kommt, weil die Listen mehr als zwei Wochen aufliegen müssen, käme als **nächster Termin der 30. Mai in Frage.**

Schon sah sich der fürstenfreundliche Reichstag unter dem Druck der steigenden Empörung der Volksmassen gezwungen, sich mit dem von 12½ Millionen Werktätigen unterstützten Volksbegehren der entschädigungslosen Enteignung der Fürstenhäuser zu beschäftigen. Gestern ist die **erste Lesung über dieses Gesetz** im Plenum des Reichstages vor sich gegangen. (Wir bringen den Bericht auf der 3. Seite. Die Red.)

Nicht zufällig sprechen die bürgerlichen Zeitungen jetzt nicht bloß von einer Parlamentskrise, nicht nur von einer Regierungskrise, sondern von einer **Staatskrise überhaupt.** Und es ist wiederum kein Zufall, daß der Vertreter der Monarchisten Graf Westarp in provokatorischer Weise die **monarchistische Diktatur zur Verhinderung des Volksentscheids gerade jetzt fordert.** Im Zusammenhang damit müssen außerdem gebracht werden die Nachrichten über die **Rüstungen der illegalen monarchistischen Verbände** in der Richtung eines monarchistischen Staatsstreiches, worüber wir weiter unten anhand der Enthüllungen in der „Vossischen Zeitung“ Bericht erstatten.

All das bedeutet, daß sich die Klassengegensätze anhand des jetzt sogar nach den bürgerlichen Gesetzen unvermeidlich gewordenen Volksentscheids ungeheuer zugespitzt haben. Die Diktaturgelüste der Deutschnationalen, die sich auf ihre illegalen bewaffneten Verbände stützen, haben auf der einen Seite durch ihre parlamentarische Niederlage in der Frage der Fürstenabfindung Nahrung erhalten und auf der anderen Seite **sammeln sich die werktätigen Massen unter der am zielklarsten von den Kommunisten vertretenen Parole: Keinen Pfennig den Fürsten.**

Es kommt jetzt darauf an, daß die Front der werktätigen Massen sich noch weiter vereinheitlicht, sich noch weiter festigt, und noch kampfesfähiger wird, als es bisher der Fall gewesen ist. **Die nächste und beste Gelegenheit, diese Kampffront zu stärken,** muß der **Erste-Maiaufmarsch** sein. Außer den bekannten Maiforderungen des Achtstundentages, der übrigen sozialpolitischen Forderungen des Proletariats und der Bekämpfung der imperialistischen Kriege zwingt die augenblickliche Situation dazu, auch die **Losung der Fürstenenteignung** besonders scharf in den Vordergrund zu stellen.

In dieser Losung aber ist einbegriffen der unerschütterliche Wille des gesamten Proletariats, alle monarchistischen Staatsstreichpläne im Keime zu ersticken, die Regierung Luther, als die Regierung der Fürstenknechte, zum Teufel zu jagen und die Reichstagsauflösung zu erzwingen.

Militärische Rüstungen der Monarchisten

(Eig. Drahtm.) Berlin, 29. April.

Die Kommunistische Partei hat in der letzten Zeit mit allem Nachdruck auf die fieberhaften Rüstungen der illegal bewaffneten monarchistischen Verbände hingewiesen. Jetzt ist die „Vossische Zeitung“ in der Lage, aufsehenerregende konkrete Mitteilungen über de monarchistischen Staatsstreichrüstungen zu machen. Die vereinigten vaterländischen Verbände, unter Führung des Justizrats Claß, haben den Plan, die Mitglieder der Verbände an der Peripherie von Berlin zusammenzuziehen und sie von dort aus einzusetzen. Das Ziel ist, für die Monarchisten die politische Macht zu erobern und die monarchistische Diktatur aufzurichten. Die Führer der Putschisten sind bereits an die Reichswehr herangetreten und haben äußerst weitgehende Bedingungen gestellt. Sie lehnten es ab, sich irgendwelchen staatlichen Organisationen unterzuordnen, um im Bedarfsfalle unter der Bezeichnung „Hilfspolizei“ aufzutreten. Sie wollen als selbständige Gruppen anerkannt werden. Sie wollen dem höchsten Oberbefehl der Reichswehr unterstehen, nicht aber in die Truppen eingeordnet, sondern nur in selbständigen Formationen eingesetzt werden. Wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, sind die Verhandlungen mit der Reichswehr an diesen zu weit gehenden Bedingungen gescheitert. Die vaterländischen Verbände haben auch bereits die militärischen Führer für den geplanten Staatsstreich vorgemerkt. So soll im Ernstfalle der Oberst Luck als Gesamtführer der Ver[illegible]hüllungen der „Vossi[illegible]t die monarchistischen

Einspruch der Entente gegen den deutsch sowjetrussischen Vertrag?

Wie die Pariser Zeitungen mitteilen, findet zwischen den Regierungen der Entente-Staaten und dem Völkerbund ein Meinungsaustausch über den deutsch-sowjetrussischen Vertrag statt, um festzustellen, ob er mit dem Pakt von Locarno und dem Artikel 16 des Völkerbundes nicht in Widerspruch stände. Nach dem „Matin“ werden die Alliierten und die Kleine Entente in Berlin eine Demarche unternehmen und von Deutschland eine „deutliche Erklärung“ verlangen.

„Kein Geld da“ — aber 43,5 Millionen Mark für die Polizei mehr als im Vorjahr!

Der [illegible] Sozialdemokraten Severing

(Eig. Drahtm.) Berlin, 29. April.

Der Voranschlag zum Polizeietat, den Severing dem Preußischen Landtag vorlegt, umfaßt an Ausgaben für die Polizei in diesem Jahre rund 388 Millionen Mk., also 43,5 Millionen Mk. mehr wie im Vorjahre. Unter den Ausgabeposten sind auch 4 Millionen Mk. zur Beschaffung von „Nahkampfmitteln“ vorgesehen, zur Niederschlagung der hungernden Erwerbslosen und der revolutionären Arbeiterschaft.

*

Die Konterrevolution rüstet fieberhaft. Täglich werden neue Einzelheiten über Bürgerkriegsvorbereitungen der Vaterländischen Verbände bekannt. Da rüstet auch der „Republikaner“ Severing, aber nicht gegen die Reaktion, sondern wie tägliche Maßnahmen der Polizei gegen Kommunisten, gegen rote Frontkämpfer bekunden, nur gegen die Arbeiter. Am 1. Mai muß die Arbeiterschaft gegen die ihr drohende Gefahr kampfbereit aufmarschieren.

[illegible]den Betrieben am 1. Mai!

[illegible]beiterinnen!

[illegible]der Bourgeoisie gegen [illegible]s unerträgliche Elend [illegible]r tiefer schneiden die [illegible]ung in den Leib der

[illegible]System und den Inter[illegible]zer. Mit elementarer [illegible] und treiben zu neuen

[illegible] einer Krise in die [illegible]et. Nur durch Steige[illegible]des brutalen weißen [illegible]die Atempause bis zu [illegible] Revolution zu ver[illegible]

[illegible]arbeiter, Hundert[illegible]nder Mittelständler [illegible]talismus.

[illegible] nur einen Weg aus [illegible]**die Lebenshaltung der [illegible]gers und die Polizei[illegible]**

[illegible]n und der „Geist von Locarno“ verflogen. Der Dawes-Pakt brachte **Arbeitslosigkeit, Steuerdruck und Lohnabbau, Locarno die Vorbereitung neuer Kriege,** besonders gegen die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Arbeiter! Genossen!

Nur die Politik der Sozialdemokratischen Partei verursachte die Niederlagen, die Schwächung der Arbeiterklasse und ermöglichte die Befestigung der kapitalistischen Herrschaft.

Ohne die passive Duldung und aktive Mitwirkung der sozialdemokratischen **Führer** hätte den deutschen Arbeitern nicht der Achtstundentag geraubt werden können, wäre die niederträchtige Behandlung der Eisenbahner und Beamten unmöglich, könnten die Unternehmer nicht immer **neuen Lohnabbau durchführen, würde die Reaktion nicht wagen, durch Steuerraub und Zollpolitik das Elend des Proletariats zu vermehren, die Sozialversicherung zu vernichten, die Arbeiter in Höhlen verkommen zu lassen, die Forderungen der Erwerbslosen zu verhöhnen, die Notstandsarbeiter wie Sklaven zu behandeln, die Rechte der Betriebsräte mit Füßen zu treten, aufrechte Klassenkämpfer in den Zuchthäusern zu quälen,**

An alle diese Tatsachen müßt Ihr am 1. Mai denken und Euch die Frage vorlegen:

Soll es so weitergehen wie bisher?

Wenn Ihr nicht die wahren Feinde der Arbeiterklasse erkennt, wenn Ihr nicht die **proletarische Klassenfront** aufrichtet, wenn Ihr nicht alle Kräfte zur Niederringung der Bourgeoisie sammelt, dann wird Euer Elend noch unerträglicher werden, die kapitalistische Reaktion noch stärker.

Seht Ihr nicht, daß die Unternehmer neue Angriffe vorbereiten? Seht Ihr nicht, daß man **die Erwerbslosen von den Arbeitern in den Betrieben trennen will, um die einen in das Lumpenproletariat hinunterzustoßen und die anderen unter dauerndem Lohndruck zu halten?**

Seht Ihr nicht, wie die Regierung den Volksentscheid für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten sabotiert und sich offen für die Milliardenforderungen der Fürsten einsetzt?

Was tun dagegen die Führer der SPD. und des ADGB.?

Die Müller, Leipart und Eckert paktieren mit den Borsig, Siemens und der ganzen Unternehmerklasse zur **Schaffung einer neuen Arbeitsgemeinschaft.** Die reformistischen Gewerkschaftsführer predigen den Arbeitern, daß die **Rationalisierung** die Krise der Wirtschaft beheben und die Lage der Arbeiter bessern wird. Aber diese reformistische Rationalisierung geht **auf Kosten der Arbeiter, vermehrt die Arbeitslosigkeit, drückt die Löhne.**

Die reformistischen Führer sagen den Arbeitern, während der Krise wäre es nicht möglich, Kämpfe zu führen, weil die Arbeiterklasse schwach sei. Aber sie tun auch nichts, um sie stark und kampfentschlossen zu machen. **Sie sabotieren die Einheitsfront der Arbeiterklasse.** Deshalb wollen sie auch aus dem 1 Mai, dem Tag der Einheit der kämpfenden Arbeiterklasse, einen friedlichen Maispaziergang durch die kapitalistische Hindenburg-Republik machen.

Der 1. Mai muß ein Kampftag der gesamten Arbeiterklasse gegen die Ausbeuter sein.

Schließt Euch national und international zusammen zur proletarischen Einheitsfront.

Laßt Euch am 1. Mai nicht von den reformistischen Führern in zwei Lager reißen.

Stärkt die Gewerkschaften, sorgt für vollständige Organisierung aller Arbeiter in den Betrieben, für restlose Erfassung auch der Erwerbslosen durch die Gewerkschaften. Belebt die Betriebsrätebewegung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260429-13/fragment/page=0015